

Gesellschaft
im FOKUS
der Sozialwissenschaften

Moral und Skandal
Versuchungen der Macht

bearbeitet von
Gisela Ross-Strajhar

Februar 2000

Informationszentrum Sozialwissenschaften Bonn 2000

Herausgeber: Informationszentrum Sozialwissenschaften der Arbeitsgemeinschaft
Sozialwissenschaftlicher Institute e.V., Bonn
bearbeitet von: Gisela Ross-Strajhar
Programmierung: Rolf Beier, Jürgen Müller
Technische Bearbeitung: Renate Schiffer
Druck u. Vertrieb: Informationszentrum Sozialwissenschaften
Lennéstr.30, 53113 Bonn, Tel.:(0228)2281-0
Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) vom Bund und den Ländern gemeinsam bereitgestellt.

© 2000 Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

Inhalt

Vorwort	5
---------------	---

Sachgebiete

1 Theoretische Ansätze zu Ethik, Moral und politischer Kultur	9
2 Ethik und Moral in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft	17
3 Skandal- und Korruptionsforschung	27
4 Skandale, Korruption, Affären: Erscheinungsformen, Folgen und Wirkungen .	39
5 Skandale und Korruption im Ausland	49
6 Exkurs: Die Rolle der Medien zwischen "vierter Gewalt" und Sensationsjournalismus	58

Register

Hinweise zur Registerbenutzung	71
Personenregister	73
Sachregister	77
Institutionenregister	85

Anhang

Hinweise zur Literaturbeschaffung	89
Zur Benutzung der Forschungsnachweise	90

Vorwort

Spätestens seit der ersten großen Parteispendenaffäre, der "Flickaffäre" 1982, hat sich die deutsche Wahlbevölkerung an den Gedanken gewöhnen müssen, dass Politiker gegen persönliches und politisches Fehlverhalten nicht gefeit sind, gegen berufsethische Grundsätze und moralische Werturteile verstoßen und möglicherweise auch bereit sind, gegen Bares ihren politischen Einfluß zugunsten des Spenders zu nutzen. Berichte über die politischen Eliten und ihren Umgang mit Geld sind inzwischen fester Bestandteil der Rubrik "Politik" auch in deutschen Tageszeitungen: Affären, Skandale, Korruption, wohin das Auge schaut, nicht nur in mittel- und südamerikanischen Ländern.

Einige Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit: Der inzwischen verstorbene Bettino Craxi, italienischer Sozialistenchef, wird mit großen Summen illegaler Parteifinzen in Verbindung gebracht. Gleichfalls in Italien stand Ex-Regierungschef Andreotti vor Gericht wegen seiner Kontakte zur Mafia. In Israel laufen derzeit strafrechtliche Ermittlungen gegen Staatspräsident Weizman wegen der Annahme von Geldgeschenken in Höhe von ca. 0,5 Mio. US-Dollar. In Russland steht Ex-Präsident Jelzin im Verdacht, Millionen Rubel aus der Staatskasse ins Ausland transferiert zu haben.

In Deutschland sieht es auch nicht viel besser aus: Der niedersächsische Ministerpräsident Glogowski ließ sich seine Hochzeitsreise sponsern und trat Ende November 1999 zurück. Die "NRW-Flugaffäre" ist auch nach dem Rücktritt von Finanzminister Schleußer noch lange nicht abgeschlossen. Seit November 1999 steht der ehemalige CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep unter dem Verdacht der Steuerhinterziehung. Damit begann der neueste Spendenskandal, der die CDU und Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl schwer belastet und ständig weitere Kreise zieht, bis hin nach Frankreich, Luxemburg, die Schweiz sowie in das hinlänglich als Steueroase bekannte Liechtenstein. Auch nach Schäubles angekündigtem Verzicht auf Partei- und Fraktionsvorsitz beherrscht die Spendenaffäre weiterhin die politische Diskussion.

Und die Reaktion der Wähler? Die Wähler registrieren sensibel unverantwortliches Verhalten der politischen Elite. Meinungsumfragen¹ belegen, dass "Macht" im Zeitverlauf zunehmend negativ belegt wird. Der Bevölkerungsanteil, der dem Begriff "Macht" die Wertung "unsympathisch" zuordnet, betrug 62% im Jahr 1986 - geraume Zeit nach der Flick-Spendenaffäre, in der Vorwürfe gegen Mitglieder der Bundesregierung, des Parlaments sowie gegen den damaligen Bundestagspräsidenten Barzel erhoben wurden. 1999, dreizehn Jahre später, assoziieren 71% der bundesrepublikanischen Bevölkerung mit "Macht" die Eigenschaft "unsympathisch". Mit der skeptischeren Beurteilung von Macht geht gleichzeitig eine höhere gesellschaftliche Bewertung von ethischen Handlungsnormen einher: 1987 bewerten den Begriff "Moral" 66% der Befragten als sympathisch, 1999 nehmen sogar 75% diese positive Zuordnung vor². Auch der Skandalforscher Imhof stellt fest, daß im Vergleich zu früher an Politiker höhere moralische

¹ Vgl. "Entscheiden - Sympathisch oder unsympathisch? Die Ergebnisse im Überblick", Repräsentativerhebung des Instituts für Demoskopie Allensbach, Befragung von mindestens 500 Befragten, repräsentativ für die Bevölkerung ab 16 Jahre, Quotenauswahl, 1986,1987 sowie August bis Dezember 1999, in: Die Zeit, Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Wissen und Kultur, Nr. 1 vom 29.12.1999, S.8

² Vgl. "Entscheiden - Sympathisch oder unsympathisch? Die Ergebnisse im Überblick", Repräsentativerhebung des Instituts für Demoskopie Allensbach, a.a.O, S. 8

Ansprüche gestellt werden, er begrüßt die Gültigkeit moralischer Kriterien dort, wo es bei politischen Entscheidungen um Werte und Normen geht³.

Die folgende Tabelle zeigt, wie die Institutionen unseres Gemeinwesens im Urteil der Bürger liegen.

DeutschlandTREND: Vertrauen in Institutionen ⁴		Infratest dimap
Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, ziemlich großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen?		
Institution	sehr/ziemlich großes Vertrauen	wenig/gar kein Vertrauen
Polizei	81	18
Bundesverfassungsgericht	75	16
Bundeswehr	65	31
Gerichte	53	42
Bundestag	49	48
Fernsehen	49	49
Presse	47	51
Bundesregierung	47	52
Gewerkschaften	38	56
Arbeitgeberverbände	36	56
Kirchen	35	62
Großunternehmen	32	63
Politische Parteien	24	72
Fehlende Werte zu 100%: "Weiß nicht/ keine Angabe"		Angaben in Prozent
Januar 2000		Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland
Quelle: Infratest dimap ; Zufallsauswahl, Randomstichprobe; Erhebungsverfahren Computergestützte Telefoninterviews, 1.300 Befragte (900 West, 400 Ost), Erhebungszeitraum 28.12.99 - 5.1.2000, durchführendes Institut Infratest dimap		

In der Vertrauenskonkurrenz sind die ranghöchsten Plätzen allesamt von Staatsorganen belegt. Polizei, Bundesverfassungsgericht, Bundeswehr und Gerichte genießen bei der Mehrheit der Bevölkerung Vertrauen. Für das Item "Bundestag" liegen positive und negative Vertrauensäußerungen fast gleichauf, möglicherweise ein Resultat der zahlenmäßig fast gleich starken Gruppen von Regierungs- und Oppositionsanhängern. Dramatisch anders ist es um die Einschätzung der politischen Parteien bestellt: Mit nur 24 % Vertrauensäußerungen gegenüber 72 % Misstrauensäußerungen bilden die politischen Parteien das Schlusslicht in der Rangreihe der Institutionen. Wie die hohen Vertrauenswerte für die öffentlichen Institutionen Polizei, Bundesverfassungsgericht, Bundeswehr und Gerichte zeigen, kann gleichwohl von einer allgemeinen Staatsverdrossenheit der Bürger (noch) keine Rede sein. Allerdings ist das Ansehen der Parteien in der öffentlichen Meinung auf einem Tiefstand angelangt.

Bei den oftmals als "vierte Gewalt" bezeichneten Institutionen Fernsehen und Presse, die maßgeblich das öffentliche Meinungsklima beeinflussen, liegen Vertrauens- und Misstrauenswerte jeweils fast gleichauf. Erwin K. Scheuch schreibt ihnen eine wichtige Aufklärungsfunktion zu, da alle anderen Kontrollinstanzen ihre Aufgabe nicht erfüllt haben⁵.

³ Vgl. "Politiker als Priester. Ein Gespräch mit dem Soziologen Kurt Imhof über die Verdrängung des Politischen durch das Private", in: Medienecho. Tages-Anzeiger Magazin vom 30. August 1998, http://www.foeg.unizh.ch/Medienecho/Fromfoeg/ta_maz1.htm

⁴ Infratest dimap: "DeutschlandTrend Januar 2000", Umfrage zur politischen Stimmung im Januar 2000 im Auftrag von ARD/"bericht aus berlin" und 9 Tageszeitungen, Januar 2000, <http://infratest-dimap.de/politik/deutschlandtrend/dt0100.html>

⁵ Vgl. "Sind die noch bei Trost?", Interview mit Erwin K. Scheuch, in: Kölner Stadtanzeiger, Nr. 23 vom 28.1.2000, S.2

Die geringe Wertschätzung, die politischen Institutionen zuteil wird, lässt sich auch aus der Allensbacher Berufsprestige-Skala 1999⁶ ablesen. Auf die Bitte, aus einer Liste von 18 Berufen diejenigen fünf herauszusuchen, die man am meisten achtet, werden Politiker von 11 % der Befragten genannt und landen auf dem viertletzten Platz vor den Berufen "Offizier", "Gewerkschaftsführer" und "Buchhändler". Hohes Renommee genießen traditionell die Berufsgruppen "Arzt" (75 %), "Pfarrer, Geistlicher" (40 %), "Rechtsanwalt" (37 %) sowie "Hochschulprofessor" (34 %)⁷.

Das geringe Ansehen der Politiker könnte durch die gegenwärtigen Affären und Skandale noch stärker beeinträchtigt werden. Auf wachsende Entfremdung zwischen Wählern und Gewählten weist auch das folgende Meinungsbild zur Einschätzung der CDU-Spendenaffäre hin. Auf die Frage, ob politische Entscheidungen der Bundesregierung unter Helmut Kohl durch Spenden gezielt beeinflusst wurden, antwortet eine deutliche Mehrheit der Befragten (63 %) mit "ja", 32 % glauben an keinen Einfluß⁸; dies kann als Indiz gewertet werden, daß diese Gruppe politisch nicht desillusioniert ist.

Mit Korruptionsvorwürfen konfrontierte Politiker bemühen sich häufig, ihr Tun mit plausiblen Erklärungen zu rechtfertigen. Schütz unterscheidet sieben Stufen sog. "defensiver Selbstdarstellung", die über Leugnen, Umdeuten, Bestreiten der Urheberschaft, Rechtfertigen, Bestreiten der Kontrollfähigkeit, Minimieren der Implikationen bis zu Um-Verzeihung-Bitten reichen⁹.

Die langfristigen Folgen der Affären und Skandale sind in ihrer Tragweite nicht abzusehen. Da die Wähler die unlauteren Machenschaften von Politikern durchschauen, verweigern sie möglicherweise mehr und mehr die Teilnahme an Wahlen, da diese den Politikern und deren Handeln Legitimation verleihen. Die Wahlberechtigten schließen sich statt dessen der sog. Partei der Nichtwähler an oder tendieren zu Parteien am äußeren Rand des Parteienspektrums. Auch die Folgen für die politische Sozialisation von Jugendlichen sind unkalkulierbar, galt doch Helmut Kohl vor dem Auftauchen von Geldern auf "schwarzen" Konten als Vorbild für immerhin 20 % der jungen Leute¹⁰.

Im folgenden sind 147 Nachweise von Literatur und Forschungsprojekten ab dem Jahr 1981 zusammengestellt, wobei die überwiegende Mehrheit der Nachweise (85 %) aus den letzten zehn Jahren stammen. Die Informationen in **Kapitel 1** befassen sich mit theoretischen Ansätzen zu Ethik, Moral und politischer Kultur. **Kapitel 2** bezieht sich auf Ethik und Moral in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. **Kapitel 3** ist der Skandal- und Korruptionsforschung¹¹ gewidmet. **Kapitel 4** befaßt sich mit Skandal, Korruption, Affären: Erscheinungsformen, Folgen und

⁶ "Die Allensbacher Berufsprestige-Skala 1999", Allensbach Archiv, IfD-Umfragen, Archiv-Nummer 6072, Januar 1999, Repräsentanz für Gesamtdeutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre, 2.131 Befragte, Zeitraum der Befragung 11. bis 19. Januar 1999

⁷ "Die Allensbacher Berufsprestige-Skala 1999", a.a.O., S.2

⁸ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V. "Politbarometer, Monatliche repräsentative Umfrage", Mannheim Januar 2000, Befragung vom 17. bis 20.1.00, telefonische Befragung von 1.270 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten, S. 3

⁹ Vgl. Schütz, Astrid: "Politischer Skandal und Varianten defensiver Selbstdarstellung: Der Fall Clinton", in: Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien, hrsg. vom Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien, Folge 3/1999, Opladen 2000, S. 204

¹⁰ Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach: "Mutter Theresa, Lady Di und Bill Gates. Junge Leute sagen: Das sind echte Vorbilder", in: Allensbacher Berichte Nr. 8, Allensbach 1999, S. 2

¹¹ Kliche sieht eine enge Beziehung zwischen Skandal und Korruption, da der Skandal erst die Korruption bekannt macht. Vgl. hierzu Thomas Kliche: "Die Entsorgung staatsbürgerlichen Übels. Notizen zu Stand und Begriffen der Skandalforschung", in: L'Etat c'est moi. Zur Faszination unserer Skandale, hrsg. von Helmut Moser, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1989, S. 264

Wirkungen. In **Kapitel 5** finden sich Informationen zu Skandalen und Korruption im Ausland. Als Exkurs wird in **Kapitel 6** die Rolle der Medien zwischen den Polen "vierter Gewalt" und Sensationsjournalismus problematisiert.

Bonn, im Februar 2000

Gisela Ross-Strajhar

Hinweis

Quelle der in diesem Band enthaltenen Informationen sind die IZ-Datenbanken SOLIS (Sozialwissenschaftliches Informationssystem) und FORIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften).

Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken sowie auf graue Literatur in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. Wesentliche Quellen zur Informationsgewinnung für FORIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. Der Fragebogen zur Meldung neuer Projekte steht permanent im Internet unter <http://www.bonn.iz-soz.de> zur Verfügung

Literaturhinweise sind durch ein "-L" nach der laufenden Nummer gekennzeichnet, Forschungsnachweise durch ein "-F". Alle Zahlenangaben in den Registern beziehen sich auf diese laufenden Nummern der Eintragungen, nicht auf Seitenzahlen.

1 Theoretische Ansätze zu Ethik, Moral und politischer Kultur

[1-L] Baurmann, Michael:

Der Markt der Tugend: Recht und Moral in der liberalen Gesellschaft ; eine soziologische Untersuchung, (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften : Studien in den Grenzbereichen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bd. 91), Tübingen: Mohr Siebeck 1996, XIX, 681 S., ISBN: 3-16-146556-3 (Standort: UB Bonn(5)-96-5540)

INHALT: "Zwei Sichtweisen des Zusammenhangs zwischen Recht und sozialer Ordnung sind in der Sozialtheorie seit langem dominierend: Zum einen die Sichtweise, nach der das Recht die eigentliche Quelle sozialer Ordnung ist, weil rechtlicher Zwang eine unverzichtbare Funktion für die Sicherung und Stabilisierung gesellschaftlicher Normen habe. Zum anderen die Sichtweise, nach der soziale Ordnung auf Recht im Prinzip nicht angewiesen ist, weil sichere und stabile gesellschaftliche Normen auch ohne rechtlichen Zwang möglich seien. Die vorliegende Untersuchung wählt einen anderen Blickwinkel. Sie betrachtet das Recht weder unter dem Gesichtspunkt seiner möglichen Funktionen für soziale Ordnung, noch betrachtet sie soziale Ordnung unter dem Gesichtspunkt ihrer möglichen Selbständigkeit gegenüber dem Recht. Sie thematisiert vielmehr das Recht selber als soziale Ordnung. Sie geht aus von der Tatsache, daß - unabhängig von seinen möglichen Wirkungen und Funktionen - das Recht ein genuiner Bestandteil der sozialen Erklärung bedarf, wie es als soziale Ordnung entstehen und existieren kann. In diesem Blickwinkel wird das Faktum in den Vordergrund gerückt, daß auch das Recht ein empirisches Fundament in rein 'gesellschaftlichen' Ordnungsmechanismen haben muß. Ist das Recht nicht die Lösung, sondern ein Teil des 'Problems der sozialen Ordnung', dann muß dieses Problem gelöst sein, bevor das Recht als Institution zur Sicherung und Stabilisierung von sozialen Normen beitragen kann. Alle Schwierigkeiten, die man bei der Erklärung sozialer Ordnung durch den Verweis auf das Recht abschieben will, werden deshalb bei der soziologischen Erklärung der Entstehung und Existenz einer Rechtsordnung wiederkehren." (Autorenreferat)

[2-L] Bayertz, Kurt (Hrsg.):

Politik und Ethik, Stuttgart: Reclam 1996, 464 S., ISBN: 3-15-009606-5

INHALT: Die politische Philosophie hat in Deutschland nach der Wiedervereinigung aus mindestens drei Gründen gesteigerte Bedeutung erlangt: erstens ist Deutschland die vielleicht stärkste Stütze der Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg, nämlich die Fraglosigkeit wirtschaftlichen Wachstums und sozialer Stabilität, abhanden gekommen; zweitens hat sich mit der Notwendigkeit, Ableger der liberalen Demokratie im in vieler Hinsicht kargen und steinigem Boden der sog. 'neuen Bundesländer' zu pflanzen, der Argumentations- und Ideenhaushalt politischen Denkens in Deutschland nicht unwesentlich geändert; und drittens ist die Frage zu beantworten, ob die deutsche politische Philosophie über die Rezeption amerikanischer Theorieentwicklungen hinaus eigenständige Beiträge zur global gewordenen Debatte über die Prinzipien des Politischen beisteuern kann. Der von Bayertz herausgegebene Band dokumentiert eindrucksvoll, daß die politische Philosophie in Deutschland diese dreifache Herausforderung erkannt hat und Antworten auf hohem Niveau vorlegen kann. In den meisten der sechzehn Beiträge spielt die Demokratie die Hauptrolle. Sie sei ein politischer und nicht ein moralischer Begriff, betont Vollrath; sie sei nicht bloß die beste aller schlechten Staatsformen, sondern 'die beste politische Lebensform im europäischen Kontext' (61), konkludiert Becker. Aber auch die Idee der bürgerlichen Freiheit und Menschenrechte, das Recht und soziale Gerechtigkeit, die Solidarität und das Völkerrecht werden einbezogen. Die Beiträge, die mit einer Ausnahme (Maus) von Fachphilosophen stammen und mit zwei

Ausnahmen Erstveröffentlichungen darstellen, belegen beeindruckend, wie gedankenreich die philosophische Reflexion über die Verantwortung der Politik hierzulande ist. Daß sie zugleich europäisch und mit guten Gründen universal im Anspruch sein kann, zeigt Gerhardts zu Platon führender Entwurf einer politischen Anthropologie, der zu Recht am Anfang der sehr verdienstvollen Sammlung steht. Inhaltsverzeichnis: Philosophie, Politik und Moral: Volker Gerhardt: Lebensführung und Politik. Anthropologische Elemente einer philosophischen Theorie der Politik (9-39); Werner Becker: Die Überlegenheit der Demokratie. Politische Philosophie nach dem Scheitern des Marxismus (40-62); Gerd Irrlitz: Vier Wellen der Moralisierung von Politik (63-90); Ernst Vollrath: Der reflexionsmoralische Fehlschluß (91-110). Freiheit, Demokratie und Recht: Peter Koller: Freiheit als Problem der politischen Philosophie (111-138); Ulrich Steinorth: Normative Grundlagen der Demokratie (139-167); Hartmut Kliemt: Macht und Ohnmacht der Moral in der Demokratie (168-193); Ingeborg Maus: Zum Verhältnis von Recht und Moral aus demokratietheoretischer Sicht (194-227). Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit: Otfried Höffe: Soziale Gerechtigkeit als Tausch: ein neues Paradigma (229-248); Andreas Wildt: Gleichheit, Gerechtigkeit und Optimierung für jeden. Zur Begründung von Rawls' Differenzprinzip (249-276); Rainer Hegselmann: Ist Sozialpolitik notwendig kontraproduktiv? Eine spieltheoretische Analyse (277-304); Kurt Bayertz: Staat und Solidarität (305-329). Nation, Universalismus und internationale Beziehungen: Manfred Riedel: Menschenrechtsuniversalismus und Patriotismus. Kants politisches Vermächtnis an unsere Zeit (331-361); Julian Nida-Rümelin: Was ist Staatsbürgerschaft? (362-386); Thomas Kesselring: Das Bevölkerungswachstum als Problem der politischen Ethik (387-422); Wolfgang Kersting: Philosophische Probleme der internationalen Beziehungen (423-456). (ZPol, NOMOS)

[3-L] Bußhoff, Heinrich:

Politische Legitimität: Überlegungen zu einem problematischen Begriff, Neuried: ars una 1996, 234 S., ISBN: 3-89391-930-9 (Standort: FES Bonn(Bo133)A96-01457)

INHALT: In der politischen Diskussion wird immer wieder mit dem Begriff der politischen Legitimität Diskussionen zu steuern. Daher versucht der Autor, einen Diskussionsbeitrag zur Definition des Begriffes zu leisten. Der Grundgedanke ist, Legitimität als zentrale Kategorie der Politikwissenschaft zu erhalten und ausreichen zu verankern. Im Einzelnen werden politische Legitimität als Statuszuschreibung (Status-quo, Effizienz, Faktizität, Repräsentativität, Konsens und Moral) sowie als Prozeßzuschreibung (Evolution, Verfahren, Entscheidungslegitimität, Ausgrenzungs-/ Eingrenzungslegitimität) untersucht. Legitimitätszuschreibungen, so die Schlußfolgerung des Autors, verlangen wegen ihrer sozialen Sanktionierung nicht nur Öffentlichkeit, sondern auch, daß die "Legitimität von Legitimitätszuschreibungen" gesichert sein muß, was Pluralität voraussetzt. (ICB)

[4-L] Freund, Julien:

Die doppelte Ethik, in: Hrsg: Rüdiger Bubner ; Konrad Cramer ; Reiner Wiehl: Politikbegriffe, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1982, S. 1-21 (Standort: UuStB Köln(38)-4B4717)

INHALT: "Doppelte Ethik" geht von der Frage aus, ob es eine Universalethik für das gewöhnliche Verhalten der Menschen und eine Spezialethik für Politiker gibt. In Aristoteles "Politik" wird die erste ausgearbeitete Theorie einer doppelten Ethik gesehen. Der Autor zeigt am Beispiel von Max Weber einerseits und Trotzki andererseits, daß die Idee der doppelten Ethik in verschiedenen Geistesrichtungen zu finden ist. In der Kritik dieser Positionen wird deutlich gemacht, daß Politik und Ethik nicht nur keine antithetischen Aktivitäten sind, sondern auch, daß eine Ethik, die nur dem politischen Handeln eigen wäre und sich von der üblichen Ethik

unterscheidet, einer trügerischen Argumentation erliegt, die bloß einen illegitimen Gebrauch der Gewalt rechtfertigen soll. Der Autor macht deutlich, daß Machiavelli zu Unrecht als Vertreter einer Theorie doppelter Ethik bezeichnet wird. Der Irrtum der Lehre der doppelten Ethik wird darin gesehen, daß eine persönliche Ethik des Gewissens, die vor Mißbrauch geschützt ist, einer anderen Ethik gegenübergestellt wird, die Kompromissen unterstellt ist, weil sie sich den Notwendigkeiten politischer Verhältnisse fügen muß. (ICD)

[5-L] Jüsten, Karl:

Ethik und Ethos der Demokratie, (Abhandlungen zur Sozialethik, Bd. 43), Paderborn: Schöningh 1999, 360 S., ISBN: 3-506-70243-2

INHALT: Der in der 1991 erschienen Sozialenzyklika "Centesimus annus" von Papst Johannes Paul II. vertretene Ansatz zur anthropologischen Grundlegung von Ethik und Ethos in einer "wahren Demokratie" wird normativ diskutiert. Die heutige Demokratiekonzeption der katholischen Kirche wird wiedergegeben. Die Orientierungsschwierigkeiten in der heutigen Gesellschaft und die Gefährdungen des demokratischen Ethos werden aufgezeigt. Den relativistischen Wahrheitstheorien und der allgemeinen Suche nach der Legitimation des demokratischen Ethos wird die christlich-anthropologische Grundlegung gegenübergestellt. Die spirituellen Merkmale einer "wahren Demokratie" werden bestimmt. Gestalt und Elemente eines demokratischen Tugendethos werden beschrieben. Insgesamt können Christen theoretisch und praktisch aufgrund der Übereinstimmung von demokratischem und christlichem Ethos einen besonderen Beitrag zur Sicherung der Demokratie leisten. (prf)

[6-L] Kliemt, Hartmut:

Die These von der Trennung von Politik und Moral, in: hrsg. von Werner Becker u. Willi Oelmüller: Politik und Moral: Entmoralisierung des Politischen?, München: Fink 1987, S. 46-57, ISBN: 3-506-72286-7

INHALT: Der Autor diskutiert vier Varianten der Trennungsthese von Politik und Moral. Zur Aufklärung des Verhältnisses von Moral und Politik wird zwischen direkten und indirekten Handlungsgründen unterschieden. Mit der Zielbestimmung einhergehende Werte und Überzeugungen z. B. altruistischer oder egoistischer Art werden als direkter Handlungsgrund bestimmt. Meinungen, Auffassungen und Argumente, die Haltungen beeinflussen etwa hinsichtlich gut, richtig und wünschbar, werden als indirekte Handlungsgründe bezeichnet. Es zeigt sich, daß die aufgeklärte bzw. theoretische Moral, die als Ethik benannt wird, in der Politik realiter keine unmittelbare Rolle spielt. Die normative Variante der Trennungsthese zielt auf die Frage ab, welche Rolle Ethik und Moral in der Politik spielen. (KG)

[7-L] Konferenz der deutschen Akademien der Wissenschaften e.V. (Hrsg.):

Normen, Ethik und Gesellschaft, (Tagung "Normen, Ethik und Gesellschaft", 1994, Düsseldorf), Mainz: von Zabern 1997, 102 S., ISBN: 3-8053-1832-4 (Standort: UB Essen(465)-HII3574)

INHALT: Im Mittelpunkt dieses Sammelbandes steht die deutsche Wertedebatte. Diese wird aus zwei Perspektiven betrachtet. Zunächst werden der Zusammenhang zwischen Politik, Demokratie und Moral aus der Binnensicht eines Wissenschaftlers aus West- und Ostdeutschland untersucht. Anschließend wird die Außenansicht erörtert. Hier geht es um die moralisch-politischen Wechselwirkungen zwischen Polen und Deutschland und zwischen Frankreich und Deutschland. (ICE)

[8-L] Mehring, Reinhard:

Politische Ethik in Max Webers 'Politik als Beruf' und Carl Schmitts 'Der Begriff des Politischen', in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 31/1990, H. 4, S. 608-626 (Standort: UuStB Köln(38)-XE00036; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Carl Schmitts 'Begriff des Politischen' kann als eine antithetische Antwort auf Max Webers 'Politik als Beruf' gelesen werden; am Problem der politischen Ethik läßt sich dabei die politisch-theologische Grundstellung von Weber und Schmitt unterscheiden. Während Webers Konzept von Verantwortungsethik eine nichtmetaphysische 'Ethik der Welt' entwirft, die den Politiker darauf verpflichtet, Totalitätsansprüche zu begrenzen, um Lebenschancen zu ermöglichen und offenzuhalten, versucht Schmitt diese liberale Konzeption rückgängig zu machen. Schmitt setzt seinen Begriff des Politischen, die Verfassungslage der Weimarer Republik verfassungsgeschichtlich deutend und verwindend, von Webers staatsbezogenem Politikverständnis um einer Totalität des Politischen willen ab, die den einzelnen wieder in allen Daseinssphären beansprucht und Parteinahme im Wahrheitsgeschehen der Geschichte verlangt." (Autorenreferat)

[9-F] Muenzer, Thomas (Bearbeitung); Bracher, Karl Dietrich, Prof. Dr. Dr. (Betreuung):

Das "Politische Kultur"-Konzept in der westdeutschen Politikwissenschaft. Rezeptionsgeschichte und Bestandsaufnahme mit einem Rueckblick auf die Entstehung der Political Culture-Forschung in den USA.

INHALT: Aequivalente des Politische Kultur- Begriffes in der Ideengeschichte; Das Political Culture Konzept von Gabriel A. Almond, historisch-gesellschaftliche und wissenschaftsgeschichtliche Entstehungsbedingungen; die "Civic Culture"-Studie: das Forschungskonzept, das Gesellschaftsmodell. Darstellung und Kritik. Der Rezeptionsprozess von "Politischer Kultur" in der westdt. Politikwiss.; Entwicklung von Unterscheidungsmerkmalen fuer die Ansatzte in der dt. "Politische Kultur"-Forschung.

METHODE: Historisch-genetischer Ansatz, Wissenschaftsgeschichte, deskriptive Methodologie, Klassifizierung.. **BENUTZTE UNTERLAGEN:** Forschungsergebnisse.

ART: Magister **BEGINN:** 198409 **ENDE:** 198503 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Wissenschaftler

INSTITUTION: Universität Bonn, Philosophische Fakultät, Seminar für Politische Wissenschaft (Am Hofgarten 15, D-53113 Bonn)

KONTAKT: Muenzer, Thomas (0203-332789)

[10-L] Munnichs, Geert:

Demokratie, Macht und Legitimität: die Verlegenheit der modernen politischen Theorie angesichts der moralischen Basis der Demokratie, in: Karl-Otto Apel, Matthias Kettner <Hrsg.>: Mythos Wertfreiheit?: neue Beiträge zur Objektivität in den Human- und Kulturwissenschaften, Frankfurt am Main: Campus Verl. 1994, S. 199-212, ISBN: 3-593-34977-9

INHALT: Ausgehend von Joseph Schumpeters Auffassung von Demokratie als Konkurrenzkampf um politische Macht statt als öffentliche, rationale Artikulation des Gemeinwohls, skizziert der Autor des vorliegenden Beitrags die Weiterentwicklung dieses Modells in Robert Dahls pluralistischer, auf Lobbys und Interessengruppen statt auf Parteien abstellender Demokratietheorie. Aufgezeigt wird, daß schon die "Beschreibung demokratischer politischer Systeme ein normatives Verständnis des Begriffs 'Demokratie' voraussetzt" und unweigerlich auf das Feld politisch-moralischer Argumentation führt; ein Feld auf dem die von Dahl bevorzugten Grundbegriffe des "aufgeklärten Selbstinteresses" und des "Altruismus" dann

nicht mehr ausreichen. "Die objektivierende politische Theorie, anders als die diskurstheoretische inspirierte Demokratietheorie von Habermas, verfehlt eine wichtige Komponente der Wertorientierung der Bürger in ihrem Legitimationsverständnis von Demokratie und ist darum vielleicht weniger erklärungskräftig und realistisch als die scheinbar idealistischen und unrealistischen Diskurskonzepte in der politischen Theorie." (psz)

[11-L] Narr, Wolf-Dieter:

Klimmzüge der Ethik, in: Vorgänge, Jg. 29/1990, H. 6, S. 61-77 (Standort: UuStB Köln(38)-XG2258; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Selten zuvor war soviel von Moral und Ethik in der Politik die Rede wie heute. Demokratie, Menschenrechte und Verfassungsnormen haben Konjunktur und jedes Universitätsfach entdeckt seine eigene Fachethik. In seinen Reflexionen über das "moralische Zeitalter" setzt sich Narr mit dem Problem auseinander, daß "alles fließt" und die Ethik als der Kitt angesehen wird, der die arbeitsteilig auseinanderfallende Wirklichkeit zusammenhalten soll. Narr spürt den analytischen Defiziten dieser Moralsuche nach und beschreibt die Züge einer "doppelten Moral". Amoralische Moral äußere sich dort, wo eigens Institutionen geschaffen werden, die sich ethisch als Anwälte einer neuen zeitgemäßen Politik brüsten. Die Ethikkommissionen und der neue Berufsstand der Ethikexperten seien Symptome dieser Ritualisierung. Moral und Ethik scheinen an die Stelle ausgedienter Utopien - auch der des "realen" Sozialismus - zu treten. Die Hoffnungen, die sich seit Jahrhunderten mit dem Begriff Sozialismus verbanden, seien jedoch keineswegs "Müll der Geschichte". Nicht Verzweiflung sei angesagt, sondern ein ständiges Bemühen, kleine soziale Räume menschlicher zu machen. (pka)

[12-L] Pawlowski, Hans-Martin:

Werte, Normen und persönliche Orientierung, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie (ARSP), Vol. 82/1996, H. 1, S. 26-42 (Standort: UuStB Köln(38)-Fa5; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag befaßt sich mit dem Problem der Rechtsbegründung im Staat der Glaubensfreiheit. Der freiheitliche Rechtsstaat beschränkt sich auf die Festlegung rechtlicher Regelungen und hat den Glauben freigegeben. Das Recht ist der einzige Normenkomplex, offen bleibt jedoch, woraus sich die Verbindlichkeit des Rechts ergibt. Die Verfassung und die Gesetze binden die Bürger also nur insoweit, wie es ihr Glaube zuläßt. Die Bindung an das Recht unseres Staates wird daher allgemein unter Hinweis auf eine objektive Wertordnung oder auf Grundwerte bzw. universelle Menschenrechte erklärt. Angestrebt wird damit eine allgemein verbindliche Wertordnung, die jeder, unabhängig von seiner Weltanschauung oder Religion achten muß. Eine nähere Beleuchtung des Wertbegriffs bei Nicolai Hartmann, Max Weber und Martin Heidegger verdeutlicht, daß Werte abstrahierende Zusammenfassungen von Erwartungen, Neigungen und Tendenzen darstellen und als abstrakte Begriffe an sich nichts Verpflichtendes enthalten. Nur die starken Glaubensgemeinschaften innerhalb der Gesellschaft sind in der Lage, die Verbindlichkeiten, auf die der freiheitliche Staat angewiesen ist, zu gewährleisten. (ICH)

[13-L] Prätorius, Rainer:

Streit, Konsens und politische Kultur: vergleichende Perspektiven, in: Ulrich Sarcinelli <Hrsg.>: Demokratische Streitkultur: theoretische Grundpositionen und Handlungs-alternativen in Politikfeldern, Opladen: Westdt. Verl. 1990, S. 63-76, ISBN: 3-531-12240-1 (Standort: UuStB Köln(38)-13A3578)

INHALT: Der Verfasser setzt sich mit den "für die politischen Kulturen bedeutsamen ideengeschichtlichen Wurzeln des unterschiedlichen Verständnisses von Konsens und Konflikt, Homogenität und Heterogenität im amerikanischen und deutschen Verfassungsverständnis" auseinander. Während im optimistischen amerikanischen Verfassungsverständnis die "Einheit des Gemeinwesens" das Resultat des politischen Prozesses ist, sind in der an Carl Schmitt anknüpfenden deutschen Tradition Einheit, Homogenität und Konsens Voraussetzungen der Politik. Vor diesem Hintergrund fragt der Verfasser nach den unterschiedlich ausgelegten politisch-institutionellen Mechanismen der Konfliktbegrenzung. Die "dauerhafte Balance zwischen dissonanten, konfliktorischen Tendenzen einerseits und korrespondierenden, integrativen Vorkehrungen andererseits" wird als konstitutiv für moderne Demokratien herausgearbeitet. Für die Aufrechterhaltung dieser Balance sind nicht nur Verfahrensregelungen und Institutionen, sondern auch Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger von hoher Bedeutung. (ICE)

[14-L] Preisendörfer, Peter:

Karl Mannheims Konzeption der Verantwortlichkeit in einer demokratischen Gesellschaft, in: Angewandte Sozialforschung, Jg. 11/1983, H. 4/5 , S. 395-399 (Standort: UuStB Köln(38)-XH01356; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In seiner Arbeit 'Freedom, Power and Democratic Planning' versucht Karl Mannheim eine Ausarbeitung des Ideals der demokratischen Persönlichkeit. Die beiden Kernelemente dieses Ideals sind der Gedanke integrativen Verhaltens einerseits und der Gedanke der Verantwortlichkeit andererseits. Der Artikel unternimmt zunächst eine Interpretation und Explikation von Mannheims Verantwortlichkeitskonzeption, sodann wird eine Verbindung zu der neueren Verantwortungsdiskussion hergestellt. Anders als zahlreiche neuere Verantwortlichkeitskonzeptionen, die über die Ebene des Individuums nicht hinauskommen, unterscheidet Mannheim klar zwischen der subjektiven und der objektiven Seite der Verantwortung. Die objektive Seite der Verantwortung bringt die Tatsache ins Spiel, daß sich Begriffe wie Verantwortung, Verantwortlichkeit usw. stets nur unter Bezug auf die jeweilige gesellschaftliche und historische Situation inhaltlich ausfüllen lassen. Berücksichtigt man die objektive Seite der Verantwortung, erscheinen Versuche, eine universelle und/oder situationsübergreifende Konzeption von Verantwortlichkeit zu entwickeln, zumindest als problematisch." (Autorenreferat)

[15-L] Reese-Schäfer, Walter:

Grenzgötter der Moral: der neuere europäisch-amerikanische Diskurs zur politischen Ethik, (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1282), Frankfurt am Main: Suhrkamp 1997, 780 S., ISBN: 3-518-28882-2

INHALT: "Die Achtziger Jahre sind von einer Intensivierung und Zuspitzung der Ethik-Diskussion gekennzeichnet. Besonders interessant waren die Debatten um universalistische Ethik-Begründungen und deren kontextualistische Einbettung. Diskursethik und Kommunitarismus können als paradigmatische Ausformungen dieser Debatte gelten. Die Schwäche beider Konzepte besteht darin, daß sie doch wieder auf eine Vereinheitlichung entweder im Kon-

senserfordernis der Diskurse oder in einer Form sozialer Gemeinschaft zielen. Dagegen stellt der Autor den Diskussionsstrang pluralistischer Differenz-Ethiken, wie sie in Jean Francois Lyotards Widerstreit, in Niklas Luhmanns Differenzsemantik, in Michael Walzers Sphärentheorie der Gerechtigkeit und vor allem in der neueren Entwicklung der Gerechtigkeitstheorie von John Rawls vorliegen, in denen jede Form metaphysischer Moralbegründung als nicht demokratisch legitimiert zurückgewiesen wird. Die Allegorie von den neuen Grenzgöttern, die aus Kants Schrift Zum ewigen Frieden entlehnt wird, dient zur Bezeichnung des gemeinsamen Moments der moraltheoretischen Differenzkonzeptionen." (Autorenreferat)

[16-L] Riklin, Alois:

Politische Ethik, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 23/1994, H. 1, S. 105-120 (Standort: UuStB Köln(38)-XE00150; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In der Ideen- und Verfassungsgeschichte der westlichen Zivilisation sind drei Ansätze politischer Ethik vorgegeben. Der erste Ansatz orientiert sich an der Person der Politiker und Bürger, der zweite an den politischen Institutionen, der dritte an den Resultaten der Politik. In der Antike waren die personorientierte politische Ethik und die institutionorientierte etwa gleichgewichtig. Im Mittelalter überwog der Personalismus, in der Neuzeit der Institutionalismus. Der Paradigmenwechsel erfolgte in der italienischen Renaissance. Zur gleichen Zeit trat die erfolgsorientierte Bewertung der Politik ins Blickfeld, zunächst ohne, später mit Beachtung moralischer Anforderungen. Der Verfasser gibt einen Überblick über die drei Entwicklungslinien. Er argumentiert zugunsten einer Synthese der drei Ansätze in Auseinandersetzung mit nichtwestlichen Kulturen." (Autorenreferat)

[17-L] Sutor, Bernhard:

Ethische Aspekte demokratischer Streitkultur, in: Ulrich Sarcinelli <Hrsg.>: Demokratische Streitkultur: theoretische Grundpositionen und Handlungsalternativen in Politikfeldern, Opladen: Westdt. Verl. 1990, S. 157-176, ISBN: 3-531-12240-1 (Standort: UuStB Köln(38)-13A3578)

INHALT: Ausgehend vom Prinzip der "Interdependenz von Individual- und Sozialethik" fragt der Verfasser "sowohl nach der Begründbarkeit einer Ethik des demokratischen Streits als auch nach ethisch begründeten Verhaltensweisen für den Modus des Streitens". Die Betrachtung anthropologisch-institutioneller Begründungen einer Sozialethik des politischen Streitens macht ein breites Spektrum sozialanthropologischer, politiktheoretischer, soziologischer und demokratietheoretischer Aspekte sichtbar. Der freiheitliche Verfassungsstaat als "Einrichtung zur ständigen Sicherung und Verbesserung der ihm zugänglichen äußeren Bedingungen eines friedlichen Miteinanders sehr unterschiedlich tugendhafter Menschen" ist auf die wechselseitige Absicherung der "Moral der Institutionen" und der individuellen Moral der Bürger angewiesen. Der Verfasser sieht daher "in individualethischen Verhaltensdispositionen im Sinne von Tugenden wie politische Urteilskraft, Gerechtigkeitswille, Zivilcourage und Mäßigung unverzichtbare Elemente für eine demokratische politische Kultur". (ICE)

[18-L] Westle, Bettina:

Politische Folge- und Kritikbereitschaft der Deutschen, in: ZUMA Nachrichten, Jg. 21/1997, H. 41, S. 100-126 (Standort: UuStB Köln(38)-XG6223; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Vertrauen hat in den Sozialwissenschaften in letzter Zeit erheblich an Beachtung gewonnen. Nicht selten erfolgt dabei eine wenig reflektierte Übertragung von Funktionen und

Mechanismen des sozialen Kapitals auf die politische Sphäre. Politisches Vertrauen wird kurzerhand zum Schlüssel funktionsfähiger Demokratie stilisiert. In dem vorliegenden Beitrag werden einige ausgewählte Probleme dieser Übertragung theoretisch und empirisch analysiert. Dabei zeigt sich, daß zwischen sozialem und politischem Vertrauen und insbesondere zwischen Vertrauen/Mißtrauen als Kategorien politischer Unterstützung und Vertrauens- sowie Mißtrauensbereitschaft als Kategorien politischer Tugendnormen schärfer unterschieden werden sollte." (Autorenreferat)

[19-L] Zielinski, Heinz:

Freiheit und soziale Gerechtigkeit: zur Ethik der Herrschaft des Volkes, in: hrsg. von Franz Neumann: Politische Ethik: Handbuch, Baden-Baden: Signal-Verl. 1985, S. 128-151, ISBN: 3-7971-0232-1 (Standort: UuStB Köln(38)-4E4475)

INHALT: Der Autor untersucht den Anspruch demokratischer Gesellschaften, ein Höchstmaß an persönlicher Identität, persönlichem Glück und Gemeinwohl im gesellschaftlichen Kompromiß erfüllen zu wollen. Diese ethische Grundvorstellung ist von historischen Bedingungen abhängig; Fortschritt in der Demokratie ist an der Weiterentwicklung der Volkssouveränität als dem Kernelement politischen Wollens und Entscheidens zu messen. Es wird erörtert, wie die demokratischen Grundwerte Freiheit und Gleichheit in der historischen Perspektive, innerhalb unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen mit demokratischem Anspruch sowie in der parteipolitischen Diskussion der Bundesrepublik interpretiert werden. Darüber hinaus werden Legitimation und Repräsentation der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik dargestellt. Die Grundlage des demokratischen Verständnisses der Gegenwart ist durch die Tatsache bestimmt, daß Demokratie die gesellschaftlichen Wandlungen vollstreckt, die die Freiheit der Menschen steigern und am Ende vielleicht ganz herstellen können. Eine derart zielgerichtete, wahrheitsorientierte Politik erfordert eine neue Moral der politisch Verantwortlichen. Andererseits ist auch der politische Bürger als öffentlicher Bürger gefordert, um eine Steigerung der Identität zwischen Regierenden und Regierten zu erreichen. (HN)

[20-L] Zsifkovits, Valentin:

Demokratie braucht Werte, (Zeitdiagnosen, Bd. 2), Münster: Lit Verl. 1998, 110 S., ISBN: 3-8258-3710-6 (Standort: UB Münster(6A)-MD6300-95)

INHALT: Die Arbeit versucht "einiges an christlichen Orientierungen für die Politik" aufzuzeigen und stellt einleitend die Grundwertfrage sowie den Zusammenhang zwischen politischem Ethos und Wesensmerkmalen der Demokratie zur Diskussion. Die Probleme und Chancen einer christlichen Gestaltung von Politik werden ausgeführt und münden in "Zehn Gebote zur positiven Auflösung der Spannung von Politik und Moral". Es wird für eine Erneuerung der politischen Kultur plädiert, wobei Werte wie Verantwortung, Humanismus, Zukunftsorientierung, Pflege und Beherrschung der "edlen Formen der Macht zur Überwindung der brutalen Formen", sowie Besinnung auf die motivierende und orientierende Kraft von Religion stärker in den Vordergrund treten sollen. (pra)

2 Ethik und Moral in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

[21-L] Biedenkopf, Kurt:

Das politische System im Spiegel gesellschaftlicher Werte, in: Hrsg.: Dr. Gerhard Breunig für den BMV Berufsverband Deutscher Markt- und Sozialforscher e.V.: Die Forschung in Zukunft - die Zukunft in Forschung, Offenbach am Main: 1995, S. 9-22 (Standort: UuStB Köln(38)-21A1501; Graue Literatur)

INHALT: Im vorliegenden Beitrag diskutiert der Ministerpräsident von Sachsen einige der Wechselbeziehungen zwischen politischem System und gesellschaftlichen Werten. Dafür, daß diese Wechselbeziehung funktioniert, sind nach seiner Auffassung drei Punkte entscheidend: (1) Das politische System muß sich dieser Wechselwirkung öffnen. Es darf nicht zu einem geschlossenen System werden. Es ist allerdings im Begriff, dies zu werden. (2) Das politische System muß endlich begreifen, daß gemeinsame Wertvorstellungen nicht durch Harmonieveranstaltungen, sondern durch offene Auseinandersetzung über die richtigen Werte und die Zukunftsziele der Gesellschaft erarbeitet werden. Und (3): Es muß geführt werden. Sowohl die Öffnung der politischen Systeme, wie das Risiko, politische Auseinandersetzungen einzugehen, sind Führungsleistungen. "Lead or leave", "Führe oder verschwinde": Der Autor betont, daß diese Maxime eine sehr gute Zusammenfassung der augenblicklichen Reflexion des politischen Systems ist. (ICE2)

[22-L] Biskup, Reinhold (Hrsg.):

Werte in Wirtschaft und Gesellschaft, (Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Bd. 52), Bern: Haupt 1990, 223 S., ISBN: 3-258-04175-X (Standort: UB Bonn 90-1242)

INHALT: Im Rahmen einer derzeit zunehmenden Wertediskussion über Wertewandel, Wertenhilismus oder Wertkrise in Wirtschaft und Politik präsentiert der Band Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Sicht von Philosophen, Politikern, Diplomaten, führenden Gewerkschaftern und Unternehmern über die Wertproblematik als Teil einer verhaltensbeeinflussenden Ethik, die sich gerade im Zuge des technologischen Fortschritts in einer Welt mit zunehmenden globalen und ökologischen Krisen immer mehr in den Vordergrund drängt. Die einzelnen Beiträge, die im Rahmen des Zermatter Symposiums 1990 entstanden sind, behandeln unter anderem Fragen der Wertkrise in der Industriegesellschaft, des humanitären Völkerrechts, der religiösen Wertorientierung, der Wertproblematik in der politischen Szene und in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der kaufmännischen Ethik, des Wertes und der Zukunft der Arbeit, der Menschenrechte und -würde in Biotechnik und Gentechnologie sowie der Verantwortungs- und Berufsethik im Bereich der Medien und Publizistik. (ICE)

[23-L] Bürklin, Wilhelm:

Die politische Kultur in Ost- und Westdeutschland: eine Zwischenbilanz, in: hrsg. von Gerhard Lehbruch: Einigung und Zerfall: Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ; 19. Wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Opladen: Leske u. Budrich 1995, S. 11-24, ISBN: 3-8100-1365-X (Standort: UB Bonn(5)-96-2072)

INHALT: Die deutsche Wiedervereinigung hat die über zwei Jahrzehnte geführte und zunächst abgeschlossen geglaubte Diskussion um den Charakter der politischen Kultur Deutschlands wiederbelebt. In ihrer klassischen vergleichenden Studie zur politischen Kultur westlicher Gesellschaften stellten Almond und Verba die These auf, dass formale Regierungs- und Verwaltungsstrukturen vergleichsweise leicht geändert werden können, während die ihnen

zugrundeliegenden politisch-kulturellen Normen ein davon zum Teil unabhängiges Eigenleben führten und sich daher nur mit Verzögerung anpassten. Im Rahmen dieses theoretischen Ansatzes stellt der vorliegende Beitrag fest, daß der politisch-kulturelle Wandel im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung keine Einbahnstrasse darstellt. Aufgrund der ausgeprägten Einstellungen zur sozialen Gleichheit, der Rolle des Staates in der Politik und der laizistisch geprägten sozialen Grundwerte ist mit nachhaltigen Einflüssen der neuen Bundesländer auf die politische Kultur des vereinten Deutschland zu rechnen. (ICE)

[24-L] Deth, Jan W. van:

Über die Mannigfaltigkeit von Werten, in: Akademie der Bundeswehr f. Information und Kommunikation <Hrsg.>: Wertebewußtsein - Wertewandel: Verbindlichkeit von Werten, Strausberg: 1996, S. 7-22 (Standort: UuStB Köln(38)-970106172; Graue Literatur)

INHALT: In dem vorliegenden Beitrag werden nicht - wie üblich - die wichtigsten Konsequenzen des Wertewandelsprozesses für die Politik und das politische Verhalten der Bürger zusammengefaßt, sondern - eher umgekehrt - die Konsequenzen der Politikgestaltung für die Wertorientierungen der Bürger. Der Autor klärt zunächst die Gründe für diese Einseitigkeit in der Werteforschung. Handelt es sich hier um einen blinden Fleck oder nur um ein Forschungsprogramm, in dem man Prioritäten anders setzen muß, und in welchem die Priorität eben bisher noch nicht bei dem Einfluß der Politikgestaltung auf Wertorientierungen lag? Der Autor versucht, derartige Fragen zu beantworten, indem er - erstens - die Alltagsrelevanz der Politik für die Bürger und - zweitens - die Rolle der politischen Parteien bei der Politikgestaltung näher betrachtet. (ICE)

[25-L] Faltin, Inge:

Norm - Milieu - Politische Kultur: normative Vernetzungen in Gesellschaft und Politik der Bundesrepublik, Wiesbaden: Dt. Univ.-Verl. 1990, 326 S., ISBN: 3-8244-4040-7

INHALT: "Milieutypische gesellschaftliche Normen sind die zentralen Indikatoren sozialen Verhaltens und politischen Handelns. Gesellschaftspolitische Prozesse werden in den bundesdeutschen Milieus über jeweils für sie typische Normen 'gefiltert' und milieuspezifisch bewertet. Der Vergleich dieser Normen mit den Grundwerte-Interpretationen der im Bundesstaat vertretenen Parteien und ihrer Programmatik in den drei Politikbereichen Bildung, Mitbestimmung und Vermögensbildung macht - vor dem milieutheoretischen Hintergrund - deutlich, ob und warum es Übereinstimmungen bzw. Diskrepanzen zwischen den zentralen Werten und Normen von Bevölkerung und offizieller Politik gibt." (Autorenreferat)

[26-L] Funk, Rainer (Hrsg.):

Ethik und Politik: Antworten auf aktuelle politische Fragen, (Schriften aus dem Nachlaß / Erich Fromm, 4/ Heyne-Sachbuch, 5054), München: Heyne 1996, 270 S., ISBN: 3-453-09897-8

INHALT: Sollte mit der vorliegenden Auswahl aus dem Nachlaß gezeigt werden, daß Fromms politische Ansichten auch heutzutage noch Aktualität besitzen, wäre ein anderer Untertitel wünschenswert gewesen. Denn schon ein flüchtiger Blick auf die Themen zeigt, daß diese alles andere als aktuell sind, vielmehr sind sie in hohem Maße zeitgebunden und haben sich in Teilen bereits überlebt. Der Covertext ist ebenfalls irreführend, wenn er auf Fromms 'kluge Kommentare' zu Europa und zu dem arabisch-israelischen Konflikt verweist, während man eine Bemerkung zur amerikanischen Außenpolitik als eigentlichem Schwerpunkt vergebens sucht. Besitzt Europa zumindest ein eigenes Kapitel in der Schriftensammlung, bleibt zum arabisch-israelischen Konflikt ein Aufsatz aus dem Jahre 1948. Inhaltsverzeichnis: Rainer

Funk: Vorwort. I. Sozialpsychologische Erkenntnisse und ihre politische Umsetzung: 1. Sind wir geistig noch gesund? (1965); 2. Der geistige Zustand Amerikas (1967); 3. Der politische Radikalismus in den Vereinigten Staaten und seine Kritik (1968). II. Außenpolitik im Kalten Krieg: 1. Geistig gesundes Denken und Außenpolitik (1961); 2. Anmerkungen zu einer realistischen Außenpolitik (1961); 3. Rußland, Deutschland, China: Bemerkungen zur Außenpolitik (1960); 4. Chruschtschow und der Kalte Krieg (1961); 5. Das neue kommunistische Programm (1961); 6. Die Herausforderung durch Castro (1961); 7. Die amerikanische Außenpolitik nach der Kuba-Krise (1963); 8. Außenpolitik nach dem Verbot von Atomwaffenversuchen (1964); 9. China und der Krieg in Vietnam (1965); 10. Die globale Verantwortung der Vereinigten Staaten (1965). III. Deutschland und Europa: 1. Die Zukunft eines Neuen Europas (1961); 2. Tatsachen und Fiktionen über Berlin (1961); 3. Andere Stimmen aus Deutschland (1962); 4. Die Spiegelaffäre - ein altes Muster? (1962); 5. 'Entspannung durch Stärke' (1964); 6. Die deutsche Frage (1965) (183-193). IV. Atomare Rüstung und politische Gewalt: 1. Alternativen zum Atomkrieg (1961) (195-204); 2. Der Vietnamkrieg und die Brutalisierung des Menschen (1966); 3. Kennedys Mörder (1964); 4. Der Terrorismus von Baader und Meinhof (1976); 5. Märtyrer und Helden (1967). V. Politische Initiativen: Für eine Kooperation von Israelis und Palästinensern (1948); 2. 'Citizens for Reason' (1955); 3. Warum ich für McCarthy bin (1968). (ZPol, NOMOS)

[27-L] Gabriel, Oscar W.:

Lokale Politische Kultur, in: Ulrich von Alemann; Kay Loss; Gerhard Vowe <Hrsg.>: Politik: eine Einführung, Opladen: Westdt. Verl. 1994, S. 201-252, ISBN: 3-531-12634-2

INHALT: Gegenstand der vorliegenden Untersuchung bilden die Eigenschaften der lokalen politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland und ihre Bedeutung für die Analyse kommunalpolitischer Strukturen und Prozesse. Mittels eines politikwissenschaftlichen Analysekonzepthes (das der politischen Kultur) wird die kommunale Wirklichkeit wiedergespiegelt. Als politische Kultur werden die Summe der Wertorientierungen und Einstellungen der Bevölkerung zum politischen System sowie bestimmte Muster, wie diese erworben (durch politische Sozialisation) und in politisches Handeln umgesetzt werden, verstanden. Thematisiert wird die lokale Politik als Kristallisationspunkt von Einstellungen des Individuums zur Politik. Aus der Untersuchung lassen sich folgende Aussagen über die Eigenschaften der lokalen politischen Kultur der Bundesrepublik ableiten: (1) Die einschneidenden gesellschaftlichen Veränderungen und die weitreichende Neuordnung des kommunalen Gebietsbestandes haben die Integrationsfunktion der Kommunen deutlich geschwächt. (2) Die kommunale Selbstverwaltung zeichnet sich im Vergleich mit der staatlichen Politik durch eine besondere Bürgernähe aus. (3) Das für die deutsche Selbstverwaltungstradition typische Spannungsverhältnis zwischen Parteipolitik und angeblicher Verwaltungsrationalität besteht in den Gemeinden tendenziell fort. (4) Es ergeben sich keine Hinweise auf besondere demokratisch-partizipative Defizite der lokalen politischen Kultur. (5) Die Vorstellungen der Bürger kleiner Gemeinden von Kommunalpolitik sind stark traditionsverhaftet. Die lokale politische Kultur der Bundesrepublik erweist sich als ein integrierter Bestandteil der nationalen politischen Kultur. Die Einbindung der Kommunen in den demokratischen Staatsaufbau blieb nicht auf die formal-institutionelle Ebene beschränkt, sondern sie wurde offenkundig von der Bevölkerung angenommen. In dem Aufsatz sind fünf Übungsaufgaben integriert. (psz)

[28-L] Gabriel, Oscar W.:

Politische Kultur aus der Sicht der empirischen Sozialforschung, in: hrsg. v. Oskar Niedermayer u. Klaus von Beyme: Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin: Akademie-Verl. 1994, S. 22-42, ISBN: 3-05-002483-6

INHALT: Die Schaffung eines gesamtdeutschen Staates und einer gemeinsamen Verfassung stellt nur einen ersten Schritt im Prozeß der Integration Deutschlands dar. Der Erfolg oder das Scheitern dieses Unternehmens hängt nicht zuletzt von der Entwicklung einer gemeinsamen politischen Kultur ab. Daß mit demokratischen Strukturen nicht automatisch eine demokratische politische Kultur entsteht ist bekannt. Die Frage, ob sich in der BRD die kulturellen Grundlagen eines funktionsfähigen demokratischen Regimes herausbilden werden oder ob mit einer Spaltung der politischen Kultur in zwei gegensätzliche, zumindest aber unterschiedliche Subkulturen zu rechnen ist, wird in den kommenden Jahren die empirische Politikforschung beschäftigen. Der vorliegende Beitrag versucht, die folgenden Fragestellungen und Probleme bei einer empirischen Analyse der politischen Kultur Deutschlands näher zu spezifizieren: (1) Welcher Ausschnitt aus der politischen Wirklichkeit konstituiert den Gegenstand der empirischen Analyse politischer Kultur? (2) Welche konkreten Einzelfragen stehen bei der Analyse der kulturellen Entwicklung Gesamtdeutschlands im Vordergrund? (3) Welche Strategien sind in der empirischen Forschung einzusetzen? (pmb)

[29-L] Gut, Walter:

Politische Kultur in Staat und Gesellschaft, Fribourg: Univ.-Verl. Freiburg Schweiz 1992, 222 S., ISBN: 3-7278-0833-0 (Standort: UB Bonn(5)-94-2588)

INHALT: "Dieses Buch geht von der Einsicht aus, daß auch die Politik, wenn sie gewisse Voraussetzungen erfüllt, dem Bereich der Kultur zugeordnet werden kann. So darf man die Schöpfung und Ausgestaltung des Staates, die Errichtung und stete Erneuerung gut funktionierender staatlicher Strukturen, die treue Erfüllung der politischen Gestaltungsaufgabe und zahlreiche weitere politische Taten und Werke füglich als kulturelle Leistungen von beträchtlichen humanem Wert anerkennen. Auch die politischen Zielsetzungen und Vorgehensweisen, die zumeist aus bestimmten ideellen Grundhaltungen erwachsen, sind unter dem kulturellen Aspekt höchst bedeutsam. Und selbst die sachgerechte Grenzziehung zwischen der Zuständigkeit des Staates und dem weit größeren Aufgabenbereich der Gesellschaft stellt eine kulturelle Leistung von bedeutendem Rang dar. Der Autor thematisiert im Rahmen eines historischen Rückblickes Staat und Gesellschaft der Schweiz in bezug auf Politik und Ethik, Politik als Bereich der Kultur, verfassungstheoretische Überlegungen, politische Tugenden und auf das Verhältnis von Politik und Parteien. Er versteht unter politischer Kultur, der Chance besondere Aufmerksamkeit zu schenken, daß die Behörden, das Volk und seine Repräsentanten sich bemühen, das kulturelle Niveau politischer Werke im täglichen politischen Einsatz zu heben und so dem Bereich der Politik eine neue humane Dimension zu vermitteln. Damit wird dem früher erschienenen Buch 'Politische Kultur in der Kirche' sozusagen das profane Gegenstück zur Seite gestellt." (SM 2)

[30-F] Janett, Daniel (Leitung):

Ethik im öffentlichen Dienst

INHALT: Kontext: Auftragsforschung der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates; Rahmenthema: Wertwandel in der Verwaltung, Verwaltungsmodernisierung, Korruption und Ethik in der öffentlichen Verwaltung. Fragestellungen: 1. Was sind die wichtigsten Begünstigungsfaktoren von Korruption und anderen Unregelmäßigkeiten im öffentlichen

Dienst? 2. Wie kann man Korruption und anderen Unregelmässigkeiten im öffentlichen Dienst vorbeugen? 3. Was unternimmt die Schweizerische Bundesverwaltung zur Förderung der Ethik im öffentlichen Dienst? 4. Was unternehmen andere OECD-Länder zur Förderung der Ethik im öffentlichen Dienst?(Zwischen)ergebnisse: 1. Die wichtigsten Begünstigungsfaktoren, welche persönliche Veranlagungen für Unregelmässigkeiten im öffentlichen Dienst verstärken, sind nach Meinung der in der Studie Befragten Personen Führungsfehler, Rekrutierungsfehler und unklare Kompetenzabgrenzungen im öffentlichen Dienst. New Public Management (NPM) vergrössert nach Ansicht aller Befragten nicht das Risiko unkorrekten Verhaltens im öffentlichen Dienst, wenn die neue Verwaltungsführung unter entsprechenden Rahmenbedingungen eingeführt wird. Die Hälfte der Befragten vermutet im NPM sogar eine korruptionsmindernde Wirkung (infolge klarerer Verantwortungsregeln, Kompetenz- und Verantwortungszuwachs, mehr Arbeitsmotivation, mehr Kommunikation). 2. Die wichtigsten Gegenstrategien gegen unregelmässiges Verhalten in der Verwaltung sind nach Ansicht der Befragten Personen vorbildliches Verhalten der Verwaltungskader und der politischen Entscheidungsträger sowie transparente Verantwortlichkeitsregeln. 3. Die Bundesverwaltung verfügt auf bundesrätlicher, departementaler und Ämterstufe über eine breite Palette von Präventionsinstrumenten gegen Unregelmässigkeiten bzw. Massnahmen der Förderung der Ethik im öffentlichen Dienst. Auf der Bundesebene dominierten bis vor kurzem "harte", auf Kontrolle und Repression ausgerichtete Instrumente. Neuerdings werden auch "weiche" Instrumente zur Förderung korrekten Verhaltens eingesetzt (Verhaltenskodexe, Schulungen etc.). Die wichtigsten Instrumente der Ethikförderung auf der Departements- und Ämterstufe sind Schulungen des Personals, Förderung der Amtskultur, interne Kontrollen und sorgfältige Personalrekrutierung. Der Arbeitsgruppe PUMA (Public Management) der OECD zufolge fördern zahlreiche Mitgliedsländer die "ethische Infrastruktur" ihrer Verwaltungen auf drei Ebenen: a. Kontrolle: Überprüfung von Rollen und Verantwortlichkeiten, Ausbau von Kontrollorganen, Anpassung von Rechtsnormen (bzgl. Nebenbeschäftigungen von Beamten u.a.) b. Orientierung: Schulungen, Verhaltenskodexe c. Führung: Aufbau von Institutionen, welche das behördliche "Ethik-Management" koordinieren und überwachen. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Schweizerische Bundesverwaltung

METHODE: Deskriptive Bestandesaufnahme zu den genannten Fragekomplexen (kein Hypothesentest). Vorgehen und methodischer Ansatz: Analyse einschlägiger Literatur: Korruption, Ethik, Verwaltungswissenschaft, New Public Management etc. Entwicklung eines Interviewleitfadens und eines standardisierten Kurzfragebogens. Datenerhebung: 12 standardisierte Kurzfragebogen und Leitfadeninterviews mit Personalverantwortlichen der Departemente, der Bundeskanzlei und ausgewählten Ämtern und Betrieben des Bundes. Dokumentenanalyse. Datenauswertung: qualitative und quantitative Inhaltsanalyse Präsentation der Ergebnisse in einem bei der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle erhältlichen Schlussbericht.

ART: Auftragsforschung *BEGINN*: 199805 *ENDE*: 199812 *AUFTRAGGEBER*: Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates *FINANZIERER*: Auftraggeber

INSTITUTION: L'Organe Parlementaire de Controle de l'Administration (Parlamentsgebäude, CH-3003 Bern)

[31-L] Kaase, Max:

Das politische System im Spiegel gesellschaftlicher Werte: Gesellschaft und Politik in Deutschland im Zeitalter der modernen Massendemokratie, in: Hrsg.: Dr. Gerhard Breunig für den BMV Berufsverband Deutscher Markt- und Sozialforscher e.V.: Die Forschung in Zukunft - die Zukunft in Forschung, Offenbach am Main: 1995, S. 23-35 (Standort: UuStB Köln(38)-21A1501; Graue Literatur)

INHALT: Der vorliegende Beitrag diskutiert einige der Wechselwirkungen zwischen politischem System und gesellschaftlichen Werten. Die Ausführungen lassen sich in etwa wie folgt zusammenfassen: Neue Spannungen zwischen politischer Struktur und politischer Kultur sind entstanden und werden weiter entstehen, auf die neue Antworten gesucht werden müssen: durch die parteiunabhängigen Institutionen unseres politischen Systems, durch Parteien, Politiker und gesellschaftliche Gruppen, und durch die Bürger selbst. Der Autor ist davon überzeugt, daß keine andere politische Ordnung, wie die der liberal pluralistischen Demokratie in der Lage ist, solche Antworten zu geben, wenn sie denn in unserer Welt überhaupt noch gefunden werden können. Sie muß nur in ihren Mechanismen auch die Chance eingeräumt erhalten, ihr Innovationspotential zu entfalten. Mehr als an allem anderen scheint es allerdings zur Zeit bei uns, aber auch in anderen, vergleichbaren Ländern an dem Gefühl für die Notwendigkeit solcher Veränderungen und an dem politische Willen zur Eröffnung dieser Chance zu fehlen. (ICE)

[32-L] Kaase, Max; Newton, Kenneth:

Beliefs in government, (Beliefs in government, 5), New York: Oxford Univ. Press 1995, VIII, 217 S., ISBN: 0-19-827956-6 (Standort: UB Bonn(5)-96-8172)

INHALT: Das Buch ist Teil einer fünfteiligen Titelseerie, die im Rahmen des Forschungsprogramms "Beliefs in Government" (BiG) der European Science Foundation (ESF) veröffentlicht wurde. Bei dem Forschungsprogramm handelt es sich um ein vergleichendes politikwissenschaftliches Projekt, was dem Ziel gewidmet war, den Wandel der Masseneinstellungen im Westeuropa der Nachkriegszeit zu untersuchen. Der vorliegende V. Band der Serie faßt nicht nur die Ziele des Forschungsprojektes BiG zusammen, sondern versucht auch, die in den vier vorhergehenden Bänden vorgestellten Forschungsergebnisse neu zu bündeln und zu übergeordneten Theorien über öffentliche Meinung, politische Institutionen und politische Einstellungen zu verarbeiten. Im einzelnen enthält der Band Abhandlungen zur Krisentheorie, zu politischem Wandel, zur Transformation, zu politischen Einstellungen und Verhaltensweisen, zur Legitimität des Staates, zur wachsenden Internationalisierung (UN, NATO, GATT, G 7, etc.), zum Verhältnis von Bürger und Staat sowie zur Krise der Demokratie. (ICH)

[33-L] Klug, Ulrich:

Regierungsfunktion, politische Entscheidung und konkrete Moral: empirische Aspekte, in: hrsg. von Werner Becker u. Willi Oelmüller: Politik und Moral: Entmoralisierung des Politischen?, München: Fink 1987, S. 58-65, ISBN: 3-506-72286-7

INHALT: Der Grenzbereich von Rechts- und Moralnormen wird anhand von Beispielen aus dem juristischen Bereich diskutiert. Der Autor geht davon aus, daß der politische Praktiker bei der Entscheidung über rechts- und justizpolitische Angelegenheiten stets auch moralisch gefragt ist. Anhand eines Beispiels aus Hamburg wird der moralische Aspekt bei der Gewährung von Gefangenenerlaubnis erörtert. Die konkrete Anwendung von Normen der Moral zeigt sich der Darstellung zufolge z. B. bei Gnadenentscheidungen, denen ein hohes Entscheidungsrisiko anhaftet. Es wird der Schluß gezogen, daß die Rechtslage bei der Behandlung von Hungerstreikenden umstritten ist. Der Angriff J. P. Sartres 1975 gegen den Verfasser wegen der Haftbedingungen der Terroristen wird als eine moralische Konfrontation gerichtet gegen politische Praxis gedeutet. (KG)

[34-L] Knapp, Manfred:

Zur Werteproblematik in der Politik und in den Sozialwissenschaften, in: Reinhold Biskup (Hrsg.): Werte in Wirtschaft und Gesellschaft, Bern: Haupt 1990, S. 67-76, ISBN: 3-258-04175-X (Standort: UB Bonn 90-1242)

INHALT: Der soziale Wandel mit seiner Sinn- und Orientierungskrise, die für viele Bundesbürger Zukunftsangst und Verunsicherungen heraufbeschwören, haben zu einer vermehrten Diskussion um Werte und den eingetretenen Wertewandel geführt. Der Beitrag gibt einen Einblick in die durch die sozialwissenschaftliche Werteforschung seit 1979 dokumentierten Bereiche der Wertauseinandersetzungen und -kontroversen in der Bundesrepublik, die durch eine Reihe von Gesetzesentwürfen und politischen Entscheidungen im Bereich der Sicherheits-, Technologie- und Industriepolitik sowie im Wissenschaftsbereich gekennzeichnet sind. Eine Schwierigkeit für Politiker und Sozialwissenschaftler gleichermaßen ist die begriffliche Unschärfe des Wertebegriffes, der im folgenden hier anhand eines sozialwissenschaftlichen und philosophisch-historischen Exkurses näher beleuchtet wird. Wertsysteme, so wird ausgeführt, sind nicht invariable und bewegen sich in einer Raum-Zeit-Abhängigkeit. Abschließende Bemerkungen befassen sich mit der anlässlich eines Symposiums veranstalteten Diskussionsrunde "Werteorientierung in der Politik" und greifen vor allem die Werteproblematik in einem Gemeinsamen Europa auf. (ICE)

[35-F] Kreikenbom, Henry, Dr. (Bearbeitung):

Die Transformation der politischen Kultur in den neuen Bundesländern am Beispiel der Bürgerorientierungen gegenüber den soziopolitischen Interessenvermittlungsstrukturen und des politischen Systems der Bundesrepublik

INHALT: Ziel des Projektes ist es, eine empirisch gestützte Analyse der Orientierungen ostdeutscher Bürger gegenüber den soziopolitischen Vermittlungsstrukturen und regionalen Behörden im Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern vorzunehmen. Dabei soll die Beschaffenheit solcher Orientierungen vor der Wende (insbesondere auf Parteien), während des Vereinigungsprozesses und in der Gegenwart ermittelt und die individuelle Akzeptanz demokratischer Prozesse untersucht werden. Das Projekt kann somit einen Beitrag zur empirischen Analyse der Entwicklung der politischen Kultur in den neuen Bundesländern leisten. Die reale Entwicklung von Werten, Bindungen, Einstellungen und Handlungsmustern der Bürger im politischen System der DDR und im Netz soziopolitischer Interessenvermittlungsstrukturen, soweit sie vorhanden waren und ihrem Sinn entsprechend funktionieren, ist von der DDR-Wissenschaft empirisch kaum aufgearbeitet worden. Ansätze dafür, die z.B. in der Lebensweiseforschung zu sehen sind, wurden durch die politische Zensur behindert und konnten nur spärlich Früchte tragen. Probleme des Forschungsdesigns lassen Befunde über Orientierungen gegenüber den bundesdeutschen politischen Systems kaum zu. Empirische Erhebungen zum Wahlverhalten, zu Parteibildungen und zur Bewertung des politischen Systems sowohl der DDR als auch der Bundesrepublik, wurden von der empirischen Wahl-, Einstellungs- und Parteienforschung seit Ende 1989 in Ostdeutschland bereits durchgeführt. In Zusammenhang damit brach eine zentrale Fragestellung auf, deren Diskussion und Lösung noch nicht genügend empirisch fundiert ist und zu deren Klärung dieses Projekt beitragen will. Inwieweit sind in 40 Jahren obrigkeitsstaatlicher Herrschaftsstrukturen Züge einer Untertanenkultur in den neuen Bundesländern ausgeprägt, wie vollzieht sich die Herausbildung der Akzeptanz der neuen demokratischen Strukturen und der Bereitschaft sowie der Fähigkeit zur Partizipation und welche Folgen hat dieser Transformationsprozeß für die Entwicklung der Staatsbürgerkultur in der Bundesrepublik?
ZEITRAUM: 1989 bis 1994 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* vorwiegend neue Bundesländer

METHODE: Ausgehend vom Verständnis politischer Kultur als die Art und der Umfang politischer Kenntnisse, Bindungen an und Bewertung des politischen Systems sowie die Art und die Intensität des politischen Handelns stehen in diesem Projekt politische Wertorientierungen, das Vertrauen der Bürger in Parteien, Verbände und regionale Behörden und politische Handlungsdispositionen im Vordergrund. Es wird diesbezüglich eine komparative Analyse der alten und der neuen Bundesländer angestrebt. Im Forschungsansatz werden zwei Perspektiven (Bürgerorientierungen und Handlungsdispositionen) in den Mittelpunkt des Vergleichs gestellt. Arbeitshypothesen: 1. Bereits vor der politischen Wende gab es Orientierungen ostdeutscher Bürger auf das politische System der Bundesrepublik und die bundesdeutschen Parteien. 2. Aus der Sozialisation politischer Wertorientierungen und Handlungsdispositionen in der 40jährigen DDR-Realität resultieren obrigkeitsstaatliche Verhaltensmuster und Mentalitäten der Bürger in den neuen Bundesländern. Diese bewirken Akzeptanzschwierigkeiten im von der Bundesrepublik übernommenen parlamentarisch-demokratischen System der Interessenvermittlung und der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung. Sie haben speziellen Einfluß auf den raschen Anstieg des Politik- und Parteienfrusts und behindern die Ausprägung einer Staatsbürgerkultur. Vorgesehener Arbeitsplan: 1. Forschungsphase: Sekundäranalyse und qualitative Leitfadenterviews. 2. Forschungsphase: Grunderhebung mittels Bus-Einschaltung auf der Basis standardisierter Fragen im Jahr 1993. 3. Forschungsphase: Wiederholungserhebung mittels Bus-Einschaltung im Jahr 1994 und Durchführung von Tiefeninterviews. Untersuchungsdesign: Querschnitterhebung; qualitative Forschung. **DATENGEWINNUNG:** Standardisierte Erhebung, Persönliches Interview, Reduktive Induktion (Stichprobe: 1000; wahlberechtigte Bevölkerung der BRD; Auswahlverfahren: Zufall). Offene Erhebung, Statistische Individualdatenanalyse (Stichprobe: 50; wahlberechtigte Bevölkerung in Jena; Auswahlverfahren: Quota) . Primärerhebung: Feldarbeit von Mitarbeitern des Projektes durchgeführt; Primärerhebung: Feldarbeit als Auftrag an kommerzielle Umfrageinstitute vergeben. **AUSWERTUNG:** Reduktive Induktion; statistische Individualdatenanalyse.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Bluck, C.; Keikenbom, H.: Die Wähler in der DDR: Nur issueorientiert oder auch Parteigebunden? in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 22, 1991, H. 3, S. 495-502.+++Dies.: Quasiparteibindung und Issues. in: Gabriel, O.W.; Troitzsch, K.G. (Hg.): Wahlen in Zeiten des Umbruchs. Frankfurt a. M. 1993, S. 455-470.+++Kreikenbom, H.: Die Bürger zwischen Enttäuschung, Sorge und Hoffnung: Der Umbruch 1989/90 im Spiegel des Wahlverhaltens in Jena. in: John, J.: Jena, stadtgeschichtliche Beiträge (Bausteine zur Jenaer Stadtgeschichte 1). Jena 1993.+++Kreikenbom, H.: Orientierungen ostdeutscher Bürger im Parteiensystem der Bundesrepublik. in: Die real-existierende postsozialistische Gesellschaft. Chancen und Hindernisse für eine demokratische politische Kultur. Hrsg. v. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung. Berlin 1994, S. 112-127. **ARBEITSPAPIERE:** Kreikenbom, Henry: Bürgerorientierungen gegenüber den soziopolitischen Interessenvermittlungsstrukturen im Transformationsprozeß. Dokumentation zum Projektdesign. Jena 1993.

ART: gefördert **BEGINN:** 1992/12 **ENDE:** 1995/04 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V.

INSTITUTION: Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut Politikwissenschaft (Carl-Zeiß-Straße 3, D-07743 Jena)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 03641-601689)

[36-F] Martel, Andrea (Leitung):

Vom guten Parlamentarier - eine Studie der berufsethischen Selbstkontrolle im amerikanischen Kongress (1950-1999)

INHALT: Die USA haben im weltweiten Vergleich die zahlreichsten und striktesten Ethikvorschriften für ihre Politiker. Die Regeln reichen von aspirativen Leitsätzen bis zu hochdetaillierten Gesetzesbestimmungen. Der amerikanische Kongress bildet dabei keine Ausnahme. Auch er hat sich im Verlaufe der letzten fünfzig Jahre eine Unzahl von Ethikregeln auferlegt. Dies ist insofern aussergewöhnlich, als der U.S. Kongress in Fragen der internen Organisation und der Disziplinierung von Mitgliedern autonom ist - es handelt sich also um eine Art Selbstbeschränkung. In Europa wurde von diesen Ethikregeln bisher kaum Notiz genommen. Die Autorin glaubt jedoch, dass verschiedene europäische Parlamente bei ihren Anstrengungen zur Korruptionsbekämpfung von den Erfahrungen des amerikanischen Kongresses profitieren könnten. Diese Arbeit untersucht die Entstehungsgeschichte, Struktur und Wirkung der berufsethischen Regelungen im U.S. Kongress. Folgende Fragen sollen erforscht und beantwortet werden: Warum unterwerfen sich die amerikanischen Parlamentarier 'freiwillig' so vielen anstrengenden Vorschriften? Welche Wirkung erzielen die verschiedenen berufsethischen Regeln? Wie wirksam ist die berufsethische Selbstbeschränkung nach Vorbild der USA zur Bekämpfung von Korruption? Welches Bild, welches Rollenverständnis des Parlamentariers lässt sich aus den selbst auferlegten Ethikregeln herauslesen? Finden sich in der Praxis des Kongresses 'Bausteine' für eine Definition des guten Parlamentariers?
ZEITRAUM: 1950-1999 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* USA

METHODE: Quellenanalyse; Interviews.

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 199701 *ENDE:* 199912 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität St. Gallen, Institut für Politikwissenschaft -IPW- (Dufourstr. 45, CH-9000 St. Gallen)

[37-F] Pawlowski, Hans-Martin, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Auseinandersetzung mit der realsozialistischen Vergangenheit. Zu den Grundlagen unserer heutigen politischen Moral

INHALT: Erarbeitung von Kriterien für Urteile über die jüngere deutsche Vergangenheit

VERÖFFENTLICHUNGEN: Michaelis, Karl; Pawlowski, H.-M. (Hrsg.): Auseinandersetzung mit der realsozialistischen Vergangenheit. Zu den Grundlagen unserer heutigen politischen Moral. Vorträge und Diskussionsbeiträge zu den 25. Reinhäuser Juristengesprächen vom 25.-27.10.1991. Baden-Baden: Nomos-Verlagsges. 1992.

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 199102 *ENDE:* 199210 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Mannheim, Fak. für Rechtswissenschaft, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Zivilprozeßrecht (D-6800 Mannheim); Universität Mannheim, Forschungsstelle für gesellschaftliche Entwicklungen -FGE- (D-68131 Mannheim)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0621-292-5244)

[38-F] Schwarb, Thomas (Leitung):

"Ich verpfeife meine Firma...". Einführung in das Phänomen "Whistle Blowing"

INHALT: Es wird das im deutschsprachigen Raum noch wenig beachtete, unternehmsethische Thema, das Verpfeifen illegaler oder unethischer Organisationspraktiken, vorgestellt. Neben

der Darstellung einiger typischer Fälle, des wissenschaftlichen Kenntnisstandes und dem Nachweis der zunehmenden Bedeutung des Themas, wird ein Prozessmodell vorgestellt. Dieses Modell soll unter anderem die Basis für ein Forschungsprogramm bilden. Mit den Forschungen sollen die Einflussfaktoren des Whistle-Blowing-Prozesses untersucht werden. Daraus sollen Empfehlungen für eine konstruktive Einbindung von Whistle-Blower abgeleitet werden. (Zwischen)ergebnisse: Whistle-Blowing ist ein zentrales Element der Unternehmensethik und seit rund 25 Jahren in den Vereinigten Staaten ein vielbeachtetes Thema. In der deutschsprachigen Unternehmensethikdiskussion scheint Whistle-Blowing hingegen kein Thema zu sein. Das Phänomen als solches ist trotzdem recht verbreitet. Die erwähnten Trends in der Organisationspraxis, die schnellere und bessere Verfügbarkeit der Informationen, die strukturellen Änderungen und die Dynamik der Wirtschaftsentwicklung, lassen eine weitere Zunahme von Whistle-Blowing-Fällen erwarten. Diese Umstände verlangen verstärkt einen qualifizierten Umgang mit dem Phänomen. Dieser setzt aber zuerst ein entsprechendes Verständnis und Bewusstsein voraus. Bis heute sind beide weder in der Wissenschaft noch in der Unternehmenspraxis zu finden. Da Whistle-Blowing oftmals der einzige Weg ist, unethische oder gefährliche Praktiken aufzudecken (z.B. Korruption, marktbehindernde Preisabsprachen, gefährliche Produkte), beurteilt der Autor dieses Phänomen als eines der wichtigsten Elemente einer praktischen Unternehmensethik. Die Reaktionen von verpfeiften Unternehmen sind in aller Regel recht ungeschickt und führen oft zu langfristig wirkenden Schäden, und dies, obwohl die entsprechenden Regeln der Unternehmenskommunikation längst bekannt wären. Dass Whistle-Blower positiv integriert werden könnten, wird von den Verantwortlichen nicht erkannt, da ihnen wahrscheinlich auch die eigenständige Betrachtungsweise des Phänomens nicht bekannt ist. Die bekannten Schweizer Whistle-Blowing-Fälle lassen vermuten, dass die Erkenntnisse aus den angelsächsischen Studien weitgehend auf die Schweiz übertragbar sind. In beinahe allen Fällen handelt es sich bei den Whistle-Blower um Personen, die eine auf Werten (und nicht eine abwägende, nutzenorientierte) basierende Moralvorstellung haben; das Verpfeifen führt zu heftigsten Reaktionen des Arbeitgebers, neben der Auflösung des Arbeitsverhältnisses werden auch juristische Massnahmen ergriffen, die Person wird diskreditiert, die Arbeitskollegen üben grossen sozialen Druck aus und selbst nach einer einhelligen Belobigung des Whistle-Blower durch die Öffentlichkeit oder die Gerichte revidieren die Arbeitgeber ihre Auffassung nicht. Entsprechend ist in der Schweiz zuerst eine Sensibilisierung für die Problematik notwendig. Darauf und auf entsprechenden Forschungsergebnissen aufbauend wird es erst möglich sein, Massnahmen zugunsten eines erwünschten Whistle-Blowings zu etablieren. Seitens der Medien ist erfreulicherweise eine Sensibilität für das Phänomen und die Bereitschaft darüber zu berichten festzustellen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben **ARBEITSPAPIERE:** Schwarb, T.: Ich verpfeife meine Firma... Einführung in das Phänomen "Whistle Blowing". Nr. 98-01, Juli 1998.

ART: Eigenprojekt **BEGINN:** 199801 **ENDE:** 199807 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** Institution

INSTITUTION: Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz Hochschule für Wirtschaft -HSW- (Riggenbachstr. 16, CH-4601 Olten)

[39-L] Tondorf, Günter (Hrsg.):

Staatsdienst und Ethik: Korruption in Deutschland, (Schriftenreihe Deutsche Strafverteidiger e.V., Bd. 7), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 1995, 64 S., ISBN: 3-7890-3865-2 (Standort: UB Wuppertal(468)-05-ZZV-34208)

INHALT: Der Sammelband faßt Referate des 23. Symposiums des Kölner Instituts für Konfliktforschung und des Vereins Deutsche Strafverteidiger vom April 1994 in Maria Laach zu-

sammen. In einem ersten Beitrag zum Thema "Politik und Korruption" setzt sich der Verfasser mit der im Vergleich zum administrativen Bereich geringen Verrechtlichung im gubernativen Bereich auseinander. Ein weiterer Beitrag zum Thema Korruptionsbekämpfung setzt sich kritisch mit dem Niedergang des Rechtsempfindens im öffentlichen Dienst auseinander. Im folgenden wird aus politologischer Sicht nach dem Stellenwert der Moral im politischen Bereich gefragt. In einem abschließenden Beitrag werden Dimensionen einer Ethik kommunalpolitischen Handelns skizziert. (ICE2)

[40-L] Wussow, Ulrich:

Ethische Anforderungen als Inhalt und Schranken von Amt und Mandat: Ein Beitrag zum Verhältnis von Recht und Moral, in: Der Öffentliche Dienst, Jg. 38/1985, H. 4, S. 73-77

INHALT: Das Verhältnis von Recht und Moral in Beziehung zur Freiheit ist nur abstrakt zu beschreiben, zumal Form und Inhalt (oder Gehalt und Gestalt) sehr unterschiedlichen Charakter aufweisen. Diese Wertwissenschaften berühren sich bei moralischen Forderungen im Gewand des Gesetzes. So sind Beamten und Abgeordneten Uneigennützigkeit, gutes Gewissen, Achtung und Vertrauen in besonderer Weise auferlegt. Das bedeutet auch das Zurücktreten von Partikularinteressen zugunsten der Verwirklichung von Sozialwerten. (KÜ)

3 Skandal- und Korruptionsforschung

[41-L] Alemann, Ulrich von; Kleinfeld, Ralf:

Begriff und Bedeutung der politischen Korruption in der Politikwissenschaft, (polis / Fernuniversität-Gesamthochschule Hagen, Fachbereich Erziehungs-, Sozial- und Geisteswissenschaften, Nr. 17/1990), (Tagung "Abweichendes Verhalten in der Verwaltung", 1989, Bad Herrenalb), Hagen: 1990, 44 S. (Standort: UuStB Köln(38)-910106352; Graue Literatur)

INHALT: Ziel des Berichtes ist es, das Phänomen der politischen Korruption als Forschungsgegenstand der Politikwissenschaft zu thematisieren. Im Mittelpunkt stehen dabei begriffliche Klärungen und Ansatzpunkte für eine analytisch-theoretische Perspektive. In einem ersten Schritt werden hierzu drei grundlegende Konzeptionen vorgestellt: Korruption als Rechtsverletzung im Amt zum Zwecke privater Interessendurchsetzung; K. als Konflikt zwischen privater und öffentlicher Moral und Interessen; K. als tauschförmige Nutzenmaximierung. In einem zweiten Schritt werden diese Bezugspunkte daraufhin erörtert, inwieweit sie für eine Analyse politischer Korruption in pluralistischen Demokratien nutzbar gemacht werden können. In einem letzten Schritt wird der Grundstein für eine politikwissenschaftlich zentrierte Definition politischer Korruption gelegt und Ausblick auf ein mögliches Forschungsprogramm gegeben. "Korruption ist zwar nur ein Aspekt informeller Politik, stellt aber sozusagen den schwärzesten Bereich in der Grauzone von "Schattenpolitik" dar. Die durch eine Reihe von Skandalen geschärfte Aufmerksamkeit gegenüber Korruption seit den achtziger Jahren sollte als Chance begriffen werden, hier stärker auch in der Politikwissenschaft forschend aktiv zu werden. Dem Beitrag ist eine Auswahlbibliographie "Politische Korruption und anverwandte Themengebiete" beigegeben. (SH)

[42-F] Anheier, Helmut K., Dipl.-Soz. M. Phil. (Bearbeitung):

Korruption als soziales Netzwerk.

INHALT: Anhand eines konkreten Korruptionsfalles soll der internen sozialen Struktur von Korruptionssystemen nachgegangen werden. *ZEITRAUM:* 1970-1978. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* USA.

METHODE: Es wird versucht, das Netzwerk eines Korruptionsfalles nachzukonstruieren und anschließend mit Hilfe der Blockmodellanalyse auszuwerten. *BENUTZTE UNTERLAGEN:* Gerichtsakten und Archivmaterial, Zeitungsmeldungen. *DATENGEWINNUNG:* Aktenanalyse (Stichprobe: ca. 50; alle Personen, die in einen bestimmten Korruptionsfall verwickelt waren - Analyse der Gerichtsakten, Protokolle, Zeitungsmeldung; maschinenlesbar: ja). Inhaltsanalyse (Stichprobe: ca. 50; alle Personen, die in einen bestimmten Korruptionsfall verwickelt waren - Analyse der Gerichtsakten, Protokolle, Zeitungsmeldungen; maschinenlesbar: ja). *AUSWERTUNG:* Netzwerkanalyse (Blockmodelle).

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 198410 *ENDE:* 198610 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler

INSTITUTION: Universität Köln, Erziehungswissenschaftliche Fakultät, Seminar für Sozialwissenschaften Abteilung für Soziologie (Gronewaldstraße 2, D-50931 Köln)

KONTAKT: Anheier, H.K. (0221-4704077)

[43-L] Beule, Jürgen; Hondrich, Karl Otto:

Skandale als Kristallisationspunkte politischen Streits, in: Ulrich Sarcinelli <Hrsg.>: Demokratische Streitkultur: theoretische Grundpositionen und Handlungsalternativen in Politikfeldern, Opladen: Westdt. Verl. 1990, S. 144-156, ISBN: 3-531-12240-1 (Standort: UuStB Köln(38)-13A3578)

INHALT: Die Verfasser geben zunächst eine Definition des Begriffs "Skandal" und fragen, welche Art von gesellschaftlichen Konflikten und politischen Streitfragen sich in Skandalen kristallisiert. Im folgenden werden Skandale als "Lehrveranstaltungen" verstanden, in denen die "Ausformung von Werten und Normen im allgemeinen und von politischer Sittlichkeit in besonderen vorangetrieben wird". In diesem Sinne sind politische Skandale Korrekturmechanismen, die politisches Machtstreben im Sinne einer politischen Moral korrigieren. Das "Eindringen einer moralisierenden 'conscience collective' in das politische Tagesgeschäft" trägt über verschärfte Sensibilitäten zur Ausformung politischer Kultur bei. Die Verfasser erörtern den "neuen Typus" des Umweltskandals und behandeln die politische Dimension von Umweltskandalen am Beispiel der Hormonskandale. Abschließend wird der "katalytische Effekt" von Skandalen herausgearbeitet: "Skandale stellen den Stoff (Informationen und Emotionen), durch den latente Konflikte reaktionsfreudig werden und zu beschleunigter Verständigung über neue Handlungsregeln führen." (ICE)

[44-L] Blankenburg, Erhard:

Korruption und Skandal: zwei Seiten derselben Medaille, in: Hans Oswald <Hrsg.>: Macht und Recht: Festschrift für Heinrich Popitz zum 65. Geburtstag, Opladen: 1990, S. 141-154, ISBN: 3-531-12173-1 (Standort: UuStB Köln=38*-11A8757)

INHALT: In diesem Beitrag bearbeitet der Autor das Thema politische Korruption und Skandal in einer demokratiethoretischen Perspektive. Er vertritt die These, daß nicht die Korruption, sondern deren Skandalisierung angewachsen sei und daß dies als Zeichen für ein reifer gewordenes demokratisches Bewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland gewertet werden könne. "Der Skandal zeigt mit dem Verhaltensmuster der Verletzung zugleich die Norm auf. Ist er institutionalisiert, kann man ihn zu den 'checks' und 'balances' des demokratischen Spiels rechnen. Insofern ist es denn auch richtig zu sagen, daß die Korruptionsskandale der

1980er Jahre anzeigen, daß die Bundesrepublik Deutschland in den Club der demokratisch regierten Länder aufgenommen ist." (psz)

[45-L] Dreier, Volker:

Korruption als System, in: Sozialwissenschaftliche Informationen, Jg. 23/1994, H. 4, S. 250-256

INHALT: "Politische Korruption ist eine Kategorie individuellen Verhaltens und Handelns, das wir bereits bei Machiavelli in seinen 'Discorsi' (Gedanken über Politik und Staatsführung) behandelt finden. Seine Analysen und angeführten Merkmale einer korrupten ('ungesunden') Republik können auch zur gegenwärtigen Analyse der politischen Korruption in Italien als Ausgangsgrundlage herangezogen werden. Ergänzt durch moderne politikwissenschaftliche Untersuchungen zeigt sich politische Korruption in Italien durch drei wesentliche Merkmale gekennzeichnet bzw. bedingt. Durch den Politikertypus des 'Geschäftspolitikers', durch makropolitische Randbedingungen wie staatliche Omnipräsenz in der Wirtschaft und zunehmende politische Verwaltung öffentlicher Betriebe, sowie durch die traditionelle Mechanik des Klientelismus. Politische Korruption in Italien ist folglich systemischer Art; sie ist institutionalisiert und konstitutiver Bestandteil des sozio-ökonomischen und sozio-politischen Systems." (Autorenreferat)

[46-L] Ebbighausen, Rolf:

Die Massierung politischer Skandale: Symptom für Steuerungs- und Legitimationsprobleme staatlicher Politik in der jüngeren Vergangenheit, in: Hans-Dieter Klingemann, Wolfgang Luthardt <Hrsg.>: Wohlfahrtsstaat, Sozialstruktur und Verfassungsanalyse: Jürgen Fijalkowski zum 60. Geburtstag, Opladen: Westdt. Verl. 1993, S. 127-139, ISBN: 3-531-12454-4 (Standort: UuStB Köln(38)-16A8720)

INHALT: Der Autor geht unter Einbezug der Skandalforschung und wissenschaftlicher Positionen zur Steuerungsproblematik in der Staats- und Verwaltungsforschung der Frage nach, in welcher Weise die erkennbare Massierung politischer Skandale mit akuten Steuerungsproblemen staatlicher Politik zusammenhängt. Er geht von der These aus, daß die Massierung politischer Skandale in jüngster Zeit ein Indiz dafür sind, daß der materiale Legitimationsbedarf staatlicher Politik gestiegen ist bei gleichzeitig gewachsenen Schwierigkeiten der Legitimationsbeschaffung. Der innere Zusammenhang von Steuerungs- und Legitimationsproblemen staatlicher Politik erschließt sich erst über die genauere Analyse der derzeitigen ökonomischen und gesellschaftlichen Umbruchsituation. Zum Beleg seiner These führt er stichwortartig folgende Hinweise an: eine stärker sensibilisierte Öffentlichkeit gegenüber Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der politischen Moral und weitreichenden Zukunftsfragen nach Umwelt etc. und die gestiegene Bedeutung von Gegenöffentlichkeiten in solchen Fragen; die gewachsenen Schwierigkeiten der Legitimationsbeschaffung der etablierten großen Parteien im Kontext der ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandlungsprozesse seit Beginn der siebziger Jahre; eine fortschreitende Ausdifferenzierung des Wählerwillens; Tendenzen einer "Amerikanisierung" der Organisation und Wahlkampfführung der großen Parteien. Abschließend geht der Verfasser auf die theoretische Diskussionslage ein und nimmt Stellung zur Debatte über die "Theorie der langen Wellen" und zu Varianten dieser Theorie nicht-linear kapitalistischer Entwicklungen, die an die gesellschaftsanalytischen Ansätze der sogenannten Regulationsschule anknüpfen. (ICK)

[47-F] Hartung, Uwe, M.A.; Ehmig, Simone Christine, M.A. (Bearbeitung); Keppinger, Hans Mathias, Univ.-Prof.Dr. (Leitung):

Akteursrollen und Argumentationsrituale bei der Skandalierung von Mißständen

INHALT: Die Studie soll fünf Fragen beantworten: Wie häufig sind - in einem Zeitraum von ca. fünf Jahren - lokale, regionale und nationale Skandale? In welchem Verhältnis stehen Skandale und nichtskandalisierte Mißstände? Wovon hängt der Erfolg bzw. Mißerfolg der Skandalierung ab? Welche Rollenvorstellungen haben die Akteure? Unter welchen Bedingungen bzw. mit welchen Folgen finden Rollenwechsel statt? Welchen Einfluß haben die Rolleninhaber auf Skandalierungen? Die Fragen werden in vier Schritten beantwortet. Mit einer telefonischen Expertenbefragung (Journalisten) werden skandalisierte und nichtskandalisierte Mißstände ermittelt. In einer anschließenden Befragung aller wichtigen Akteure werden Selbst- und Fremdbild der Beteiligten, mögliche Ursachen der Mißstände und ihrer (Nicht-) Skandalierung sowie Interaktionen zwischen den Beteiligten erfaßt. Mit einer Presseanalyse wird untersucht, wie skandalisierte und nichtskandalisierte Mißstände dargestellt werden und welchen Einfluß die Verbreitung eines Themas im Mediensystem auf die Darstellung besitzt. Durch das Zusammenspielen aller Daten werden spezifische Unterschiede zwischen skandalisierten und nichtskandalisierten Mißständen herausgearbeitet. Sie verweisen auf Ursachen dafür, daß aus einem Mißstand ein Skandal wird. *ZEITRAUM:* 90er Jahre *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Theoretisch ist zu unterscheiden zwischen Mißstand/ Verfehlung und Skandal. Voraussetzung für einen Skandal ist die öffentliche Anprangerung von Mißständen mit dem Ziel, Empörung hervorzurufen. Wer was wann skandalisiert, hängt u.a. von den Interessen der Beteiligten ab. Untersuchungsdesign: Querschnitt. *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, standardisiert (Berichterstattung über eine ausgewählte Anzahl von Mißständen, die - erfolgreich und erfolglos- skandalisiert wurden; Auswahlverfahren: Vollerhebung aller zugänglichen Beiträge). Qualitatives Interview (Beteiligte an/ Betroffene von Mißständen/ Skandalen -ausgewählte Fälle-). Standardisierte Befragung, telefonisch (Stichprobe: ca. 300; leitende Redakteure -Politik, Wirtschaft, Lokales- aller redaktionellen Einheiten -Tagesszeitungen- zur Identifikation von -skandalisierten und nicht-skandalisierten- Mißständen). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: gefördert *BEGINN:* 1997/10 *ENDE:* 2000/10 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Mainz, FB 12 Sozialwissenschaften, Institut für Publizistik (Colonel-Kleinmann-Weg 2, D-55099 Mainz)

KONTAKT: Ehmig, Simone C. (Tel. 06131-392176, e-mail: simone.ehmig@uni-mainz.de)

[48-L] Hondrich, Karl Otto:

Skandalmärkte und Skandalkultur, in: hrsg. im Auftr. d. Dt., d. Österr. u. d. Schweizer. Ges. f. Soziologie von Max Haller, Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny u. Wolfgang Zapf: Kultur und Gesellschaft: Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentags, des 11. Österreichischen Soziologentags und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Zürich 1988, Frankfurt am Main: Campus Verl. 1989, S. 575-585, ISBN: 3-593-34156-5

INHALT: Untersucht wird, warum alle westlichen Gesellschaften von Skandalen heimgesucht werden und welche Unterschiede es in der "Skandalkultur" von Gesellschaften gibt. Antworten auf diese Fragen werden gesucht, indem Skandale im ökonomischen Paradigma von Angebot und Nachfrage und im kultursoziologischen Paradigma normativer Regelungen analysiert werden. Drei Grundelemente des Skandals - moralische Verfehlungen, Enthüllung, Empörung - werden versucht in der Sprache von Angebot und Nachfrage zu begreifen.

Gezeigt wird, welche Bedeutung die erfolgreiche, von Marktprozessen und normativ-kulturellen Regelungen gesteuerte Abwicklung von Skandalen für den moralischen Haushalt moderner Gesellschaften besitzt. (GF)

[49-L] Kaiser, Günther:

"Kriminalität der Mächtigen": Theorie und Wirklichkeit, in: Hans-Heiner Kühne <Hrsg.>: Festschrift für Koichi Miyazawa: dem Wegbereiter des japanisch-deutschen Strafrechtsdiskurses, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 1995, S. 159-175, ISBN: 3-7890-3781-8 (Standort: UB Bonn(5)-95-12368)

INHALT: "Kriminalität der Mächtigen" ist ein herrschaftskritischer Topos. Er meint Straftaten, die zur Stärkung oder Verteidigung überlegener Macht begangen werden. Vornehmlich sind damit statushohe Personen oder Eliten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft betroffen. Der Mißbrauch der herausragenden Machtstellung läßt sich als das übergreifende Merkmal kennzeichnen. Zwar ist für die Kriminalität der Mächtigen die Formenvielfalt charakteristisch. So heterogene Handlungen wie kollektive Gewalt durch Völkermord oder "ethnische Säuberungen" werden ebenso einbezogen wie Folter und Korruption. Dem vorliegenden Beitrag geht primär nicht darum, die verbreitete Unterschichtkriminalität durch die Kriminalität höherer Schichten zu ergänzen, sondern spezifische Gefahrenherde und Gefährdungen der modernen Gesellschaft zu verdeutlichen. Die Risiken für ebenso intensive wie breite Viktimisierung in diesem Bereich unterstreichen die Bedeutung und Notwendigkeit wissenschaftlicher Reflexion. (ICE)

[50-L] Käsler, Dirk:

Der politische Skandal: zur symbolischen und dramaturgischen Qualität von Politik, Opladen: Westdt. Verl. 1991, 328 S., ISBN: 3-531-12286-X

INHALT: "Dieses Buch über politische Skandale will den Blick schärfen für die normativen und symbolischen Qualitäten von Politik. Mit Hilfe der Metapher von der 'Politik als Theater' werden ausgewählte politische Skandale als Beispiele für die Tendenzen der immer perfekter inszenierten Dramatisierung und Personalisierung von Politik präsentiert. Auf ein Kapitel, in dem die hier zugrundegelegte Sichtweise von Politik in grundsätzlicher Absicht vorgestellt wird, folgt ein Abschnitt über die Begriffsgeschichte von 'Skandal'. Die anschließenden Skandal-Stücke zeigen auf, wie auf unterschiedlich dekorierten Bühnen, an verschiedenen Orten und zu unterschiedlichsten Zeiten, in diversen Kostümen, Rollen und Inszenierungen bis in unsere Tage Skandale ablaufen - nicht selten zur vergnügten Belustigung des allgemeinen Publikums. Das abschließende Kapitel über dramatisch inszenierte Theater-Skandale stellt die ironische Spiegelung der Theater-Metapher auf das Theater selbst dar." (Autorenreferat)

[51-L] Kleinfeld, Ralf:

Auswahlbibliographie "Politische Korruption und angrenzende Themengebiete" im deutschsprachigen Schrifttum: (Stand: Juni 1990), in: Begriff und Bedeutung der politischen Korruption in der Politikwissenschaft, Hagen: 1990, S. 20-44 (Standort: UuStB Köln(38)-910106352; Graue Literatur)

INHALT: Die Auswahlbibliographie ist Bestandteil der Arbeit "Begriff und Bedeutung der politischen Korruption in der Politikwissenschaft". Zu folgenden Themen wurde deutschsprachige Literatur verzeichnet: (1) Erklärungssätze aus Politikwissenschaft, Soziologie, (Sozial)psychologie, Verwaltungswissenschaft, Geschichte, Rechtswissenschaft, Ökonomie,

Philosophie, Theologie und Kriminologie; (2) Überblicksdarstellungen zur politischen Korruption in der BRD, zu einzelnen politischen Korruptionsaffären, zu verschiedenen Politikbereichen; (3) Politische Skandale; (4) Parlamente, Abgeordnete und Korruption; (5) Parteien und Öffentliche Verwaltungen und Korruption; (6) Korruption in West- und Osteuropa, USA, Kanada, Latein- und Südamerika, Afrika, Asien, im internationalen Bereich; (7) Formen und Folgen von Korruption; (8) Kontrolle als Mittel gegen Korruption; (9) Untersuchungsausschüsse und Korruption; (10) Moral und Korruption; (11) Geld, wirtschaftliche Macht und Korruption; (12) Wirtschaftskriminalität; (13) Organisiertes Verbrechen; (14) verschiedene, das Thema tangierende Quellen. Der Erscheinungszeitraum der unterschiedlichsten Quellenarten reicht von 1927 bis 1990. (SH)

[52-L] Landfried, Christine:

Parteienfinanzen und politische Macht: eine vergleichende Studie zur Bundesrepublik Deutschland, zu Italien und den USA, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 1990, 355 S., ISBN: 3-7890-1787-6 (Standort: UuStB Köln(38)-11A9572)

INHALT: Ziel dieser Untersuchung ist es, "das System der Parteienfinanzierung und seine Wirkungen für die repräsentative Parteiendemokratie in der Bundesrepublik im Vergleich zu Italien und den USA differenziert zu beschreiben und zu verstehen". Die Autorin vertritt die These, daß bestimmte Strukturmerkmale der Parteienfinanzierung zu einer Verselbständigung der politischen Klasse beitragen. Zunächst wird geprüft, ob auf den Ebenen von Gesetzgebung und Rechtsprechung Anhaltspunkte für eine wachsende öffentliche Finanzierung - Etatisierung- und eine Privilegierung von Großspenden -Kapitalisierung- zu erkennen sind. Anschließend wird auf der Ebene der realen Einkommensstruktur der Parteien nach dem Ausmaß an Etatisierung und Kapitalisierung gefragt. Dann werden Interessentenzahlungen als Form der Politikfinanzierung und Korruption als Faktor der Parteienfinanzierung analysiert. Es folgt eine Untersuchung der Ausgabenstruktur der Parteien. Zum Schluß faßt die Autorin die empirischen Befunde der Analyse zusammen und entwickelt Vorschläge zu Reformen. (ICE)

[53-L] Lauth, Hans-Joachim:

Informelle Institutionen politischer Partizipation und ihre demokratietheoretische Bedeutung: Klientelismus, Korruption, Putschdrohung und ziviler Widerstand, in: Hans-Joachim Lauth ; Ulrike Liebert <Hrsg.>: Im Schatten demokratischer Legitimität: informelle Institutionen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratievergleich, Opladen: Westdt. Verl. 1999, S. 61-84, ISBN: 3-531-13418-3

INHALT: Der Beitrag geht davon aus, dass insbesondere in den im Verlauf der dritten Demokratisierungswelle begründeten neuen Demokratien informelle Institutionen von großer Bedeutung sind, und begreift diese daher als unabdingbar für die Analyse der Funktionsweise der Demokratie. Unterschieden werden vier Formen des Klientelismus, die in unterschiedlichem Maße als demokratiesperrig bzw. demokratieverträglich gelten können. Weiterhin werden die Phänomene der politischen Korruption sowie der Putschdrohung behandelt, die beide elementar in die Funktionsweise demokratischer Institutionen eingreifen. Als Fazit formuliert der Autor, dass die Beeinträchtigung der Funktionsweise der Demokratie vom Typ und der Intensität informeller Institutionen politischer Partizipation abhängt. Hierbei findet er allerdings deutlich mehr Anhaltspunkte für von informellen Institutionen verursachte Funktionsdefekte als für demokratieförderliche und die Beteiligungschancen erweiternde Wirkungszusammenhänge. (pre)

[54-L] Laux, Lothar; Schütz, Astrid:

"Wir, die wir gut sind": die Selbstdarstellung von Politikern zwischen Glorifizierung und Glaubwürdigkeit, München: Dt. Taschenbuch Verl. 1996, 223 S., ISBN: 3-423-04682-1

INHALT: Ausgehend von der zunehmenden Personalisierung der Politik widmen sich die Psychologen Laux und Schütz einem ansonsten eher vernachlässigten Aspekt des politischen Alltags: der Selbstdarstellung von Politikern. Grundsätzlich bewege sich diese 'im Spannungsfeld von Glorifizierung (ideale, vorteilhafte Eindrücke anstreben) und Glaubwürdigkeit (glaubhafte, plausible, überzeugende Eindrücke anstreben)' (39). Politikern stünden innerhalb dieses Spannungsfeldes zwei Strategien zur Verfügung: Assertive Selbstdarstellung, die auf die Vermittlung vorteilhafter Eindrücke aus ist und defensive Selbstdarstellung, die auf die 'Verteidigung oder Wiederherstellung positiver Selbstbilder' (50) abzielt. Als Fallbeispiele werden die Presidential Debates der amerikanischen Wahlkämpfe von 1984, 1988 und 1992 sowie die Barschel-Affäre und der Rücktritt Björn Engholms untersucht. In ihrer Kategorisierung der Selbstdarstellungsstrategien entwickeln die Autoren auch ein Stufenmodell defensiver Selbstdarstellung vom Leugnen eines Ereignisses bis hin zur Bitte um Verzeihung (121). Den Abschluß des Bandes bildet ein Interview mit dem Journalisten Wolfgang Herles zu Themen wie 'Symbolische Politik' oder 'Politiker als Entertainer'. (ZPol, NOMOS)

[55-F] Lüdtker, Hartmut, Prof.Dr.; Schweitzer, Hartmut, Dr. Priv.Do. (Bearbeitung):

Machiavellismus und Korruption

INHALT: Ausgehend vom Begriff der Korruption als Tauschbeziehung in einem Dilemma von universalistischen und partikularistischen Erwartungen wird ein Mikromodell korrupten Handelns in Anlehnung an den Rational-Choice-Ansatz entwickelt. In einer experimentellen Befragungssituation wurden Studenten veranlaßt, in der Rolle eines Betriebsleiters eine Personalentscheidung zu fällen. Dabei wurden die Merkmale von Bewerbern und die Struktur der Situation systematisch variiert. Partikularistische Anreize und/oder die Neigung zu Machiavellismus fördern die Korruptionsneigung, eine Wechselwirkung besteht aber nicht. In einer ambivalenten Erwartungssituation setzen sich eher die partikularistischen Orientierungen durch. Die Studie legt eine stärkere Berücksichtigung alltäglicher Vorformen von Korruption und die strukturellen Bedingungen des Übergangs von normalen zu sanktionsfähigen Formen der Korruption in der Forschung nahe. *ZEITRAUM:* 1991 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* 7 westdeutsche Hochschulorte

METHODE: Rational-Choice-Ansatz der Erklärung von Interaktionseffekten in ambivalenten Situationen. Untersuchungsdesign: (Quasi-)Experiment. *DATENGEWINNUNG:* Schriftliche Gruppenbefragung (Stichprobe: 639; Studenten an acht westdeutschen Hochschulen; Auswahlverfahren: bewußt) . Primärerhebung: Feldarbeit von Mitarbeitern des Projektes durchgeführt. *AUSWERTUNG:* Faktorenanalyse; Varianzanalyse; Diskriminanzanalyse; Regressionsanalyse.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Lüdtker, H.; Schweitzer, H.: Korruptionsneigung im Kontext von Machiavellismus und sozialer Situation. (Aufsatz im Erscheinen).

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 199010 *ENDE:* 199210 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Marburg, FB 03 Gesellschaftswissenschaften und Philosophie, Institut für Soziologie (Wilhelm-Röpke-Str. 6 B, D-35032 Marburg)

KONTAKT: Lüdtker, Hartmut (Prof.Dr. Tel. 06421-284584)

[56-L] Moser, Helmut:

Skandalogie: Beiträge zu einem neuen Forschungsbereich der Politischen Psychologie, in: PP-Aktuell, Jg. 9/1990, Nr. 1/2, S. 3-13

INHALT: Nach einem historischen Rundblick auf Skandale, in dem deutlich wird, daß der Skandal nicht ausschließlich als Erscheinung moderner Gesellschaften aufzufassen ist, werden auf der Grundlage des Forschungsstandes vor allem in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten zunächst eine Arbeitsdefinition gegeben und kurzfristige Verarbeitungsmechanismen aufgezeigt. Dabei wird gezeigt, daß Skandale in der Regel systemkonform aufgearbeitet werden und daher keine dauerhafte Wirkung haben - es sei denn systemstabilisierende. Bei der im weiteren verfolgten Frage nach den langfristigen Auswirkungen wird festgehalten, daß wichtige Fragen von der Forschung bislang mühselig ausgespart worden sind. Die bislang verfügbaren Daten entstammen der Überzeugungssystem-Forschung, die auf Einstellungskonzepten fußt und sich quantitativer Befragungsverfahren bedient. Sie beschränken sich im Grund auf die Erfahrungen mit einem, einzigen Skandal, nämlich Watergate, sie konzeptualisieren diese nicht sehr tiefgründig, und sie betrachten einen relativ kurzfristigen Wirkungszeitraum. Die vorsichtige Bilanz am Ende des Beitrags konstatiert einen unbefriedigenden Forschungsstand. Die Methodologie und folglich die empirischen Kenntnisse sind von begrenzter Zuverlässigkeit. Es gibt aber auch keine überzeugende theoretische Erfassung von Skandalen. Arbeiten, die sich der systematischen Verknüpfung von Ursachen und Abläufen, der systematischen Folgenabschätzung widmen, sind kaum erschienen. (RW)

[57-L] Neckel, Sighard:

Die Wirkungen politischer Skandale, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1990, B 7, S. 3-10 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Häufung politischer Skandale in den achtziger Jahren wirft die Frage nach ihren Wirkungen auf. Will man allerdings die Folgen politischer Skandale für das Institutionensystem und die Gesellschaft abschätzen, muß man zunächst die Ursachen von Skandalen in der Politik näher bestimmen. Der Beitrag schlägt vor, politische Skandale als öffentlich ausgetragene Konflikte um die Geltung von Normen zu verstehen. Als solche bedürfen Skandale gesellschaftlicher Voraussetzungen, von denen die drei wesentlichen genannt werden: Normbindung politischen Handelns, Machtkonferenz, Öffentlichkeit. Nach einer Darstellung dessen, was in der Politik demokratischer Gesellschaften typischerweise als Normverletzung und damit als potentiell skandalträchtig gelten kann, werden Gründe für die Zunahme politischer Skandale im letzten Jahrzehnt der Bundesrepublik genannt. Die Skandaldichte der heutigen Politik verdankt sich dem Umstand, daß gleichzeitig der Legitimationsbedarf staatlichen Handelns und die politische Machtkonkurrenz gewachsen sind. In diesem Zusammenhang sind die Wirkungen politischer Skandale dadurch bestimmt, Verstärker schon vorhandener Wandlungsprozesse zu sein. Skandale mobilisierten Werte innerhalb des Politikbereichs, holen politisches Handeln auf den Boden geltender Normen zurück oder bereiten ein neues Wertebewußtsein vor. Als Ausdruck veränderter normativer Erwartungen an die Politik stellen sie die politischen Institutionen unter Druck, den gesellschaftlichen Wandel in sich selbst nachzuvollziehen. Dabei hinkt die institutionelle Skandalverarbeitung der Gesellschaft hinterher. Skandale können daher auch als Krisenphänomene alter Legitimationsmuster, als Signale politischer Umbrüche verstanden werden." (Autorenreferat)

[58-L] Nedelmann, Birgitta:

Über die Offensivwirkung des Zuvielwissens: politische Devianz, in: Hans Oswald <Hrsg.>: Macht und Recht: Festschrift für Heinrich Popitz zum 65. Geburtstag, Opladen: 1990, S. 121-140, ISBN: 3-531-12173-1 (Standort: UuStB Köln=38*-11A8757)

INHALT: Die Autorin nimmt im vorliegenden Aufsatz die politische Korruption in der Bundesrepublik, aber auch andernorts zum Anlaß, um der "Präventivwirkung des Nichtwissens" eine "Offensivwirkung des Zuvielwissens" gegenüberzustellen. Sie orientiert sich dabei an dem von Heinrich Popitz entwickelten rollenanalytischen Instrumentarium und stellt politische Devianz als Dreiecksverhältnis zwischen Normadressaten, Normsender und Sanktionsinstanzen dar. Für die weitere Forschung erscheinen ihr folgende Hypothesen über die Devianz von Berufspolitikern bedeutsam: 1. Die Rollenambivalenz des Politikers; 2. Die normative Normlosigkeit der Rolle des Politikers; 3. Die Hyperaktivität von Normsendern und Sanktionsinstanzen. Diese werden im Beitrag näher erläutert. (psz)

[59-F] Nentwich, Andreas, Mag. (Bearbeitung); Scheuch, Fritz, Univ.Prof.Dr. (Betreuung):
Skandal-Management.

INHALT: Erarbeitung von marktpolitischen Strategien zur Bewältigung eines Skandals; Erstellung einer Skandaltypologie; Versuch, Skandale zu messen.

METHODE: Expertengespräch, entscheidungstheoretischer Ansatz.. **DATENGEWINNUNG:** Expertengespräch (Auswahlverfahren: willkürlich). Aktenanalyse.

ART: Dissertation **BEGINN:** 198612 **ENDE:** 198806 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** Institution

INSTITUTION: Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Absatzwirtschaft (Augasse 2-6, A-1090 Wien)

KONTAKT: Autor (340525-964)

[60-F] Nett, Jachen C. (Leitung):

Organisierte Kriminalität, Korruption und klandestine Netzwerke in norm- und organisationstheoretischer Perspektive

INHALT: Auf der theoretischen Grundlage der demnächst in die Abschlussphase eintretenden Dissertation über "Formalität und Informalität als Prinzipien normativer Ordnung" sollen die Bedingungen, Mechanismen und Besonderheiten illegaler und insbesondere krimineller Gruppenaktivitäten unter dem Aspekt ihrer Einbettung in unterschiedliche sozio-kulturelle Milieus analysiert werden. Der theoretische Bezugsrahmen verbindet rechtssoziologische und sozialanthropologische Ansätze mit den aus der ökonomischen Theorie der Politik stammenden Theorien über Normentstehung und kollektives Handeln. Ziel des Projekts ist die Schaffung eines analytischen Instrumentariums und die Erarbeitung von Bewertungskriterien zur Einschätzung des "kriminellen Potentials" konkreter in der Illegalität operierender Gruppierungen. Das "kriminelle Potential" ist nicht nur abhängig von den Verfügungschancen über bestimmte Ressourcen technologischer oder materieller Art, sondern auch von den Verfügungschancen über "soziales Kapital" (Bourdieu, Coleman, Flap u.a.). Eine der Grundfragestellungen befasst sich folglich mit dem Stellenwert und der Bedeutung der letztgenannte Verfügungschancen für die Fähigkeit zu organisiertem Handeln in der illegalen Sphäre. (Zwischen)ergebnisse: Der Begriff der "ethnischen Kriminalität" soll im Unterschied zur sogenannten "Ausländerkriminalität" als analytische Kategorie einen spezifisch qualitativen Typus aus der allgemeinen Kriminalität hervorheben. Kennzeichnend für diesen Typus der Kriminalität ist der Sachverhalt, dass die kriminelle Aktivität spezifische Cha-

rakteristika aufweist, die durch "ethnische Zugehörigkeit" bedingt sind. Dies bedeutet, dass eine kriminelle Handlung nur dann das Prädikat "ethnisch" erhält sofern sie nachweislich unter Ausnutzung der besonderen, für die ethnische Gruppe gegebenen Bedingungen zustande kommt oder durch eben diese ursächlich zu erklären ist. Es wird in idealtypischer Weise unterschieden zwischen kulturell, politisch und wirtschaftlich motivierter ethnischer Kriminalität. Der Aufsatz befasst sich ausschliesslich mit dem Typus der ökonomisch motivierten ethnischen Kriminalität. Es wird davon ausgegangen, dass grundsätzlich dieselben Wirkungszusammenhänge, die in verschiedenen Studien über "ethnisches Unternehmertum" in der legalen Wirtschaft nachweisbar sind, auch für den Bereich illegaler bzw. krimineller Wirtschaftsaktivitäten Geltung haben. Bei einer Analyse dieser Wirkungszusammenhänge gelangt man zu der These, dass gewisse Bedingungen welche ethnisches Unternehmertum in der legalen Wirtschaft begünstigen auch geeignete Voraussetzungen bereitstellen für kriminelle Kooperation und damit insbesondere für das Phänomen der Organisierten Kriminalität.

METHODE: Bearbeitung vorhandener Daten/ Dokumente für Sekundäranalyse (Primärquellen entsprechend Verfügbarkeit).

VERÖFFENTLICHUNGEN: Nett, Jachen C.: Soziologische Aspekte ethnischer Kriminalität. In: Das Fremde in der Gesellschaft: Migration, Ethnizität und Staat, H.-R. Wicker, J.-L. Alber, C. Bolzmann et al., Seismo Verlag, Zürich, 1996. *ARBEITSPAPIERE:* Nett, Jachen C.: Soziologische Aspekte ethnischer Kriminalität, gehalten anlässlich der Tagung "Das Fremde in der Gesellschaft: Migration und Ethnizität". Organisiert durch die Schweizerische Ethnologische Gesellschaft - SEG und die Schweizerische Gesellschaft für Soziologie - SGS, Bern, 22.-23. Oktober, 1993.

ART: Eigenprojekt *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Basel, Philosophisch-Historische Fakultät, Soziologisches Seminar (Petersgraben 27, CH-4051 Basel)

[61-L] Papcke, Sven:

Skandale oder: Die Entzauberung der Politik, in: Vorgänge, Jg. 33/1994, H. 4, S. 46-56 (Standort: UuStB Köln(38)-XG2258; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Vorteilsnahme" oder ähnliche Fehlritte von Vertrauens- oder Amtsträgern hat es gegeben und wird es immer geben. Der vorliegende Beitrag zeigt, daß von Skandal im modernen Sinne erst dann gesprochen werden kann, wo öffentlich entschieden wird. Der Alltag der politischen Maßnahmen muß Alternativen und Spielräume kennen, sonst gäbe es kein Fehlverhalten, höchstens Kunstfehler der Experten für Politikverwaltung. Das fordert die Teilhabe oder wenigstens Anteilnahme der Regierten an den öffentlichen Angelegenheiten ebenso wie einen Markt der Meinungen. Somit gibt es Skandale als Korrektiv nur in Demokratien, weil nur bei deren ungehinderter Meinungsäußerung die Verfehlungen der Obrigkeit ans Licht der Öffentlichkeit treten (dürfen/können/müssen). Der Autor schließt sein Essay mit dem Diktum: "Skandalkunde tut also not. Sie wäre - mit Nietzsche gesprochen - eine 'fröhliche Wissenschaft' zum Demokratieschutz." (pmb)

[62-L] Preiser, Siegfried:

Massenmedien, Menschenbilder, Machtverächter: Skandalverarbeitung im Spannungsfeld politischer Erfahrungen, Werte und Einstellungen, in: PP-Aktuell, Jg. 9/1990, Nr. 1/2, S. 15-22

INHALT: Der Beitrag entwickelt einige Thesen über die Skandalverarbeitung in der Öffentlichkeit, die auf einer Durchsicht und Analyse empirischer Forschungsergebnisse beruhen. Die in der Literatur berichteten Befunde zeigen bei einer ersten Durchsicht, was man eigentlich

schon immer geahnt hat: Menschen unterscheiden sich bei der Verarbeitung von Skandalen ganz erheblich hinsichtlich ihrer - Wahrnehmungen, - Beurteilungen, - Bewertungen und - Handlungskonsequenzen. Verantwortlich für diese Unterschiede dürften unter anderem persönliche Erwartungen, Einstellungen, Wertmaßstäbe, Handlungstendenzen, handlungs(be)gleitende Kognitionen und Menschenbilder sein. Bei der Verarbeitung politischer Skandale finden sich ganz normale menschliche Reaktionen, wie sie auch aus anderen psychologischen Forschungsfeldern bekannt sind. Der Autor kommt zu dem Ergebnis: Skandale beinhalten eine Störung des persönlichen Wertsystems. Sie zeigen aber auch, daß Werte noch vorhanden sind. (RW)

[63-F] Ricks, Sven, Dipl.-Volksw. (Bearbeitung); Krüsselberg, Hans-Günter, Prof.Dr. (Betreuung):

Ökonomische Theorie der Wirtschaftskriminalität - Korruption und Bestechung

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Deutschland (evtl. EG)

ART: Dissertation *BEGINN:* 199008 *ENDE:* 199312 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Marburg, FB 02 Wirtschaftswissenschaften, Fachgebiet Wirtschaftspolitik Abt. Allg. VWL (Am Plan 1, D-35032 Marburg)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 06421-283926 d., 06451-24351 p.)

[64-L] Scheuch, Erwin K.; Scheuch, Ute:

Cliquen, Klüngel und Karrieren: über den Verfall der politischen Parteien - eine Studie, (rororo aktuell), Reinbek: Rowohlt-Taschenbuch Verl. 1992, 183 S., ISBN: 3-499-12599-4

INHALT: "Mit diesem Band legt rororo aktuell die Langfassung einer Studie vor, die zunächst innerhalb der CDU und inzwischen über alle Parteien hinaus kontrovers diskutiert wird. Die Kölner Soziologen Erwin K. und Ute Scheuch hatten sich im Auftrag der Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen darangemacht, den gegenwärtigen Zustand des westdeutschen Parteiensystems und die Qualität seiner Politiker zu analysieren. Das Ergebnis veranlaßte die CDU-Vereinigung, die Verbreitung des 30-Seiten-Textes schnell wieder zu stoppen. In dieser Studie erfährt man Näheres darüber, woher die vielfach beklagte Parteienverdrossenheit kommt. In der Bundesrepublik hat sich auf allen Ebenen ein neuer Typus von Politikern herausgebildet: der Berufspolitiker. Er macht Karriere, ohne sich durch nennenswerte Erfahrungen in einem Beruf praktische Fachkenntnisse angeeignet zu haben. Er ist in seinem Selbstverständnis vielseitig einsetzbar und profiliert sich, indem er Politik als Medienereignis inszeniert. Er gehört einer politischen Klasse an, die sich strukturell weitgehend von der übrigen Bevölkerung abgeschottet hat. Getragen und gefördert wird seine Karriere durch Cliquen- und Kartellbildung, seine Existenz ist von Seilschaften und Gefälligkeiten abhängig... Wie dieses System aussieht, wird am Beispiel der Stadt Köln ausführlich dargestellt. Von der Verwaltung über die Kultur bis zu den städtischen Gesellschaften werden alle öffentlichen Bereiche parteipolitisiert." (Autorenreferat)

[65-L] Scheuch, Erwin K.; Scheuch, Ute:

Mißvergnügen als Einflußfaktor in der Politik heute, in: Harald Müller (Hrsg.): Hoffnung und Verantwortung in unserer Zeit: Festschrift für Lothar Bossle zum 65. Geburtstag, Paderborn: Bonifatius Verl. 1994, S. 247-258, ISBN: 3-87088-839-3 (Standort: UuStB Köln(38)-19A5481)

INHALT: Zunächst verdeutlicht der Verfasser, daß die Politikverdrossenheit mit aktuellen Zuständen in der Politik kein bloßes Medienereignis, sondern ein real existierendes Phänomen darstellt. Anschließend wird erläutert, worauf diese Politikverdrossenheit zurückzuführen ist. Hier geht es um das finanzielle Fehlverhalten von Politikern, die Ämterpatronage, die mangelnde Lösungs- und Sachkompetenz der Politiker und um wunderliche Personalentscheidungen. Im folgenden wird nach den Gründen für diese weitgehende Ablösung der Politiker von der öffentlichen Meinung und den Wählern gefragt. Die Ursache dieser Entwicklung sieht der Verfasser in der Entwicklung des Berufspolitikers und im selbstreferentiellen Charakter unseres politischen Systems. "Die Berufspolitiker entwickeln ein Selbstverständnis als neue, selbsternannte Adels-Kaste, die von der Bevölkerung Folgsamkeit einfordert." (ICE)

[66-L] Schütz, Astrid:

Leugnen, Umdeuten, Verantwortung ablehnen und andere defensive Taktiken in politischen Skandalen, in: PP-Aktuell, Jg. 9/1990, Nr. 1/2, S. 35-54

INHALT: In dem Artikel wird auf der Basis von Theorien der Selbstdarstellung ein Stufenmodell defensiver Selbstdarstellungstaktiken entwickelt. Exemplarisch wird dieses an einem Skandal der jüngeren Vergangenheit, der Affäre um die schleswig-holsteinische CDU, analysiert. Aussagen des damaligen Ministerpräsidenten Uwe Barschel, der im Herbst 1987 im Mittelpunkt schwerer Vorwürfe stand, werden als Formen defensiver Selbstdarstellung interpretiert. Mit der Analyse der Reaktionen einzelner Personen soll allerdings nicht einer Individualisierung oder Personalisierung politischer Skandale Vorschub geleistet werden, bei der ein solches Ereignis einer einzigen Person zugeschrieben wird, so daß die Analyse der politischen Strukturen, in denen dieses Verhalten möglich war, unterbleibt. Vielmehr sind die Exponenten politischer Skandale in gewisser Weise austauschbar und können, statt als Täter, auch als Opfer unserer politischen Kultur verstanden werden. Im ersten Hauptteil entwickelt der Autor auf der Grundlage der dramaturgischen Theorie der sozialen Interaktion (Goffman) ein Stufenmodell defensiver Selbstdarstellung, das er dann im zweiten Hauptteil auf die Barschel-Affäre anwendet. Dabei kommt der Autor zu dem Ergebnis, daß das Verhalten Barschels nicht als typischer Fall defensiver Selbstdarstellung im Verlauf einer Affäre angesehen werden kann. Es ist wohl eher ein Extremfall. (RW)

[67-L] Schütz, Astrid:

Mehr oder weniger zugeben: Stufen defensiver Selbstdarstellung, in: hrsg. v. Heinz-Ulrich Kohr, Massimo Martini u. Angelika Kohr: Macht und Bewußtsein: europäische Beiträge zur Politischen Psychologie, Weinheim: Dt. Studien Verl. 1990, S. 131-141, ISBN: 3-89271-266-2

INHALT: "Als Reaktion der Beschuldigten in politischen Skandalen hören wir immer wieder Ausreden, Rechtfertigungen oder Beschwichtigungen. Diese Äußerungen können als Taktiken defensiver Selbstdarstellung verstanden werden. Ihr Einsatz dient dem Abwehren von Bedrohungen des öffentlichen Ansehens der Beschuldigten und damit dem Machterhalt. In diesem Artikel werden Taktiken defensiver Selbstdarstellung systematisiert. Sie werden in eine Rangreihe gebracht, je nachdem wieviel Zugeständnisse im Hinblick darauf enthalten sind, ob ein negatives Ereignis stattgefunden hat und ob der Beschuldigte dafür verantwortlich zu machen ist. So ergeben sich fünf Stufen defensiver Selbstdarstellung: 'Leugnen', 'Umdeuten', 'Verantwortung ablehnen', 'Schuld ablehnen' und 'negative Implikationen minimieren'. Das Modell wird an einem politischen Skandal illustriert: der Affäre um den ehemaligen Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins, Uwe Barschel. Reaktionen Uwe Bar-

schels auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe werden im Rahmen des Modells interpretiert." (Autorenreferat)

[68-L] Schwarz, Norbert; Bless, Herbert:

Scandals and the public's trust in politicians: assimilation and contrast effects, (ZUMA-Arbeitsbericht, Nr. 91/09), Mannheim: 1991, 17 S. (Standort: UuStB Köln(38)-910106772; Graue Literatur)

INHALT: Der Arbeitsbericht geht auf die Auswirkungen des Barschel-Skandals ein. Die Befragten der Studie wurden aufgefordert, sich die Namen von Politikern ins Gedächtnis zu rufen. Anschließend beurteilten sie die Vertrauenswürdigkeit von Politikern im allgemeinen sowie von ausgewählten Beispielen. Dies ergab eine Vertrauensabnahme gegenüber Politikern allgemein, jedoch Vertrauenszuwachs gegenüber bestimmten Politikern. Analysiert werden Assimilierungs- und Widerspruchseffekte innerhalb eines Modells der menschlichen Informationsverarbeitung, demzufolge jede Botschaft zunächst eine grundsätzliche Kategorisierung durchläuft und je nach bereits vorliegender Begriffsbildung bewertet wird. (psz)

[69-L] Zintz, Karin; Roennefahrt, Silke:

Der politische Skandal im Spannungsfeld zwischen Inszenierung und Kontrolle: zur "Skandalogie" am Beispiel der Kieler Affäre, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 21/1990, H. 4, S. 600-609 (Standort: UuStB Köln(38)-XF148; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Aufsatz basiert auf der Diplomarbeit der Erstautorin und gibt einen Überblick über den bisherigen Forschungsstand der "Skandalogie". Am Beispiel der "Barschel/ Pfeiffer-" bzw. "Kieler Affäre" werden einige theoretische Positionen verdeutlicht. Der Beitrag zeigt, wie die Funktionen des politischen Skandals grundsätzlich zwischen Kontrolle und Verschleierung politischer "Normverletzung" oszillieren. Die Gruppen der Beteiligten werden als "Trias der Akteure" charakterisiert: Die Skandalisierten, die Skandalierer und das Publikum. (psz)

4 Skandale, Korruption, Affären: Erscheinungsformen, Folgen und Wirkungen.

[70-L] Banner, Gerhard:

Parteibuchkarriere in der Kommunalverwaltung: ein Auslaufmodell, in: Volker J. Kreyher, Carl Böhrer <Hrsg.>: Gesellschaft im Übergang: Problemaufrisse und Antizipationen, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 1995, S. 235-240, ISBN: 3-7890-4007-X (Standort: UuStB Köln(38)-20A7861)

INHALT: Alle identifizierten Trends deuten darauf hin, daß das Parteibuch in der Kommunalverwaltung an Bedeutung verlieren wird. Entgegengerichtete, auf eine verstärkte Parteipolitisation der Karrieren hinwirkende Trends sind nicht erkennbar. Mitarbeiter und Personalentscheidungsinstanzen werden die sich abzeichnende Entwicklung antizipieren und sie dadurch beschleunigen. Der vorliegende Beitrag arbeitet einige Gründe für diesen Trend heraus. Die zu erwartende Umkehr des derzeit noch als zwangsläufig geltenden Trends zu einer immer stärkeren Parteipolitisation beruht nicht auf Einsicht, sondern auf Zwang. Nicht die Argumente zur Leistungsschädlichkeit und Rechtswidrigkeit der Ämterpatronage werden die Personalentscheider zur Überprüfung ihres Verhaltens veranlassen, sondern allein das ver-

änderte öffentliche Meinungsklima und die zunehmende öffentliche Diskussion der Patronagepraktiken. Ohne die vorangegangene wissenschaftliche und publizistische Aufarbeitung des Patronage-themas wäre dieser Meinungsumschwung allerdings kaum erfolgt. (ICE2)

[71-F] Bruhn, Heike; Held, Alexander (Bearbeitung); Mischkowitz, Robert, Dr.; Desch, Roland (Leitung):

Korruption in staatlichen Kontroll- und Strafverfolgungsorganen

INHALT: Erhebung und Bewertung zur Korruption (Phänomene, Ursachen, Gefährdungen, Prävention) in Polizei, Justiz und Zoll. **ZEITRAUM:** ca. 1990 bis heute **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Erhebung über mündliche und schriftliche Befragungen. Untersuchungsdesign: Querschnitt; Bestandsaufnahme. **DATENGEWINNUNG:** Aktenanalyse, standardisiert (Stichprobe: 40-50; Akten). Gruppendiskussion (Stichprobe: 15; AG der Polizei-Führungsakademie -Projektwoche-). Qualitatives Interview (Stichprobe: ca. 80). Teil-Standardisierte Befragung, face to face. Standardisierte Befragung, schriftlich (Stichprobe: ca. 900). Sekundäranalyse von Aggregatdaten (Themenbezogene Literatur). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: Eigenprojekt **BEGINN:** 199509 **ENDE:** 199903 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Polizei-Führungsakademie; Bundeskriminalamt Kriminalistisches Institut Forschungsgruppe -KI 1-

INSTITUTION: Bundeskriminalamt Kriminalistisches Institut Forschungsgruppe -KI 1- (Thaerstraße 11, D-65173 Wiesbaden); Polizei-Führungsakademie Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle (Zum Roten Berge 18-24, D-48079 Münster)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0611-554725)

[72-F] Conrad, Claudia (Bearbeitung); Wagner, Hans, Prof.Dr. (Betreuung):

Die Auswirkungen politischer Skandale. Eine Untersuchung von 1995 bis Frühjahr 1998

INHALT: Der politische Skandal in der Massenkommunikation: Begriff, Definition, gesellschaftliche Bedeutung, kommunikative Bedeutung, Medienwirkung. Der politische Skandal und seine Folgen: Beispiele politischer Skandale in Deutschland von 1995-1998. **ZEITRAUM:** 1995-1998 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Bundesrepublik Deutschland

METHODE: deskriptiv; analytisch.

ART: Diplom **BEGINN:** 199801 **ENDE:** 199807 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Wissenschaftler

INSTITUTION: Hochschule für Politik München (Ludwigstraße 8, D-80539 München)

KONTAKT: Grün (Tel. 089-285018)

[73-F] Dölling, Dieter, Prof.Dr. (Leitung):

Eindämmung der Korruption

INHALT: Es wird untersucht, welche Möglichkeiten bestehen, die Korruption in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft einzudämmen.

ART: keine Angabe **BEGINN:** 199501 **ENDE:** 199609 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Universität Heidelberg, Juristische Fakultät, Institut für Kriminologie (Friedrich-Ebert-Anlage 6-10, D-69117 Heidelberg)

KONTAKT: Leiter (Tel. 06221-547491)

[74-F] Gramssteek, Hans van (Bearbeitung); Killias, Martin; Dijk, Jan J. M. van, Prof.Dr. (Leitung):

Untersuchung über Kriminalität gegen Gewerbebetriebe

INHALT: Nach dem International Crimes Surveys I u. II ging es darum, auch die von Opferbefragungen nicht abgedeckten Delikte (wie solche gegen Läden, etc.) abzudecken. Ein wichtiger zusätzlicher Bereich sind Schutzgelderpressung und Korruption (vor allem im Gastgewerbe). Die Hypothesen entspringen vor allem dem situativen Ansatz (Routine activities, Gelegenheitstruktur). Das Projekt wird mit einheitlichen Fragebogen in verschiedenen westlichen Ländern durchgeführt (Schweiz, Deutschland, Italien, Frankreich, GB, NL, Australien). (Zwischen)ergebnisse: Liegen erst für andere Länder vor. Generell ist die Viktimisierungsrate gegenüber Betrieben sehr hoch (Einbrüche von mehr als 20 Prozent pro Jahr wurden festgestellt, gegenüber 1-3 Prozent bei Privathaushaltungen). *ZEITRAUM:* Opfererfahrungen d. Geschäfte/ Betriebe zw. 1989 u. 1993 (letzte 5 Jahre); Interviews erste Hälfte 1994 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* NL, Frankreich, GB, Italien, Schweiz, Deutschland; in Australien schon 1993

METHODE: Grundgesamtheit (für die Schweiz): a) Detailhandelsgeschäfte, b) Gastgewerbebetriebe. Zeitbezug: One shot survey. Auswahlverfahren: Random anhand von Branchenverzeichnissen. Stichprobe (Schweiz): 300 Detailhandel, 150 Gastgewerbebetriebe (in anderen Ländern z.T. größere Stichproben). Datenerhebung: CATI. Durchführung der Interviews durch inter/View Amsterdam. Analysemethoden: übliche statistische Auswertungsverfahren (SPSS).

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE:* Liste bitte beim Institut anfordern.

ART: Auftragsforschung *BEGINN:* 199401 *ENDE:* 199412 *AUFTRAGGEBER:* Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement -EJPD-, Bundesamt für Justiz *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Universite Lausanne, Faculte de Droit, Institut de Police Scientifique et de Criminologie (BCH, CH-1015 Lausanne); Ministerie van Justitie (Plein 26, Den Haag)

[75-F] Höffling, Christian, Dipl.-Soz. (Bearbeitung); Lautmann, Rüdiger, Prof.Dr.phil.Dr.jur. (Leitung); Liebl, Karlhans, Prof.Dr.; Lautmann, Rüdiger, Prof.Dr.phil.Dr.jur. (Betreuung):

Korruption und Verwaltungshandeln

INHALT: Angesichts des Umstands, daß "Korruption" seit einigen Jahren durch Medien und Experten als soziales Problem zunehmend thematisiert wird, während gleichzeitig über Korruption in Deutschland bisher kaum sozialwissenschaftliche Erkenntnisse auf empirischer Grundlage existieren, wird mit dem Projekt eine explorative Untersuchung auf dem Feld von "Verwaltungskorruption" in der gegenwärtigen Bundesrepublik Deutschland unternommen. Dabei wird aus einer handlungstheoretischen Perspektive heraus Korruption als soziale Interaktion aufgefaßt und als eine solche in ihrem Verlauf rekonstruiert. Die überwiegend mikrosoziologische Analyse richtet sich auf Phänomenologie, Legitimierung und Entstehungsbedingungen von Korruption vor dem Hintergrund struktureller Entwicklungen von Rechts- und Moralordnung. *ZEITRAUM:* 1990 bis 1996 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Qualitativ orientierte Auswertung von Ermittlungs- und Straftakten in Korruptionsfällen sowie von in der Presse berichteten Fällen. Untersuchungsdesign: retrospektive Daten; qualitative Forschung. **DATENGEWINNUNG:** Aktenanalyse (Stichprobe: ca. 200; Korruptionsfälle, BRD, 1990-1996; Auswahlverfahren: bewußt). Datenerstellung auf der Basis von bereits vorliegenden Materialien wie Texten, Akten, Statistiken.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Höffling, Christian: "Ich hab' Post für dich". Zur Pänomenologie korrupter Beziehungen. in: Kriminologisches Journal, 30, 1998, H. 4, S. 284-298.

ART: gefördert **BEGINN:** 199509 **ENDE:** 199906 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Bremen, FB 08 Sozialwissenschaften, EMPAS Institut für Empirische und Angewandte Soziologie (330440, D-28334 Bremen)

KONTAKT: Höffling, Christian (Tel. 0421-218-7514)

[76-F] Kenis, Patrick, Dr. (Bearbeitung); Seibel, Wolfgang, Prof.Dr. (Leitung):

Irregularities of promoters of European social fund projects. Case study Germany

INHALT: keine Angaben **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Bundesrepublik Deutschland

ART: Auftragsforschung **BEGINN:** 199601 **FINANZIERER:** Europäische Kommission, Generaldirektion 05 Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten

INSTITUTION: Universität Konstanz, Fak. für Verwaltungswissenschaft, Lehrstuhl für Innenpolitik und Öffentliche Verwaltung Prof.Dr. Seibel (Fach D 89, D-78457 Konstanz)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 07531-88-2084, e-mail: Patrick.Kenis@uni-konstanz.de)

[77-L] Koch, Friedrich:

Sexuelle Denunziation: die Sexualität in der politischen Auseinandersetzung, Frankfurt am Main: Syndikat Autoren- u. Verl.-Ges. 1986, 223 S., ISBN: 3-8108-0237-9

INHALT: Es werden "Fälle" zusammengetragen und analysiert, bei denen Menschen mit Argumenten aus dem Sexuellen stigmatisiert werden. Es wird vor allem die Funktion der sexuellen Denunziation in der politischen Auseinandersetzung als gezielt eingesetzte Technik zur Ausschaltung des politischen Gegners dargestellt. Mit Hilfe dieser Technik werden politische Entscheidungen und Entwicklungen in Gang gesetzt oder nachträglich gerechtfertigt. Diese politische Dimension wird an zwei Zeitabschnitten verdeutlicht. Am Beispiel des deutschen Faschismus und an Beispielen aus der Bundesrepublik werden Stigmen wie Homosexualität, Prostitution, Pornographie, Vergewaltigung, Kinderschändung, Sodomie, Syphilis u. a. thematisiert. Dabei werden Beispiele wie Ernst Röhm, General Fritsch, die Juden, Willy Brandt, Helmut Kohl, General Kießling u. a. herangezogen. Das Anliegen ist, den Mechanismus deutlich zu machen, der bei der Diffamierung und Verunglimpfung bis hin zur Ausschaltung eines politischen Gegners eine Rolle spielt. (GF)

[78-F] Kompa, Ain, Dr.; Maier, Walter, Dr.; Wimmer, Peter, Dr.; Quandt-Stelling, A., Dipl.-Psych. (Bearbeitung); Neuberger, Oswald, Prof. Dr. (Leitung):

Soziales Handeln in Organisationen.

INHALT: In diesem Forschungsvorhaben wird am Beispiel der Stellenbesetzung auf bisher in der traditionellen Personalwirtschaftslehre weitgehend vernachlässigte Aspekte des sozialen Handelns in Organisationen eingegangen, wie z.B. Mikropolitik, Karrieretaktiken, Intrige, Korruption, soziale Unterstützung, Kooperation usw. Hierzu ist zum einen der theoretische

Rahmen weiterzuentwickeln. Andererseits werden in verschiedenen Praxisfeldern empirische Untersuchungen mit vornehmlich qualitativen Methoden zu den einzelnen Aspekten des sozialen Handelns durchgeführt.

METHODE: keine Angaben **DATENGEWINNUNG:** Einzelinterview. Aktenanalyse. Inhaltsanalyse. **AUSWERTUNG:** Qualitative Inhaltsanalysen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben **ARBEITSPAPIERE:** Goldschmid, J.: Empirische Untersuchung zum Karriereverlauf von Führungskräften - Strategien zur Beeinflussung des Karriereverlaufs. Unveröffentl. Diplomarbeit Univ. Augsburg 1985.+++Ortlieb, M.: Empirische Untersuchung zum Karriereverlauf von Führungskräften. Methodologische Aspekte der biographischen Forschung und Begründungsmuster für Karriereverläufe. Unveröffentl. Diplomarbeit Univ. Augsburg 1985.

ART: Eigenprojekt **BEGINN:** 198301 **ENDE:** 198612 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Institution

INSTITUTION: Universität Augsburg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Sozioökonomie Lehrstuhl für Psychologie 01, insb. Personalwesen (Universitätsstr. 16, D-86135 Augsburg)

KONTAKT: Maier, Walter (Dr. 598359)

[79-L] Kulitz, Peter:

Unternehmensspenden an politische Parteien, (Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Bd. 44), Berlin: Duncker & Humblot 1983, 196 S., ISBN: 3-428-05398-2 (Standort: UuStB Köln(38)-3Z281)

INHALT: "Die vorliegende Arbeit macht sich zur Aufgabe, Entwicklung und gegenwärtiges Wirken der politischen Unternehmensspende mit ihren vielschichtigen Bezügen zum Verfassungs- und Staatsrecht sowie zum Steuer-, Gesellschafts- und Unternehmensrecht darzustellen. Unter Heranziehung neuer Lösungsansätze der Spendenfinanzierungsproblematik politischer Parteien im anglo-amerikanischen Rechtskreis sollen Wege aufgezeigt werden, die geeignet erscheinen, das Beziehungsfeld Unternehmensspenden politische Parteien transparent zu machen". Vor dem Hintergrund einer kurzen historischen Verortung des Themas bzw. der damit verbundenen politischen Probleme in der Weimarer Republik und im Dritten Reich wird die Nachkriegsentwicklung der Parteienfinanzierung nicht nur unter den o. a. inhaltlichen Gesichtspunkten analysiert, sondern gleichzeitig kritisch auf die mangelnde Transparenz einerseits und den massiven politischen Einfluß, der durch Unternehmensspenden erfolgt, andererseits abgestellt. Publizität bzw. umfassende Offenlegung werden als entscheidende Korrektive auch in ihren unternehmensrechtlichen Dimensionen dargestellt und politisch gefordert. (MB2)

[80-L] Leggewie, Claus; Müller, Sybille; Nungesser, Tim:

"Nicht alles darf man beim Namen nennen - in Deutschland": Skandal im Skandal: Die Bundestagsrede Philipp Jenningers zur "Kristallnacht", in: Sozialwissenschaftliche Informationen, Jg. 20/1991, H. 2, S. 128-132

INHALT: "Am 10. November 1988, zum fünfzigsten Jahrestag der Reichspogromnacht (vulgo: Kristallnacht), hielt der damalige Bundestagspräsident Philipp Jenninger eine bereits im Vorfeld beargwöhnte, im In- und Ausland außerordentlich stark beachtete Rede im Bundestag. Inhalt und Form erregten so viel Aufsehen, Abscheu und Kritik, daß Jenninger, der zweithöchste Repräsentant der Bundesrepublik, ein CDU-Politiker aus der Führungsriege der Union und langjähriger enger Gefolgsmann von Bundeskanzler Kohl, binnen 24 Stunden

seinen Hut nehmen mußte und seither fast völlig von der politischen Bildfläche verschwunden ist. Drei Jahre später ist er, unterdessen deutscher Botschafter in Wien, noch nicht rehabilitiert (und dies ist auch nicht unsere Absicht)." (Autorenreferat)

[81-L] Müller, Michael:

Das Ende der Atomkraft ist eingeleitet: Konsequenzen aus dem Castor-Skandal, in: Forum Wissenschaft, Jg. 15/1998, Nr. 3, S. 34-37

INHALT: "Über Jahre hat die Atomwirtschaft kontinuierliche und teilweise sehr hohe Überschreitungen der Grenzwerte bei Atommülltransporten verschwiegen. Die Führungsetagen der sonst so hierarchisch organisierten Unternehmen haben angeblich nichts gewußt. Sie reden von 'technischen Fragen', mit denen nur wenige Mitarbeiter befaßt seien. Sie hätten 'bedauerlicherweise' die Tragweite des Problems nicht erkannt, aber schließlich, so die gängige Abwiegung, habe nie eine Gefahr für Mensch und Umwelt bestanden." (Autorenreferat)

[82-L] Mutius, Albert von:

Verfassungs- und Parlamentsreform in Schleswig-Holstein: Chance zur Bewältigung politischer Skandale?, in: PP-Aktuell, Jg. 9/1990, Nr. 1/2, S. 23-34

INHALT: In einer von der Öffentlichkeit wahrgenommenen Krise liegt immer beides, die Erkenntnis mehr oder weniger tiefgreifender Mängel, aber auch die Chance der Besserung. Art und Weise, in der Krise erkannt, aufgearbeitet und womöglich gelöst werden, erweisen sich häufig bereits als erster Schritt zur Innovation. Hierfür ist der politische Entscheidungsprozeß, den der "Parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der evtl. rechtswidrigen Handlungen und Unterlassungen des Ministerpräsidenten Dr. Barschel, der Mitglieder, Mitarbeiter und Helfer der Landesregierung gegen zum 11. Landtag kandidierende Parteien und ihre Repräsentanten" in Schleswig-Holstein eingeleitet hat, ein eindrucksvoller Beleg. Nach einigen grundlegenden Überlegungen zum Phänomen des politischen Skandals thematisiert der Autor die Vorschläge und Empfehlungen der Enquete-Kommission "Verfassungs- und Parlamentsreform in Schleswig-Holstein", die auf Vorschlag des genannten parlamentarischen Untersuchungsausschusses eingerichtet worden war. Im weiteren befaßt sich der Autor mit der politisch-parlamentarischen Behandlung des Schlußberichts der Enquete-Kommission. Der Autor kommt zu dem Ausblick: Zu den Erfolgsbedingungen der parlamentarischen Regierungssysteme gehören gewiß nicht nur die verfassungsrechtlichen und unterverfassungsrechtlichen Grundlagen. Die gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Rahmenbedingungen sind ebenfalls von elementarer Bedeutung: sie sind um so bedeutsamer, je begrenzter bei hochkomplizierten politischen Entscheidungsprozessen die Steuerungswirkung der Rechtsnorm ist. Zu solchen Rahmenbedingungen gehört der allseitige Verfassungskonsens. Diesen weiterzureichen - über politische Skandale hinweg - ist Aufgabe aller. (RW)

[83-F] Pfeiffer, Christian, Prof.Dr.; Ohlemacher, Thomas, Dr.; Gabriel, Ute, Dipl.-Psych.; Mecklenburg, Eberhard, M.A. (Bearbeitung):

Viktimisierung und Systemvertrauen. Geschäftsleute in Konfrontation mit allgemeiner Kriminalität, Korruption und Schutzgelderpressung

INHALT: Die zentrale Perspektive des hier vorgeschlagenen Projekts: Können spezifische Opfererfahrungen, empfunden als Ohnmacht der eigenen Person, aber auch als die wahrgenommenen Funktionsfehler der staatlichen Instanzen, zu einem Verlust an Systemvertrauen

führen? Was sind die Bedingungen, die sozialen Wirkungsmechanismen? Und welche Folgen hat dies für die Gesellschaft? Droht ein "Opting Out" von Teilen der Bevölkerung - in Form von Verdrossenheit oder als Selbstjustiz? *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Bundesrepublik Deutschland

METHODE: systemtheoretischer Ansatz; qualitative und quantitative Forschungsmethoden. Untersuchungsdesign: Querschnittserhebung; quantitative Forschung; qualitative Forschung; interkultureller Vergleich. *DATENGEWINNUNG*: Standardisierte Erhebung, Telefoninterview (Stichprobe: 4.400; Gastronomen bundesweit -türkisch, italienisch, griechisch, deutsch-; Auswahlverfahren: total, Zufall). Standardisierte Erhebung, Postalische Befragung (Stichprobe: 3.800; türkisch, italienisch, griechisch, deutsch; Auswahlverfahren: total, Zufall). Offene Erhebung, anonymes Telefoninterview (Geschäftsleute in Großstädten - türkisch, italienisch, deutsch-; Auswahlverfahren: total, bewußt) . Primärerhebung: Feldarbeit als Auftrag an kommerzielle Umfrageinstitute vergeben. *AUSWERTUNG*: Regressionsanalyse; Diskriminanzanalyse etc.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Ohlemacher, Thomas; Pfeiffer, Christian: Viktimisierung und Systemvertrauen. Geschäftsleute in Konfrontation mit allgemeiner Kriminalität, Korruption und Schutzgelderpressung. Forschungsbericht, Nr. 22. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen 1994.+++Ohlemacher, T.; Mecklenburg, E.: Und dennoch Demokraten? Gastwirte und ihr Wissen von Korruption und Schutzgelderpressung. in: Pfeiffer, C.; Greve, Werner (Hrsg.): Forschungsthema Kriminalität. Baden-Baden: Nomos 1996, S. 111-136.+++Ohlemacher, T.; Pfeiffer, C.: In Konfrontation mit Schutzgelderpressung und Korruption? Eine bundesweite Befragung von deutschen und ausländischen Gastronomiebetreibern. in: *Kriminalistik*, 1997, 7, S. 470-474.+++Mecklenburg, E.; Gabriel, U.; Ohlemacher, T.: Auswahlverfahren und Validitätsprüfung bei speziellen Populationen. Eine bundesweite Befragung deutscher und ausländischer Gastronome. in: *ZUMA-Nachrichten*, 41, S. 153-171.+++Ohlemacher, T.: Verunsichertes Vertrauen? Gastronomen in Konfrontation mit Schutzgelderpressung und Korruption. Baden-Baden: Nomos 1998.+++Gabriel, Ute: Furcht und Strafe. Kriminalitätsfurcht, Kontrollüberzeugungen und Strafforderungen in Abhängigkeit von der Erfahrung krimineller Viktimisierung. Baden-Baden: Nomos 1998.

ART: gefördert *BEGINN*: 199503 *ENDE*: 199802 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Volkswagen Stiftung

INSTITUTION: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (Lützerodestraße 9, D-30161 Hannover)

KONTAKT: Ohlemacher, Thomas (Dr. Tel. 0511-348360)

[84-F] Pickel, Gert, Dipl.-Pol. Dipl.-Soz. (Bearbeitung):

Jugend und Politik im vereinigten Deutschland

INHALT: Betrachtet man die Diskussion der letzten Jahre über politische Verdrossenheit und Politikmüdigkeit (Rieger 1994) in der Bundesrepublik Deutschland, so stellt sich die Frage, inwieweit die jüngere Generation als Träger der politischen Werte noch die gesellschaftspolitisch gestellten Erwartungen erfüllt. Beklagt wird ihr angeblich geringes Interesse an politischen Themen, ihre angeblich mangelnde Bereitschaft zu politischer Partizipation sowie eine größere Distanz zu den traditionellen politischen Institutionen. Gerade in der aktuellen Diskussion um die Herabsetzung des Wahlalters werden diese Argumente als Begründung für die Beibehaltung des Status Quo benutzt. Dabei wird aber neben der Abkehr vom politischen Engagement auch ein gesteigertes Kritikbewußtsein bei der jüngeren Generation aufgrund größerer Sensibilität für politische Skandale und mangelnder Berücksichtigung bei der

politischen Entscheidungsfindung festgestellt (Spiegel 1994). Die daraus resultierende Ablehnungshaltung gegenüber Politik und ihren Repräsentanten könnte nicht nur eine geringere Bereitschaft, sich für den Staat einzusetzen, zur Folge haben, sondern auch zu einer langfristigen Abwendung von der oft angesprochenen Staatsbürgerpflicht führen. Dieser Fragestellung soll im Rahmen des Projektes unter Nutzung von Sekundäranalysen nachgegangen werden. *ZEITRAUM*: 1991-1998 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Deutschland (West und Ost)

METHODE: Politischer Kulturansatz; Jugendforschung. Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe; Querschnitt. *DATENGEWINNUNG*: Literaturanalyse. Sekundäranalyse von Individualdaten. Feldarbeit durch ein kommerzielles Umfrageinstitut.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE*: Pickel, G.: Jugend und Politik im vereinigten Deutschland oder Sind die jungen Staatsbürger demokratiemüde? Politische Überzeugungen Jugendlicher und junger Erwachsener. Paper anlässlich des 20. DVPW-Kongresses "Demokratie eine Kultur des Westens" vom 13.-17.10.1997 in Bamberg. Arbeitskreis Wahlen und Politische Einstellungen "Probleme und Resultate der Wahl und Einstellungsforschung".+++Ders.: How strong is the political support of the democratic system of young germans in West and East Germany? Paper presented at the: 3rd European Conference of Sociology. 27-30 august 1997, University of Essex, Colchester, United Kingdom. Workshop: youth and generation in Europe.

ART: Eigenprojekt *BEGINN*: 199706 *ENDE*: 199910 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Wissenschaftler

INSTITUTION: Europa-Universität Viadrina, Kulturwissenschaftliche Fakultät, Professur für Vergleichende Kulturosoziologie (Große Scharrnstraße 59, D-15207 Frankfurt an der Oder)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0335-5534-922, Fax: 0335-5534-923, e-mail: pickel@euv-frankfurt-o.de)

[85-L] Pippig, Gerhard:

Verwaltungsskandale: zur Korruption in der öffentlichen Verwaltung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1990, B 7, S. 11-20 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Innerhalb der Kategorie 'Verwaltungsskandale' verweisen die aktuellen Beispiele der achtziger Jahre auf eine Bedeutungszunahme personalbezogener (und nicht so sehr organisations- oder strukturbezogener) Ursachenmerkmale, wie sie insbesondere in Korruptionsfällen sichtbar werden. Bei genauer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß es Korruption immer und überall gibt und gegeben hat und daß auch aktuelle Beispiele weit in frühere Jahrzehnte zurückreichen. Gerichtsstatistische Daten verweisen eher darauf, daß Korruption für den öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland kein dramatisches Phänomen darstellt. Die aktuelle Häufung von Korruptions-Skandalen ist dennoch bemerkenswert. Sicher erscheint, daß bestimmte Verwaltungsbereiche besonders gefährdet sind. Werthaltungen - gesellschaftlich dominante und besonders die aus dem unmittelbaren Klientel-Umfeld der Beamten (z. B. in Baubehörden) - können um so eher bedeutsam werden, je mehr ein traditionelles Berufsethos im Rahmen gesellschaftlicher Wertveränderungen verloren geht. Dieser These wird eine größere Berechtigung zugewiesen als etwa der These der parteipolitischen Ämterpatronage oder der Verwaltungsexpansion als wesentliches Erklärungsmoment für Korruption in der öffentlichen Verwaltung. Es erscheint ohnehin unangemessen, ein monokausales Erklärungsmodell für Korruption anzuwenden." (Autorenreferat)

[86-F] Rennstich, Karl, Dr. (Bearbeitung):

Die Korruption als theologisches Problem und weltweite Herausforderung der Kirche Jesu Christi.

INHALT: Inhalt und Schwerpunkt: Korruption in der Sicht der Soziologen und Ökonomen; Korruption in der Sicht der Weltreligionen; Korruption in der Bibel; Altes Testament; Neues Testament; Korruption als theologisches Problem und weltweite Herausforderung der Kirchen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* unbegrenzt, Schwerpunkt Asien.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Rennstich, Karl: Plädoyer gegen Schwäbische Vetterleswirtschaft als Aufsatz in: Konsequenzen 4/87, Juli/August 1987 erschienen.+++Die Arbeit (ca. 570 Seiten) soll als Buch im kommenden Jahr (1988) veröffentlicht werden. Verhandlungen mit versch. Verlagen laufen bereits. *ARBEITSPAPIERE:* Die Arbeit liegt als maschinengeschrieben Manuskript vor.

ART: Habilitation *BEGINN:* 198606 *ENDE:* 198707 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler

INSTITUTION: Missionsakademie an der Universität (Rupertstraße 67, D-22609 Hamburg)

KONTAKT: Rennstich, Karl (Dr. 040-821447)

[87-F] Rössel, Mark, Dipl.-Kfm. (Bearbeitung); Hillmann, Karl-Heinz, Prof.Dr.Dr. (Betreu-ung):
Wirtschaftskriminalität und Wertewandel

INHALT: Hypothese 1: Unsere moderne Leistungsgesellschaft ist durch zunehmende Wirtschaftskriminalität gefährdet! Hypothese 2: Wesentlicher Grund für die zunehmende Wirtschaftskriminalität ist der gegenwärtig zu beobachtende beschleunigte Wertewandel in unserer Gesellschaft!

ART: Dissertation *BEGINN:* 199703 *ENDE:* 199905 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler

INSTITUTION: Universität Würzburg, Philosophische Fakultät 03, Institut für Soziologie LS Soziologie 02 Prof.Dr.Dr. Hillmann (Wittelsbacherplatz 1, D-97074 Würzburg)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 05603-6321, Fax: 05603-6321); Institution (Tel. 0931-888-4879, Fax: 0931-888-4880)

[88-L] Scheuch, Erwin K.; Scheuch, Ute:

Inner- und zwischenparteiliche Interessenverflechtungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1992, B 34-35, S. 36-44 (Standort: UuStB Köln(38)-Ztg00926-a; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Parteien entstanden als Vertreter von 'sozialmoralischen Milieus' und spezifischen Interessen. Von dieser Einbindung haben sie sich in der Nachkriegszeit weitgehend emanzipiert. Inzwischen hat sich die Einflußnahme sogar umgekehrt: Die Parteien durchdringen die verschiedensten Lebensbereiche und politisieren immer mehr Sachfragen. Die Ämterpatronage in Schulen, Medien und Behörden, einschließlich der Einflußnahme auf die Justiz, ist Alltag. Die Durchdringung des Vereinswesens und die wechselseitige Verschränkung großer Wirtschaftsunternehmen mit politisierten Behörden haben undurchdringliche Verflechtungen bewirkt. So sind in den Eigenbetrieben der Stadt Köln die Vorstandspositionen von Berufspolitikern besetzt, die gleichzeitig dem Rat angehören. Interessenkonflikte bei der Vergabe von Aufträgen sind alltäglich. Da die Unterstützung durch öffentliche Mittel einhergeht mit Parteieinfluß, sind die Parteien der wichtigste Antrieb für eine Ausbreitung des

Staatseinflusses. Für die Personalauswahl ist die lokale Ebene immer wichtiger geworden." (Autorenreferat)

[89-L] Scholz, Reiner:

Korruption in Deutschland: die schmutzigen Finger der öffentlichen Hand, Reinbek: Rowohlt-Taschenbuch Verl. 1995, 207 S., ISBN: 3-499-13761-5

INHALT: Der Autor liefert die Bestandsaufnahme eines inzwischen alltäglichen, in seiner Tragweite jedoch unterschätzten Phänomens. Das Zusammenspiel von korrupten Staatsdienern und Unternehmern betrifft in einigen Regionen und Branchen heute nicht mehr nur Einzelfälle, sondern hat Systemcharakter. Auch das Auftreten und Verbreiten der organisierten Kriminalität in Deutschland wird durch die Bestechlichkeit von Beamten und Politikern befördert. Dem entgegenzutreten ist eine umfassende Reform des Strafrechts erforderlich, die Anreize zur Korruption vermindert (Gewinnabschöpfung), neue Straftatbestände einführt (Ausschreibungsbetrug, Abgeordnetenbestechung) und verbesserte Methoden der Beweissicherung ermöglicht (Telefonüberwachung, erweiterte Kronzeugenregelung u. ä.). (Zpol, NOMOS)

[90-F] Schweitzer, Hartmut, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Entstehung, Verbreitung, Wirkung und Bekämpfung von Korruption (Arbeitstitel)

INHALT: Versuch, auf der Grundlage eines Kosten-Nutzen-Ansatzes eine generelle Theorie der Entstehung, Verbreitung und Wirkung von Korruption zu entwickeln. Diese soll auf Korruption in verschiedenen kulturellen und sozialen Zusammenhängen angewendet werden können. In einem späteren Schritt soll die Erklärungskraft dieser Theorie in der Anwendung auf unterschiedlichste Korruptionsfälle demonstriert werden.

METHODE: Analyse verschiedener Publikationen und von Material mit Hilfe des Kosten-Nutzen-Ansatzes. Untersuchungsdesign: Entwicklung eines Modells (einer Theorie), mit dessen Hilfe Analyse konkreter Korruptionsfälle, international und interkulturell vergleichend. **DATENGEWINNUNG:** entfällt.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben **ARBEITSPAPIERE:** Eine Theorie zur Erklärung des Entstehens von Korruption und der Veränderung ihres Ausmaßes. 1995, 38 S. (Entwurf).

ART: Eigenprojekt **BEGINN:** 199501 **ENDE:** 199912 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Institution

INSTITUTION: Universität Bonn, Philosophische Fakultät, Seminar für Orientalische Sprachen Abt. Soziologie (Römerstr. 164, D-53117 Bonn); Universität Marburg, FB 03 Gesellschaftswissenschaften und Philosophie, Institut für Soziologie (Wilhelm-Röpke-Str. 6 B, D-35032 Marburg)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0228-734365)

[91-L] Vahlenkamp, Werner; Knauß, Ina; Ahlf, Ernst-Heinrich:

Korruption: ein unscharfes Phänomen als Gegenstand zielgerichteter Prävention ; Ergebnisse eines Forschungsprojektes, (BKA-Forschungsreihe , Sonderband, Bd. 33), Wiesbaden: 1995, 516 S. (Standort: UuStB Köln(38)-950106689; Graue Literatur)

INHALT: Im Mittelpunkt dieser empirischen Untersuchung steht die Korruption im Rahmen wirtschaftlicher Betätigung und im Zusammenhang mit dem Verwaltungshandeln. Hierzu wurden 165 Mandatsträger aus den Kommunalvertretungen zweier Bundesländer sowie 276

öffentlich Bedienstete aus über 50 Städten und aus verschiedenen Landes- und Bundesbehörden befragt. Außerdem wurden Interviews mit 22 Experten aus der gewerblichen Wirtschaft, der öffentlichen Verwaltung, der Polizei und der Staatsanwaltschaft geführt. Aus den gewonnen Anregungen und Empfehlungen zur Korruptionsbekämpfung und -verhütung wurde eine umfassende Anti-Korruptions-Konzeption erarbeitet. Es wird gezeigt, daß es in den Politik-, Verwaltungs- und Wirtschaftsstrukturen zahlreiche Schwachstellen gibt, die Korruption begünstigen können. Die Bekämpfung der Korruption erfordert die enge Zusammenarbeit von Strafverfolgung, Politik, öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft. (prn)

5 Skandale und Korruption im Ausland

[92-L] Belligni, Silvano:

Die "schmutzigen Jahre": die Ent-Institutionalisierung der italienischen Parteien, in: hrsg. von Birgitta Nedelmann: Politische Institutionen im Wandel, Opladen: Westdt. Verl. 1995, S. 167-187, ISBN: 3-531-12800-0

INHALT: "Im Gegensatz zu den meisten gängigen Interpretationen der politischen Krise Italiens wird hier die Annahme der Diskontinuität des geschichtlichen Verlaufs der 'Ersten Italienischen Republik' vertreten. Schlüsselbegriff dieser Analyse ist 'Tangentopoli', mit dem der politisch-kriminelle Komplex der politischen Geschäftemacherei bezeichnet wird, der in den achtziger Jahren aufgebaut worden ist. Dieser Aufbau von Tangentopoli ist von einem dramatischen Ent-Institutionalisierungsprozeß der etablierten politischen Parteien begleitet, in dem sich die traditionellen Massenintegrationsparteien (einschließlich des PCI) in 'political machines' verwandeln. Die Abwesenheit integrativer und moralisch verpflichtender Institutionen wird von den neuen 'political machines' dazu benutzt, die öffentlichen Schulden zu steigern, ihre partikularistischen Interessen zu verteidigen und Raum für neue, fragwürdige politische Aufsteiger zu schaffen." (Autorenreferat)

[93-F] Borghi, Marco; Cesopni, Marialuisa; Sardi, Massimo; Boggio, Yann; Balmelli, Tiziano; Szombath, Lehel (Bearbeitung); Queloz, Nicolas, Prof.Dr. (Leitung):

Processus de corruption en Suisse

INHALT: keine Angaben **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Cantons de Geneve, du Tessin et du Valais

METHODE: Par une demarche de comprehension progressive et d'approfondissement des processus de corruption, la recherche sera realisee selon les principales phases complementaires suivantes: analyse des donnees existantes et des dossiers penaux, administratifs et disciplinaires ouverts et traites; examen critique du cadre legislatif, des procedures, de leur mise en oeuvre effective et de leurs lacunes; entretiens (d'orientation, approfondis puis sectoriels) avec des informateurs privilegies; etude en profondeur de secteurs-cles et de leurs "zones grises"; recoupements, interpretation et synthese. La recherche empirique, portera specifiquement sur les cantons de Geneve, du Tessin et du Valais. Elle s'inscrira toutefois sur un plan national (contexte suisse) et international (experiences des pays voisins). Cette recherche est resolument interdisciplinaire et s'inscrit dans une collaboration inter-institutionnelle et internationale (reseau d'experts).

ART: gefördert **BEGINN:** 199610 **ENDE:** 199910 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung, NFP 40 Gewalt im Alltag und organisierte Kriminalität

INSTITUTION: Universität Fribourg, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Seminar für Strafrecht und Kriminologie (Av. de Beauregard 11, CH-1700 Fribourg)

[94-F] Giannakopoulos, Nicolas; Etienne, Patrick (Bearbeitung); Kriesi, Hans-Peter, Prof.; Auchlin, Pascal (Leitung):

Corruption en Suisse et crime organise

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Suisse

METHODE: Analyse par reseaux et par dynamiques. Quantitative et qualitative. Ouvertures de procedures administratives et penales pour des delits de corruption au sens sociologique Echantillonnage aleatoire et releves exhaustifs Echantillon planifie 1000 cas, realise environ 50% (pas termine) releve unique procedures d'enquetes, jugements de cas de corruption au sens sociologique les articles CPS concernes sont: art. 140/138, art. 148/146, art. 156, art. 159/158, art. 168, art. 251, art. 281, art. 288, art. 305 bis/ter, art. 312, art. 314, art. 315, art. 316, art. 260 ter, plus autres articles. Recueil de donnees: Analyse de contenu: ouverte; Analyse de documents: ouverte.

ART: gefördert *BEGINN:* 199612 *ENDE:* 199901 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung, NFP 40 Gewalt im Alltag und organisierte Kriminalität

INSTITUTION: Universite de Geneve, Faculte des Sciences Economiques et Sociales, Departement de Science Politique (102 Boulevard Carl-Vogt, CH-1211 Geneve); Antenna International (29 rue de Neuchatel, CH-1201 Geneve)

[95-L] Hanke, Stefanie:

Klientelismus als System: Die Reproduktion klientelistischer Netzwerke im Demokratisierungsprozess in Mali, in: Hans-Joachim Lauth ; Ulrike Liebert <Hrsg.>: Im Schatten demokratischer Legitimität: informelle Institutionen und politische Partizipation im interkulturellen Demokratievergleich, Opladen: Westdt. Verl. 1999, S. 277-293, ISBN: 3-531-13418-3

INHALT: Der Beitrag beschäftigt sich mit der jungen Demokratie in Mali, die in der Regel zu den positiven Beispielen der ansonsten eher stagnierenden afrikanischen Transformationsprozesse gezählt wird. Doch trotz vorhandener Freiräume für die Opposition und Presse zeichnet sich die Tendenz zu einer überwältigenden Dominanz der Regierungspartei ab, welche die Stellung der Oppositionsparteien marginalisiert. Der Grund für diese demokratieabträgliche Tendenz liegt im bestehenden System klientelistischer Netzwerke begründet. Damit einher geht eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz klientelistischer Praktiken, welche nicht nur die Tolerierung von Korruption und Nepotismus sondern geradezu deren Praktizierung fordert. Dieser hohe Grad an Legitimation informeller Institutionen reflektiert das auf der anderen Seite schwach ausgebildete Vertrauen in formelle Instanzen wie die Verwaltung und formelle Partizipationskanäle. (pre)

[96-L] Heberer, Thomas:

Korruption in China: Analyse eines politischen, ökonomischen und sozialen Problems ; mit einem Anhang "Gesetze, Kommentare und Falldarstellungen zur Bekämpfung der Korruption in der Volksrepublik China", Opladen: Westdt. Verl. 1991, 363 S., ISBN: 3-531-12271-1

INHALT: "Die Protestbewegung in China im Jahre 1989 richtete sich u.a. gegen die weit verbreitete Korruption in Partei und Staat. Bei einer Umfrage im Frühjahr jenes Jahres bezeichneten 78 Prozent der Befragten die Korruption in der Kommunistischen Partei als das

größte Problem, dem sich China gegenübersehe. Galt die VR China bis Ende der 70er Jahre als ein Land mit weitgehend 'sauberer Verwaltung', so wird heute von einigen Chinawissenschaftlern behauptet, es sei noch vor Indonesien das 'korrupteste Land in Asien'. Mit dem vorliegenden Band befaßt sich - ausgehend vom Stand der internationalen Korruptionsforschung - erstmals eine Studie ausführlich mit der Korruption in der Volksrepublik China. Dabei geht es nicht nur um Formen, Inhalte, Ursachen, Folgen und Maßnahmen gegen dieses Phänomen, sondern auch um historische Zusammenhänge wie das traditionelle Beamten- und Rechtssystem sowie den gesellschaftlichen Kontext, aus dem Korruption resultiert. Dazu gehören die Elitebildung und das Kadersystem ebenso wie Nepotismus, Patronage, Klientel- und Guanxi-Muster." (Autorenreferat)

[97-L] Hess, Henner:

Para-Staat und Abenteuerkapitalismus: die sizilianische Mafia 1943-1993, in: Kritische Justiz, Jg. 27/1994, H. 1, S. 23-41 (Standort: UuStB Köln(38)-XF126; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der vorliegende Beitrag gibt einen historischen Überblick über die Entwicklung der sizilianischen Mafia. In einem amtlichen Bericht von 1838 taucht der Begriff "Mafia" erstmalig in der Bedeutung einer bestimmten Form der Kriminalität auf. Der Autor skizziert zunächst die Entstehung der Mafia als illegale Organisation im Laufe des 19. Jahrhunderts. Im Anschluß daran wird die mafiose Tätigkeit von der letzten Nachkriegszeit bis in die 80er Jahre verfolgt. Nachdem im Faschismus die Akteure der Mafia als Konkurrenten in lokalen Machtpositionen brutal und ziemlich erfolgreich zurückgedrängt wurden, konnten sie erst Ende der 40er Jahre vor allem durch Korruption im politischen Bereich wieder an Einfluß gewinnen. In den 60er Jahren entwickelte sich dann das Phänomen der "unternehmerischen Mafia", in den 70er Jahren begann die Involvierung in den internationalen Drogenhandel. Nachdem der Autor die Strukturen, d.h. die Basis mafioser Macht sowie den wechselseitigen Einfluß von Mythos und Realität untersucht, werden im Anschluß daran die Funktionen der Mafia innerhalb des politischen und ökonomischen Systems dargelegt. Abschließend führt der Autor einige Gründe auf, die die "Krise der Mafia" eingeleitet haben. Sowohl der Terror und die staatlichen Konsequenzen einerseits führen zum Zerfall der Netzwerke der Mafiosi und ihrer Alliierten in Politik und Staatsapparat. Zum anderen erreichen die Antimafia-Aktionen aller Art mit der breiten Antikorruptionsbewegung eine entscheidene Bedeutung und tragen dazu bei, "das gesamte politische System Italiens" zu erschüttern und umzuwälzen. (psz)

[98-F] Kerde, Ortrud, M.A. (Bearbeitung); Pauer, Erich, Prof.Dr. (Betreuung):

Politische Korruption in Japan

INHALT: keine Angaben **ZEITRAUM:** japanische Nachkriegszeit, historische Beispiele als Kontrastfolie **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Japan

METHODE: Choice theoretic approach (in Abkehr des für Japan dominanten "Kultur-Ansatzes", der Japan auf seine konfuzianistischen, historisch-kulturellen Wurzeln reduziert).

ART: Dissertation **BEGINN:** 199210 **ENDE:** 199507 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Wissenschaftler

INSTITUTION: Universität Marburg, Japan-Zentrum (Biegenstraße 9, D-35032 Marburg)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 06421-285659)

[99-F] Kühne, Armin (Leitung):

Korruptionsgefährdungen und Sicherheitsvorkehrungen in der Bundesverwaltung

INHALT: Aufgrund des Berichts "Sicherheitsprüfungen und Korruption" des EJPD vom Oktober 1996 beauftragte der Bundesrat seine Verwaltungskontrolle (VKB) am 15. Januar 1997, ein Inventar von Tätigkeiten mit denkbarer Korruptionsgefährdung zu erstellen, die bestehenden Sicherheitsvorkehrungen zu evaluieren und gegebenenfalls Vorschläge zur Verbesserung der Aufsichtsmittel des Bundesrates und der Departemente zu unterbreiten. Konzept, Methodik und Vorgehen wurden von der VKB mit einem Projektteam aus Vertreterinnen und Vertretern aller Departemente erarbeitet. 1997 fand eine Vollerhebung der Tätigkeiten mit denkbarer Korruptionsgefährdung und der jeweils bestehenden Sicherheitsvorkehrungen in der Bundesverwaltung (inkl. SBB, PTT und ETH) statt. Nicht untersucht wurden subjektive, d.h. personenbedingte Korruptionsgefährdungen. Alle Angaben erfolgten als Selbsteinschätzung der Ämter und Departemente mit all ihren Unterschiedlichkeiten. Die statistischen Auswertungen sind als Indizien aufzufassen. Die Erhebung ergab folgendes Bild zur Situation der Bundesverwaltung: Rund zwei Drittel der Tätigkeiten werden als gering gefährdet betrachtet. Bei einem weiteren Drittel wurde die mögliche Gefährdung als erheblich oder gross eingestuft. Die Sicherheitsvorkehrungen sind allgemein genügend; nur bei einem geringen Anteil werden sie als nicht ausreichend beurteilt. Diese Beurteilung der Sicherheit deckt sich mit dem positiven Bild der Schweiz seitens internationaler Beobachter. Als wichtigste tätigkeitsbezogene Sicherheitsvorkehrungen können gemäss allgemeiner Einschätzung erfolgreich angewandte, allgemein bekannte und vertraute Instrumente der Geschäftsführung, des Managements und der internen Kontrolle genannt werden (z.B. klare Kompetenzregelungen und Entscheidabläufe). Für Aufgabenbereiche mit besonderen Korruptionsgefährdungen werden zusätzliche Massnahmen ergriffen (Mitwirkung anderer Ämter, Aufsicht des Departements, EDV-Überprüfungen, Job-Rotation). Besondere Bedeutung für die Prävention wird der Information und Schulung der Führung und des Personals beigemessen. Die VKB weist auf weitere - im vorliegenden Untersuchungsauftrag nicht inbegriffene - wichtige Massnahmen hin wie Pflege einer adäquaten Führungs- und Verwaltungskultur beziehungsweise Ethik, die Berücksichtigung subjektiver Gefährdungspotentiale, das Verhältnismässigkeitsprinzip und schliesslich der allenfalls notwendige Ausbau der strafrechtlichen Tatbestände. Folgende Empfehlungen werden abgegeben: Die Departemente überprüfen ihre Vorkehrungen anhand der Unterlagen, um diese nötigenfalls zu verbessern (Empfehlung 1). Sie erhalten hierfür die Inventare der potentiellen Korruptionsgefährdung und Sicherheitsvorkehrungen ihrer Ämter sowie departementsbezogene Auswertungen. Bei den künftigen Überprüfungen der Notwendigkeit von Aufgaben im Rahmen der systematischen und periodischen Aufgabenüberprüfung (gemäss Art. 5 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes RVOG) sollen gleichzeitig "Korruptionsgefährdungen und Sicherheitsvorkehrungen" als Kriterium einbezogen werden (Empfehlung 2). Die Thematik "Korruption und Ethik" soll stufengerecht in Führungslehrgängen, spezifischen Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen (Erfahrungsaustausch, Workshops, Referate) eingebaut werden (Empfehlung 3). (Zwischen)ergebnisse: Die Korruptionsgefährdung der Bundesverwaltung ist gering, und die existierenden Sicherheitsvorkehrungen sind ausreichend. Die gestiegenen Anforderungen an die Verwaltungstätigkeit dürften jedoch in Zukunft neue ethische Standards zur Aufgabenerfüllung erforderlich machen. Zu diesem Schluß kommt eine Untersuchung der Verwaltungskontrolle des Bundesrates (VKB), von welcher der Bundesrat Kenntnis genommen hat.

METHODE: Die VKB erarbeitete Kriterien und Checklisten, die in den Fragebogen als Vorgaben verwendet wurden. Folgende Daten wurden in der Bundesverwaltung erhoben: amts-, abteilungs- oder sektionsweise Aufzählung der Tätigkeiten mit möglicher (denkbarer) Korruptionsgefährdung; Beurteilung der Gefährdungsfaktoren und des Gefährdungsgrades

(gering, erheblich, gross) pro Tätigkeit; Bewertung der Sicherheitsvorkehrungen pro Tätigkeit und Beurteilung der Qualität der Sicherheit (ausreichend, fraglich, ungenügend) pro Tätigkeit im Ganzen; Angaben zum Handlungsbedarf bei ungenügender Sicherheit.

ART: Eigenprojekt *BEGINN*: 199701 *ENDE*: 199805 *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: Institution

INSTITUTION: Bundeskanzlei Verwaltungskontrolle des Bundesrates -VKB- (Marktgasse 52, CH-3003 Bern)

[100-L] Lingenthal, Rainer:

Belgien als Bürgerbewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 41/1996, H. 12, S. 1474-1479 (Standort: UuStB Köln(38)-FHM XE00157; UB Bonn(5)-Z59/69; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor wertet die Massendemonstration in Belgien gegen die Ablösung eines Staatsanwaltes in der Kinderschänderaffäre als erste große europäische Massenbewegung nach 1989, die die Gestaltungsaufgaben einer Humanisierung der Gesellschaft anpacken will. Er konstatiert den Druck der Massen auf das Gemeinwesen und die Schaffung einer neuen Öffentlichkeit ohne Stars. Bezugnehmend auf die Reaktion der mächtigen katholischen Kirche stellt er fest, daß Belgien nicht im ethischen Koma liegt, sondern daß diese Bewegung der einzige "Lichtblick" der letzten Monate ist. (ICE)

[101-L] Lipowatz, Thanos:

Über die Soziodynamik kleinbürgerlicher Komplizenschaft: ein Kommentar zu den jüngeren griechischen Skandalen, in: PP-Aktuell, Jg. 9/1990, Nr. 1/2, S. 67-69

INHALT: Um die Skandale der jüngsten griechischen Vergangenheit zu verstehen, muß man einiges über die sozialen und psychischen Verhältnisse bestimmter Schichten wissen. Der Autor formuliert als These, daß die gegenwärtige Sozialstruktur Griechenlands vielleicht einzigartig in ganz Westeuropa ist und auffallende Ähnlichkeiten mit derjenigen Argentiniens aufweist. Die Beschreibung der Situation in Griechenland kommt zu dem Ergebnis: Für rationalistisch-westlich denkende Intellektuelle oder Unternehmer ist diese Situation erstickend. Die einzige Hoffnung ist die erzwungene Rationalisierung durch die Bindung an die EG. Die Skandale haben Papandreou nicht geschadet, im Gegenteil: Bei seinen Anhängern steht er als Held da, als derjenige, der es gewagt hat, sowohl die USA als auch die EG zu brüskieren. Als ein charismatischer, demagogischer Führer weiß er, daß seine Skandale und seine Lügen nur das wiederholen, was die meisten Griechen (als Kleinbürger) im Alltag tun: keine Gesetze, keine Verträge einhalten, nur pragmatisch vor sich hin wursteln, um mit dem geringsten Aufwand den kurzfristig größten Ertrag zu erzielen. Man kann sagen, daß die Wirkungen der Skandale durch die geschickte Mobilisierung von Ängsten der breiten Schichten links der Mitte abgefangen und neutralisiert wurden. Trotzdem, die Kleinbürger müssen umdenken, und das wird ein schmerzlicher Entwicklungsprozeß sein. Aber Griechenland scheint die Wahl zu haben: entweder sich modernisieren, oder untergehen. (RW)

[102-L] Morone, Tommaso:

Die Mafia als Power Broker: Hintergrund und Entwicklung, in: Kriminologisches Journal, Jg. 31/1999, H. 1, S. 21-35 (Standort: UuStB Köln(38)-XF146; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Trotz Modernisierung und wirtschaftlicher Entwicklung Siziliens ist die Präsenz der Mafia unverändert. Sie hat sich konsequent an die neue Situation angepaßt und ihre Expan-

sion auf nationaler und internationaler Ebene durchgesetzt. Für ein Verständnis der Funktion der Mafia betont der Beitrag die folgenden Aspekte: (1) Ihre sozialen Wurzeln, d.h. die kulturelle Übereinstimmung zwischen mafiosen Werten und den Werten der traditionellen sizilianischen Gesellschaft; (2) Die Durchführung von Aktivitäten, die in Verbindung mit der Produktion und Verteilung von Reichtum stehen, und (3) Die Ausübung von Funktionen, die in Verbindung mit der politischen Macht und der sozialen Kontrolle stehen. Instrumente des Aufstiegs und des Erhalts von Macht sind: (4) Die Schaffung einer Klientel (cosca); (5) Der Mafioso schafft sich ein "partito", d.h. ein Netz von Beziehungen zu sozial und wirtschaftlich hochstehenden Persönlichkeiten, das dann durch fortlaufende gegenseitige Leistungen erhalten wird; (6) Der Mafioso strebt nach einer weitgehenden Legalisierung seiner Stellung. Insgesamt versteht sich der Mafioso als ein "broker", der ohne viele Worte zu verschwenden, ein Problem löst. (pre)

[103-L] Olowu, Dele:

Korruption in Nigeria: Ursachen, Folgen und Gegenmassnahmen, in: Prokla, Jg. 21/1991, Nr. 4, S. 582-601 (Standort: UuStB Köln(38)-XG3381; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Am Beispiel Nigerias werden Ursachen, Folgen und Gegenmaßnahmen von Korruption in staatlichen Bürokratien und politischen Institutionen afrikanischer Gesellschaften dargestellt. Nach einer Diskussion unterschiedlicher Erklärungsansätze für Korruption in der Sozialwissenschaft werden vier Triebkräfte der bürokratischen Korruption identifiziert (Zentralisierung, Bürokratisierung, Nicht-Demokratisierung, Pauperisierung), auf die sich erfolgreiche Gegenmaßnahmen zu beziehen haben." (Autorenreferat)

[104-L] Ottersbach, Markus:

Die Affäre Dutroux als Herausforderung für die Zivilgesellschaft in Belgien, in: Wolf-Dietrich Bukow, Markus Ottersbach <Hrsg.>: Die Zivilgesellschaft in der Zerreißprobe: wie reagieren Gesellschaft und Wissenschaft auf die postmoderne Herausforderung?, Opladen: Leske u. Budrich 1999, S. 84-99, ISBN: 3-8100-2300-0

INHALT: Den Kern der Zivilgesellschaft bilden die nicht-staatlichen und nicht-ökonomischen Zusammenschlüsse auf freiwilliger Basis. Die zivilgesellschaftliches Engagement repräsentierenden Zusammenschlüsse reichen von den Kirchen, kulturellen Vereinigungen und Akademien über unabhängige Medien, Sport- und Freizeitvereine, Debattierclubs, Bürgerforen und Bürgerinitiativen bis zu Berufsverbänden, politischen Parteien, Gewerkschaften und alternativen Einrichtungen. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement und die Bedeutung der politischen Öffentlichkeit wird am Beispiel der belgischen Bewegung zur Affäre Dutroux (Verschleierung von Kindesmißbrauch durch staatliche Instanzen) dargestellt. Die Ereignisse werden fallstudienartig rekonstruiert, die zur Entstehung der Bewegung geführt haben. (pre)

[105-L] Pizzorno, Alessandro; DellaPorta, Donatella:

"Geschäftspolitiker" in Italien: Überlegungen im Anschluß an eine Studie über politische Korruption, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 45/1993, H. 3, S. 439-464 (Standort: UuStB Köln(38)-Haa00277-b; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die politische Korruption greift mit den Prinzipien der Transparenz und der politischen Gleichheit Grundlagen der repräsentativen Demokratie an. Sie verändert die Motivationen und Kompetenzen, die in der politischen Karriere gefordert sind und begünstigt die Ausbreitung des 'Geschäftspolitikers', der als Politiker definiert wird, der die Vermittlung zulässiger und unzulässiger Geschäfte und generell die Teilnahme an wirtschaftlichen Akti-

vitäten mit der politischen Vermittlung im traditionellen Sinn verbindet. Die Charakteristika des Geschäftspolitikers beschreiben die Autoren auf der Basis des empirischen Materials einer qualitativen Studie, gestützt auf Gerichtsquellen, die Presse und ausführliche Interviews über politische Korruption in drei italienischen Städten: Savona, Florenz und Catania. Nach den Ergebnissen dieser Untersuchung sind folgende Eigenschaften des Geschäftspolitikers aufzuzeigen: die Politik als einziger Kanal zum vertikalen gesellschaftlichen Aufstieg; die Illegalitätskompetenzen, die für die Organisation korrupter Geschäfte benötigt werden und die Fähigkeit des networking, die es dem korrupten Politiker ermöglichen, Komplizen aufzuspüren und stilles Einverständnis in wichtigen Teilen der Gesellschaft herzustellen. Ausgehend vom Konzept der moralischen Kosten schlagen die Autoren einen Beitrag zur Theorie der Korruption vor. In deduktiver Vorgehensweise erörtern sie die Bedingungen, die die moralischen Kosten der Teilnahme an einer illegalen Tätigkeit vermindern und damit die Bereitschaft erhöhen, an korrupten Geschäften teilzunehmen." (Autorenreferat)

[106-L] Pritzl, Rupert F. J.:

Korruption, Rent-Seeking und organisiertes Verbrechen in Rußland, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 24/1998, H. 2, S. 198-218 (Standort: UuStB Köln(38)-Haa1470; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Nachrichten über das organisierte Verbrechen in Rußland häufen sich. Die weitverbreitete Korruption in vielen Transformationsländern ist bekannt und stellt eine Bedrohung für den Aufbau demokratischer Strukturen dar. Das Konzept des "Rent-Seeking" liefert ein theoretisches Instrumentarium, mit dessen Hilfe sich Verteilungskonflikte analysieren lassen. Unter Rent-Seeking werden die unterschiedlichen Bemühungen zusammengefaßt, staatliche Eingriffe in die marktwirtschaftliche Allokation herbeizuführen und sich die hierdurch geschaffenen Einnahmen anzueignen. Institutionelle Strukturen bestimmen das wirtschaftliche Wachstum. Institutionelle Anreize beeinflussen auch das Verhalten der Beteiligten und legen die Vorteile verschiedener Aktivitäten in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht fest. Zu den wichtigsten Interessengruppen in Rußland gehören die Repräsentanten der autonomen Regionen, die politischen Parteien, die Militärs, die Justiz sowie die Gewerkschaften, die Unternehmerverbände und die Manager der ehemaligen Staatsbetriebe. Angesichts der nicht zu übersehenden Schwächen der formalen Institutionen Rußlands findet ein unfriedlicher, bisweilen gewaltsamer Kampf um Einkommensmöglichkeiten statt, ein mafiaähnlicher Kampf um die Leitung von Monopolbetrieben, der schlimmer ist als die Monopole selber. Um dies zu beenden und die illegalen Rent-Seeking-Aktivitäten zu begrenzen, muß der Staat seinen Einflüßbereich wesentlich und dauerhaft verringern und jegliche Eingriffe unterlassen, die bestimmte gesellschaftliche Gruppen besserstellt. (prk)

[107-L] Raith, Werner:

Immaterielle Naturalien: Italiens Medien nach der Aktion "Mani Pulite", in: agenda, Jg. 16/1993, Nr. 11, S. 6-8

INHALT: Der Autor beschäftigt sich mit den aktuellen parteipolitischen Ambitionen des Medienunternehmers Silvio Berlusconi und den diesbezüglichen medienpolitischen Auswirkungen in Italien. Mit einer evtl. bevorstehenden Änderung des neuen Mediengesetzes, das Berlusconis Machtposition im Medienbereich konsolidierte, würde dessen Dominanz in Frage gestellt. Sollte ihm jedoch die Parteigründung gelingen, könnte sein Beispiel trotz Schmiergeldaffären und Korruptionsanklagen Schule machen und zu weiteren Konzentrations Tendenzen Anlaß geben - eine Trennung von Medien und Politik verhindern.(CN)

[108-F] Rinaldi, Stanislao, Dott. (Bearbeitung); Baratta, Alessandro, Prof.Dr. (Leitung); Baratta, Alessandro, Prof.Dr. (Betreuung):

Mafia und Korruption in Italien

INHALT: Vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion der Phänomene Mafia und "Tangentopoli" in Italien soll der Konflikt der Auseinandersetzung mit den Ausprägungen der organisierten Kriminalität als Ausdruck eines inneritalienischen Nord-Süd-Konflikts dargestellt werden mit Implikationen der unterschiedlichen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Nord- und Süditalien. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Italien

METHODE: Sozialökonomische und historische Aspekte des Phänomens "Organisierte Kriminalität in Italien".

VERÖFFENTLICHUNGEN: Baratta, A.: Mafia e stato. in: Fiandaca, G.; Costantino, S. (Hrsg.): La mafia, le mafie. Rom, Bari: Laterza 1994.+++Rinaldi, S.: Un dibattito sulla risposta istituzionale alla criminalità organizzata. in: Dei delitti e delle pene. Torino, 1992, 3, S. 57-99. *ARBEITSPAPIERE:* Corruzione amministrativa e crisi della politica. Osservazioni a proposito del caso "Tangentopoli" nel passaggio dalla prima alla seconda Repubblica in Italia.

ART: Dissertation *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Universität Saarbrücken, FB 01 Rechtswissenschaft, Institut für Rechts- und Sozialphilosophie Lehrstuhl für Rechtssoziologie und Sozialphilosophie (Im Stadtwald, D-66041 Saarbrücken)

KONTAKT: Betreuer (Tel. 0681-302-3153); Bearbeiter (Tel. 0681-302-2140)

[109-L] Silj, Alessandro:

Verbrechen, Politik, Demokratie in Italien, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1998, 389 S., ISBN: 3-518-11911-7

INHALT: Der Band rekonstruiert die politische Geschichte der Ersten Republik in Italien von 1943 bis 1994 anhand einer zweifachen Problemstellung: In welchem Zusammenhang haben Kriminalität, Korruption und Politik im genannten Zeitraum gestanden, und welche Folgen hat ihre Verflechtung für den Aufbau eines demokratischen Staates und einer republikanischen Gesellschaft im Nachkriegsitalien gehabt? Grundlage der Darstellung bildet eine umfassende Untersuchung von vielfach unveröffentlichtem bzw. bislang nicht ausgewertetem Aktenmaterial aus Regierungs-, Verwaltungs-, Polizei-, Militär- und Geheimdienstquellen sowie Zeitzeugeninformationen. These des Autors ist, daß bereits mit der Landung der Alliierten in Sizilien und der (Selbst-)Befreiung Italiens vom Faschismus 1943/44 eine unterschwellige Beeinflussung staatlicher Politik im Interesse und zur Erhaltung krimineller Substrukturen in der Gesellschaft eingesetzt habe. In der unbedingten Abwehr einer kommunistischen Machtübernahme in Italien habe sich diese Interessenverflechtung in den folgenden Jahrzehnten erhalten und vielfach als komplex, aber zuverlässig funktionierendes Netzwerk ausgeweitet. Erst der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten ab 1989 habe durch den Wegfall der Zwangsvorstellung von einer kommunistischen Vereinnahmung des italienischen Staates die Aufdeckung und Zerschlagung dieser Verflechtung möglich gemacht, zugleich aber das Vertrauen in die Strukturen und Eliten der italienischen Demokratie in der Gesellschaft anhaltend beschädigt. Inhaltsübersicht: 1. Die Legitimation des Verbrechens; 2. Die 'Frage des Kommunismus' und die amerikanische Schutzmacht; 3. Italien als Vorposten des Kalten Krieges; 4. Neofaschismus und subversive Rechte; 5. Die revolutionäre Linke; 6. Die Strategie der Spannung; 7. Der andere Staat; 8. Terrorismus und Politik; 9. Der Fall Moro; 10. Die großen illegalen Affären des italienischen Kapitalismus; 11. Mafia und Politik; 12. Die Revolution von 1993. (ZPol, NOMOS)

[110-L] Uessler, Rolf:

Mafia und Politik in Italien, in: Prokla, Jg. 21/1991, Nr. 4, S. 544-560 (Standort: UuStB Köln(38)-XG3381; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Mafia und Politik, das ist heute kein Problem von sporadischem oder wiederholtem 'do ut des', von Geben und Nehmen zwischen Kriminellen, die sich organisiert haben, und Parteipolitikern und Staatsbeamten. Es ist auch nicht das Problem der beständigen Konditionierung von und Druckausübung auf staatliche und gesellschaftliche Institutionen seitens der 'Organisierten Kriminalität'. 'Organisierte Kriminalität'/Mafia heute, das ist kein Krebsgeschwür, das sich in einem gesunden Körper ausbreitet und mit seinen Metastasen inzwischen auch die Politik erreicht hat. Mafia und Politik: Das ist heute zu einem 'Modell' geworden, einem Modell, das sich in rascher Ausbreitung befindet. Dieses mafiose Kapitalismus-Modell beschränkt sich nicht auf Italien, sondern ist in allen Ländern der 1. Welt zu beobachten. Sein Erfolgsrezept heißt: Einreißen der Barrieren zwischen Legalität und Illegalität; und sein Ziel ist die formale Demokratie." (Autorenreferat)

[111-L] Williams, Robert:

Regierung und Moral: amerikanische Standards, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 41/1996, H. 9, S. 1072-1081 (Standort: UuStB Köln(38)-FHM XE00157; UB Bonn(5)-Z59/69; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Verfasser setzt sich in essayistischer Form mit moralischen Paradoxa der amerikanischen Politik auseinander. Er zeichnet einleitend die Diskussion um Ämterpatronage in der amerikanischen Politik des 19. Jahrhunderts nach. Im folgenden wird darauf hingewiesen, daß bis in die späten sechziger Jahre Öffentlichkeit und Medien kein Interesse am moralischen Verhalten der Regierung oder dem Lebensstil von Politikern zeigten. Die amerikanische Verwicklung in den Vietnam-Konflikt und der Watergate-Skandal stellten hier eine Wendemarke dar. Seit den siebziger Jahren stand das moralische Verhalten von Politikern, beleuchtet durch eine Reihe von Skandalen, zunehmend im Licht der Öffentlichkeit, wurde moralische Integrität zu einem wichtigen Wahlkampfthema. Im Zentrum der moralischen Krise der amerikanischen Politik steht nach Ansicht des Verfassers allerdings die korrumpierende Rolle des Geldes. (ICE)

[112-F] Zenkl, Maria, Prof.Mag.Dr. (Bearbeitung):

Bürgerinitiativen, Bürgerbeteiligung, Bürgerschädigung.

INHALT: Vorläufige Zielsetzung: Entwicklung von Handlungskompetenz zur Beteiligung an demokratischen Prozessen. Konzeption von Gegenmacht-Positionen. Korruptions- und Chaosanalyse. Zwischenergebnis: Vorliegende Zusammenfassung von Expertengesprächen und Erfahrungsberichten (z.B. Thesen zur Bürgerbeteiligung in Planungsprozessen). *GEOGRAPHISCHER RAUM:* bevorzugt Österreich.

METHODE: Erfahrungsverarbeitung mit betroffenen "Bürgern" z.B. Bearbeitung anhängiger Verfahren (Diskussion, Schriftsätze, Rechtsmittel ergreifen). Workshops unter möglichst interdisziplinärer Beteiligung der involvierten Gruppen, bzw. von Repräsentanten dieser Gruppen.. *BENUTZTE UNTERLAGEN:* Insbesondere Berichte d. Österreichischen Volksanwaltschaft etwa an den Nationalrat, an die Landtage; Materialien aus Verwaltungsakten; Materialien von Bürgerinitiativen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Zenkl, Maria: BÜRGER initiativ. Probleme und Modelle der Mitbestimmung. Wien-Graz-Köln: Böhlau, 1990.+++Zenkl, Maria: Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Projekten und Maßnahmen. Ein erfüllbarer Anspruch? Wien: Böhlau,

1991.+++Zenkl, Maria: Belästigt - gefährdet - geschädigt. In: Aufrisse, 2, 1993.+++Zenkl, Maria: Ein Grundrecht auf Schutz der Gesundheit vor umweltbedingten Beeinträchtigungen. In: Journal für Rechtspolitik, Sonderheft 1, 1994.

ART: gefördert *BEGINN:* 198801 *ENDE:* 199312 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Institut für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung der Universitäten Klagenfurt, Innsbruck, Wien und Graz Abt. Soziale Ökologie Arbeitsbereich Klagenfurt (Sterneckstraße 15, A-9020 Klagenfurt)

KONTAKT: Autorin (0463-5317-751)

6 Exkurs: Die Rolle der Medien zwischen vierter Gewalt und Sensationsjournalismus

[113-L] Brandstetter, Karl J.:

Die unbekannte Geschichte der "Spiegel-Affäre" und das Scheitern der "multilateralen Atomstreitmacht" MLF: Der deutsch-amerikanische Dauerstreit um die atomare Verfügungsgewalt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 32/1987, H. 9, S. 1205-1225 (Standort: UuStB Köln(38)-FHM XE00157; UB Bonn(5)-Z59/69; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Bei einer der spektakulärsten Affären der Nachkriegszeit, der sogenannten "Spiegel-Affäre", ging es um mehr und anderes als die Pressefreiheit; es ging um den deutsch-amerikanischen Dauerstreit um die Verfügungsgewalt über Atomwaffen. Analysiert und dokumentiert werden die Machenschaften von Strauß, Weinstein und Schmückle, das grundgesetzwidrige Vorgehen gegen den "Spiegel", der in seinem Artikel "Bedingt abwehrbereit" der Bundeswehr und dem für sie verantwortlichen Minister schlechteste Zensuren erteilt hatte. Auch die Geheimdienste standen hinter der Affäre. Als Köder für die "kalten Krieger" war die MLF gedacht, die jedoch schon allein wegen ihrer inneren Widersprüche nicht zustande kam. (LU)

[114-L] Fabris, Hans Heinz:

Massenmedien - Instrumente der "Skandalisierung" oder "Vierte Gewalt"?: zum Kontrollpotential der Medien, in: hrsg. von Christian Brünner: Korruption und Kontrolle, Wien: Böhlau 1981, S. 239-264, ISBN: 3-205-08457-8

INHALT: In dem Beitrag wird die Frage untersucht, welche Rolle die Massenmedien einerseits bei der Entstehung von Korruption, andererseits aber auch bei der Aufdeckung bzw. bei der Verhinderung solcher Handlungen spielen oder unter veränderten Voraussetzungen übernehmen könnten. Für diese Untersuchung ist eine systematische Analyse der besonderen Bedingungen, die für die Wahrnehmung oder aber die Mißachtung der Kritik- und Kontrollfunktion durch die Massenmedien von Bedeutung erscheinen, notwendig. Dazu werden in dem Beitrag sowohl die historischen Voraussetzungen als auch rechtliche Bestimmungen, die Besitz- und Verfügungsverhältnisse im Medienbereich, Daten über journalistisches Selbstverständnis und Entscheidungshandeln sowie über spezifische Publikumserwartungen behandelt. Vor dem Hintergrund eines derartigen Problemerkataloges werden einige konkrete Vorstellungen und Überlegungen zu einer Verbesserung jener Voraussetzungen diskutiert, die den Medien eine effektivere Wahrnehmung ihrer demokratietheoretisch wie -praktisch wichtigen Kontrollfunktion erlauben würden. (RW2)

[115-L] Fischer, Antje; Hachmeister, Lutz; Meister, Dorothee; Spies, Ulrich (Redakteur): **Marler Tage der Medienkultur: die Barschel Affäre in den Medien 1987-1989**, (1. Fachtagung "Marler Tage der Medienkultur", 1989, Marl), Marl: 1990, 107 S., ISBN: 3-88513-979-0

INHALT: Auf der Marler Tagung diskutierten journalistische Praktiker, Medienwissenschaftler - und Kritiker über die Medienberichterstattung bzw. journalistische Aufarbeitung (in) der Barschel Affäre. Statements und Diskussionen gab es zu den Fernsehdokumentationen "Aufstieg und Fall des Uwe Barschel" von Gerhard Bott, "Die Erben des Dr. Barschel" von Christian Berg und Cordt Schnibben, "Die Wahl nach Barschel" von Roman Brodmann und "Staatskanzlei" von Heinrich Breloer; ferner wurde ausführlich auf die sog. Barschel-Ent-hüllungen im 'Spiegel' und die Darstellung der Affäre in den Zeitgeistmagazinen 'Tempo' und 'Wiener' eingegangen. Fernsehkritiken der 'Barschel'- Filme und ein zusammenfassender Rückblick auf die Diskussionen bei diesen 1. Marler Tagen der Medienkultur beschließen den Tagungsband.(BM)

[116-L] Gangloff, Tilmann P.:

Der unscharfe Lincoln: warum der Zuschauer leer ausgeht, in: Medium, Jg. 23/1993, Sonderh., S. 41-44

INHALT: Nachrichtensendungen im Fernsehen verlangen "eine höchstgradig verantwortungs-volle Bearbeitung" wenn der Wert der Nachricht nicht nur ihr Neuigkeitsgrad, sondern ihre Bedeutung für die Gesellschaft sein soll. Die Praxis zeigt aber, daß sich die Nachrichtensendungen sowohl der privaten als auch der öffentlich-rechtlichen Sender dem Aktualitäts-zwang haben unterordnen lassen. Der durch den Zwang zur Aktualität entstehende "Vergrößerungs- und Beschleunigungsprozeß wirkt sich nicht nur entstellend und verzerrend auf die Fakten aus, sondern zehrt auch an der Glaubwürdigkeit des Mediums Fernsehen". An der Politik- und Staatsverdrossenheit trägt das Fernsehen Mitschuld, da es sich keine Zeit nimmt, Nachrichten zu analysieren und zu hinterfragen. Der "Sündenfall Geiseldrama von Gladbeck" leitete den Einzug des "Reality-TV" in der Bundesrepublik ein, das Einzelereignisse ohne Zusammenhang und ohne Orientierungsleistung aneinanderreihet.(PT)

[117-F] Gattwinkel, Dietmar, M.A. (Bearbeitung); Donsbach, Wolfgang, Prof.Dr. (Leitung):

Inhaltsanalyse "Shell - Nigeria"

INHALT: Entsprechend der Theorie des publizistischen Konflikts liegen der Berichterstattung in den meisten Fällen mediatisierte Ereignisse zugrunde. Nur eine Minderheit der Anlässe waren genuine Ereignisse. Der Konflikt um die Vorgänge in Nigeria wurde von Beginn in wesentlichen Teilen als Konflikt um einen verantwortlichen Akteur (SHELL) thematisiert. Die Zuweisung von Verantwortung geschieht durch Kontext und Inhalt der Aussagen über die tatsächlichen oder behaupteten Mißstände. Dabei war die Quelle für die gegen SHELL sprechenden Aussagen eine Gruppe von Interessen- und Aktionsgruppen. Die Studie zeigt insgesamt, daß die Medien den Behauptungen und Forderungen dieser Gruppen besonders aufgeschlossen gegenüberstanden, und deren Definition des politischen und ökologischen Konflikts breit darstellten. Dies betrifft insbesondere die Definition des Konflikts als Skandal mit eindeutigem Verantwortlichen. *ZEITRAUM:* 1995-1996 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Theorie des publizistischen Konflikts; Medienberichterstattung als sozialer Prozeß; Grundlage der Vollerhebung sind Artikel eines unabhängigen Ausschnittendienstes im Auftrag der Deutschen Shell AG zwischen Februar 1995 und Mitte September 1996. Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe. *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, standardisiert

(Stichprobe: 3.629; Beiträge aus 259 Printmedien, ca. 22.000 Aussagen -implizit oder explizit werthaltig-; Auswahlverfahren: total).

ART: Auftragsforschung *BEGINN:* 199607 *ENDE:* 199612 *AUFTRAGGEBER:* Deutsche Shell AG *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Technische Universität Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Kommunikationswissenschaft (Weberplatz 5, D-01217 Dresden)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0351-463-3581; e-mail: gattwin@res.vrz.tu-dresden.de)

[118-L] Geißler, Rainer:

Die Weißwäsche der Geldwäscher: v. Brauchitsch in "Schlag auf Schlag": Über den Verfall der politischen Moral im Fernsehen, in: Medium, Jg. 17/1987, H. 2, S. 9-11

INHALT: Im Februar 1987 hatte Claus Hinrich Casdorff in seine Talkshow den ehemaligen Flick-Manager Eberhard v. Brauchitsch eingeladen. v. Brauchitsch war wenige Tage vorher wegen Steuerhinterziehung verurteilt worden. Der Autor setzt sich mit diesem "Fall" politischen und publizistischen Vorgehens exemplarisch auseinander und kritisiert die Rolle, die das Fernsehen hier gespielt hat. Sein Fazit: Fernsehen muß von Politik und Kapital unabhängig sein, um seiner demokratischen Aufgabe gerecht werden zu können.(MB)

[119-L] Hahn, Kornelia:

Das Oval Office im Internet: Geheimnis und Öffentlichkeit im Zeitalter der Medienkommunikation, in: Zeitschrift für Frauenforschung, Jg. 16/1998, H. 4, S. 129-144 (Standort: UuStB Köln(38)-XG06137; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Skandalgeschichte um die Affaire des amerikanischen Präsidenten Clinton mit einer Praktikantin des Weißen Hauses enthält die Elemente einer typischen Skandalisierung, nämlich Personalisierung, Visualisierung und Geschichtenbildung, in Reinform. Vor diesem Hintergrund wird herausgearbeitet, wie einige Eigentümlichkeiten der amerikanischen Gesellschaft - ihre Kommunikationsgemeinschaft, ihr Präsidentenamt, ihre sozialen Werte - die vorliegende Konstellation des "Skandals" befördern. Als Strukturmerkmal der amerikanischen Gesellschaft wird deren widersprüchliches Mischungsverhältnis von Intimität und Öffentlichkeit bestimmt. Diese Widersprüchlichkeit wird entlang der "Skandalgeschichte" und unter Berücksichtigung der neuen Medientechniken verdeutlicht. Die Rolle des Präsidenten in der Medienkommunikation wird betrachtet. Dabei wird deutlich, wie er "an der (neuen) Unmöglichkeit der Inszenierung und Abgrenzung einer Vorder- und Hinterbühne zu scheitern scheint". (prf)

[120-L] Handl, Haimo L.:

Waldheim - das Opfer: die Waldheim-Affäre in den Karikaturen österreichischer Zeitungen von 1986 bis 1988, in: Medien und Zeit, Jg. 5/1990, Nr. 3, S. 30-33

INHALT: Ausgewertet wurden 259 Karikaturen aus sieben Zeitungen, die im Zusammenhang der Wahl des österreichischen Bundespräsidenten den Kandidaten Kurt Waldheim wegen seiner NS-Vergangenheit kritisierten oder unterstützten. Feststellbar sind auch im Bereich der Karikatur antisemitistische Schuldzuweisungen, jedoch meist in verdeckter Anspielung und unter Vermeidung von visuellen Klischees, wie sie aus der Zeit des Faschismus bekannt sind.(EJ)

[121-L] Hart, Gary:

Medien und Politik in Amerika des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts: Analyse und Ausblick, in: Bertelsmann Stiftung <Hrsg.>: Politik überzeugend vermitteln: Wahlkampfstrategien in Deutschland und den USA ; Analysen und Bewertungen von Politikern, Journalisten und Experten, Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung 1996, S. 149-162, ISBN: 3-89204-189-X

INHALT: Der Autor, dessen zweimalige Kandidatur für das Präsidentenamt in den USA durch umstrittene Veröffentlichungen über sein Privatleben verhindert wurde, beschreibt in seinem Beitrag die Beziehungen zwischen der Politik und den Medien in den USA. Die Watergate-Affäre 1974 hatte eine große Bedeutung für die Entwicklung des Verhältnisses, sie hatte den Vertrauensverlust in die Politik eingeleitet und brachte eine neue Generation anwaltschaftlicher Journalisten hervor. Mit diesem Umbruch stehen mehrere bedenkliche Entwicklungen im Zusammenhang: Bonus und Beweiskraft haben sich verschoben und den Politikern wird "erst einmal das Schlimmste unterstellt". Die Grenzen zwischen Politik und Medienpersönlichkeit verschwimmen. Die Politiker sind in die "mißliche Lage" gekommen, "sich nicht nur der Medien zu bedienen, sondern ihnen auch dienen zu müssen". Die Symbiose zwischen der Politik und dem Fernsehen wird allerdings derzeit von der neuen Kommunikationstechnik unterwandert. Es ist an der politischen Führung, "die Herausforderung der digitalen Informations- und Kommunikationssysteme in die Chance demokratischer Erneuerung zu konvertieren".(PT)

[122-L] Haybäck, Gerwin:

Medium und Wahrheit: Grundprobleme journalistischer Ethik, in: Communicatio Socialis, Jg. 23/1990, H. 1, S. 18-36 (Standort: UuStB Köln(38)-M XA 01287; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Artikel basiert auf der Grundannahme, daß journalistische Ethik sich notwendigerweise die Frage nach der Wahrheit stellen muß. "Wahrheit" als kommunikativer Begriff offenbart sich in drei Dimensionen: die normativ-ethische Dimension, die ontologische Dimension und die pragmatische Dimension. Anhand zweier exemplarischer Fälle untersucht der Autor die journalistischen Kriterien für das Umgehen mit der Wahrheit. Zunächst wird anhand einer Reihe von Beispielen aus dem Magazin "Stern" belegt, daß dessen Ansprüche eines kritisch-emanzipatorischen Journalismus mit dem Status des "Stern" als Wirtschaftsunternehmen, das den Regeln des Kapitalismus unterliegt, kollidieren. Als zweites Beispiel werden die journalistischen Aktivitäten rund um das Gladbecker Geiseldrama vom August 1988 dargestellt. In diesem Falle haben Journalisten die kriminellen Ereignisse so aktiv begleitet, daß man kritisch von einer absichtlichen "journalistischen Inszenierung" sprechen kann. Der Autor kritisiert die Motive eines solchen Verhaltens als verwerflich insbesondere unter sozialethischem Gesichtspunkt. (UNübers.)

[123-L] Janowski, Hans Norbert:

Den Tod bringen wir live: journalistische Berufsethik nach dem Mediendrama von Gladbeck, in: Medium, Jg. 19/1989, Nr. 2, S. 31-34

INHALT: Kritisiert wird, daß Journalisten an der Verfolgungsjagd auf die Geiselnahme von Gladbeck teilnahmen, den Verbrechern Öffentlichkeit verschafften und so aktiv in einen Kriminalfall eingriffen. Der Autor zitiert aus Stellungnahmen journalistischer Berufsorganisationen und fordert, das Thema journalistische Ethik zum integralen Bestandteil der Ausbildung zu machen.(EJ)

[124-L] Kepplinger, Hans Mathias:

Am Pranger: Der Fall Späth und der Fall Stolpe, in: Donsbach, Wolfgang; Jarren, Otfried; Kepplinger, Hans Mathias; Pfetsch, Barbara <Hrsg.>: Beziehungsspiele - Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion: Fallstudien und Analysen, Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung 1993, S. 159-220, ISBN: 3-89204-089-3

INHALT: Gegenstand der vorgestellten Studie ist eine vergleichende Analyse der Pressedarstellungen in Bezug auf die Vorwürfe gegen Lothar Späth wegen seiner Reisen auf Kosten von Unternehmen und gegen Manfred Stolpe wegen seiner Konkakte zum Staatssicherheitsdienst (Stasi) der DDR. Ziel der Untersuchung war es, die Interaktion von Journalisten und Akteuren im politischen Umfeld der Betroffenen zu analysieren und die Mechanismen darzustellen, mit denen Mißstände zu Skandalen gemacht werden. In zwei Teilstudien wurden insgesamt 43 Schlüsselpersonen (Wirtschaftsvertreter bzw. Kirchenvertreter und Bürgerrechtler) befragt und die Berichterstattung zu den Affären anhand ausgewählter überregionaler Tageszeitungen, jeweils zwei regionalen Presseorganen sowie drei Wochenzeitungen inhaltsanalytisch untersucht. Die empirischen Studien gaben Auskunft über den Grad der Skandalisierung, Informationsbeschaffung, instrumentelle Aktualisierung und Wertung durch die Mediendarstellung.(BM)

[125-L] Kepplinger, Hans Mathias; Eps, Peter; Augustin, Dirk:

Skandal im Wahlbezirk: der Einfluß der Presse auf die Wahl des Münchner Oberbürgermeisters 1993, in: Publizistik, Jg. 40/1995, Nr. 3, S. 305-326 (Standort: UuStB Köln(38)-FHM AP00663; UB Bonn (5)-Z57/193; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Autoren belegen, daß die massive Kritik an politischen Sachaussagen keinen, die Skandalisierung eines Kandidaten in der Presse jedoch einen erheblichen Einfluß auf den Ausgang der Müncher Oberbürgermeisterwahl 1993 besaß. Aus der Tatsache, daß diese Skandalisierung von einigen wenigen Journalisten aktiv betrieben wurde, folgern die Autoren, daß nur wenige Personen einen wahlentscheidenden Einfluß ausübten. Möglich war das, weil zahlreiche andere Journalisten die Vorwürfe mehr oder weniger neutral weiterverbreiteten und ihnen dadurch die erforderliche Durchschlagskraft verliehen. Das führt zu der demokratietheoretischen Frage, ob kurze Zeit vor einer Wahl die Skandalisierung eines Politikers - den publizistische Kritik an seiner Sachpolitik nicht schwächt - durch kurzfristig nicht klärbare Vorwürfe legitim ist oder ob es sich dabei um eine illegitime Manipulation mit langfristigen Folgen handelt." (Autorenreferat)

[126-L] Krug, Jutta:

Zwischen Aufgaben und Zwängen: die Rolle der Medien im Barschel-Pfeiffer-Skandal, in: Medium, Jg. 19/1989, Nr. 2, S. 51-56

INHALT: Die Autorin gibt eine Chronologie der Ereignisse, die dem Selbstmord des CDU-Ministerpräsidenten Uwe Barschel vorausgegangen sind. Barschels Medienreferent Rainer Pfeiffer, ein Mitarbeiter des Springer-Verlags, hatte "schmutzige Tricks" seiner Wahlkampagne im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" publik gemacht. Ein "stern"-Reporter machte Fotos vom Leichnam des CDU-Politikers. Springer-Presse und CDU versuchten, vom politischen Skandal abzulenken und statt dessen die Aufmerksamkeit auf journalistische Unmoral zu lenken ("Kloakenpresse", "Schmutzkampagne"). Differenziert beschreibt und beurteilt die Autorin die Formen der Berichterstattung im "Spiegel", im "Stern", im ARD-NDR-Fernsehen sowie in der Springerpresse. Ihre Schlußfolgerung: "Moralische Appelle und die Reflexion

von Journalisten über ihre Verantwortung sind wichtig, solange sie nicht politische Defizite und strukturelle Schwächen in der Gesellschaft zu verdecken suchen."(EJ)

[127-L] Ladenthin, Volker:

Literaturbetrieb ohne Literatur: Harald Wieser und der "stern", in: Publizistik, Jg. 36/1991, Nr. 4, S. 494-504 (Standort: UuStB Köln(38)-FHM AP00663; UB Bonn (5)-Z57/193; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Am Beispiel eines Artikels des Literaturkritikers H. Wieser vom "stern" werden Entwicklungen im Journalismus kritisiert, die anstelle von Parteinahme persönliche Diffamierungen benutzen. Form und Stil der Polemik zwischen Redaktion und Öffentlichkeit lassen sich als marktstrategisch kalkulierten Journalismus interpretieren, der bewußt auf Sensationen und Skandale setzt.(DY)

[128-L] Mathes, Rainer:

Medienwirkungen und Konfliktodynamik in der Auseinandersetzung um die Entlassung von General Kiessling: eine Fallstudie und ein Drei-Ebenen-Modell, in: hrsg. von Max Kaase u. Winfried Schulz: Massenkommunikation: Theorien, Methoden, Befunde, Opladen: Westdt. Verl. 1989, S. 441-458, ISBN: 3-531-12103-0

INHALT: Die vorliegende Untersuchung geht davon aus, daß sich die unterschiedlichen Befunde der Kommunikationswissenschaft über die Wirkung der Massenmedien auf unterschiedliche Kommunikationsbedingungen zurückführen lassen. Anhand des Wörner-Kießling-Konflikts 1984 werden die Darstellung dieses Themas in den Massenmedien und die Vorstellungen und Ansichten der Bevölkerung analysiert. Dazu wurden vier überregionale Tageszeitungen, das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" sowie die Fernsehberichterstattung von ARD und ZDF im ersten Halbjahr 1984 analysiert. Die Bevölkerungsmeinung wurde in repräsentativen mündlichen Umfragen (Infas und Institut für Demoskopie in Allensbach) erforscht. Es wurde festgestellt, daß die Meinung der Bevölkerung zur Bedeutung des Konflikts parallel zum Umfang der Berichterstattung zu- bzw. abnahm und daß diejenigen Konflikaspekte als wichtig erachtet wurden, die auch in den Medien betont wurden. Schließlich gab es auch deutliche Zusammenhänge "zwischen der Tendenz der Berichterstattung über Verteidigungsminister Wörner im Fernsehen sowie der Bewertung der Rücktrittsforderung". Es bestätigte sich die Annahme, daß die Medienwirkungen unter bestimmten Kommunikationsbedingungen auftraten. Zusammenfassend wurden daraus Schlüsse zur sozialen Funktion der Massenmedien bei Konflikten gezogen: Thematisierungsfunktion, Strukturierungsfunktion und Bewertungsfunktion (Drei-Ebenen-Modell von Medienwirkung).

[129-F] Müller-Gerbes, Sigrun; Weber, Bernd, Dipl.-Journ. (Bearbeitung); Rager, Günther, Prof.Dr. (Leitung):

Der Atommüll-Skandal. Eine inhaltsanalytische Untersuchung

INHALT: Durch Inhaltsanalyse überregionaler Zeitungen, Zeitschriften sowie ARD- und ZDF-Sendungen wird die Darstellung des Skandals um die Hanauer Betriebe Nukem, Alkem und Transnuklear untersucht. Die Studie ist eine Fortsetzung der Analyse von Qualität und Inhalt der Berichterstattung über Kernenergie nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl.

METHODE: Untersuchungsdesign: Fallstudie. **DATENGEWINNUNG:** Inhaltsanalyse (Stichprobe: 1.147; Zeitungs- und Zeitschriftenartikel; Auswahlverfahren: total. Stichprobe: 243; Fernsehsendungen; Auswahlverfahren: total). Primärerhebung: Feldarbeit von

Mitarbeitern des Projektes durchgeführt. *AUSWERTUNG*: Datenedition (z.B. Aufbau von Datenbanken); Aggregation oder Disaggregation.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE*: Rager; Günther; Weber, Bernd; Müller-Gerbes, Sigrun: Der Atommüll-Skandal. eine inhaltsanalytische Untersuchung. Dortmund 1989 (verfielfältigtes Manuskript).

ART: Auftragsforschung *BEGINN*: 198806 *AUFTRAGGEBER*: Siemens AG *FINANZIERER*: Auftraggeber

INSTITUTION: Universität Dortmund, FB Sprach- und Literaturwissenschaften, Journalistik und Geschichte, Institut für Journalistik (Emil-Figge Straße 50, D-44227 Dortmund)

[130-L] Niehr, Thomas:

Argumentation oder Suggestion?: die Berichterstattung des ZDF-Magazins "Frontal" zum ausländerfeindlichen Brandanschlag in Solingen, in: Matthias Jung; Martin Wengeler; Karin Böke <Hrsg.>: Die Sprache des Migrationsdiskurses: das Reden über "Ausländer" in Medien, Politik und Alltag, Opladen: Westdt. Verl. 1997, S. 283-298, ISBN: 3-531-12924-4

INHALT: Vier Sendungen des ZDF-Magazins "Frontal" werden auf ihre Berichterstattung zum Brandanschlag vom 29.5.1993 untersucht. Im Zentrum der Analyse steht die Darstellung und Interpretation der argumentativen Absicherung von Bewertungen. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die in den Beiträgen und der Anmoderation vertretenen "starken" Thesen nur unvollkommen argumentativ abgesichert werden. (DY)

[131-L] Nunez Encabo, Manuel:

The ethics of journalism and democracy, in: European journal of communication, Vol. 10/1995, Nr. 4, S. 513-526 (Standort: UuStB Köln(38)-MXH04914; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Die Meinungs- und Informationsfreiheit von Unternehmern, Verlegern und Journalisten im Bereich der Massenmedien ist nicht unbegrenzt. Es ist sowohl notwendig, deren Rechte zu sichern als auch die damit verbundenen Pflichten einzufordern. Nur so werden Freiheit und Verantwortung kompatibel. Der Europarat betont, daß Unternehmer, Verleger und Journalisten die Pflicht haben, Information nicht nur als Ware sondern als fundamentales Bürgerrecht zu begreifen. Das bedeutet, daß der Bürger einen Anspruch darauf hat, daß Information wahrhaftig und Meinung moralisch fundiert ist. Journalisten benötigen besonderen Schutz, da sie Druck sowohl von politischen Autoritäten als auch Wirtschaftsinteressen ausgesetzt sind. Die Massenmedien spielen eine entscheidende Rolle bei der Herstellung von Demokratie und öffentlicher Meinung. Sie dürfen jedoch nicht der Versuchung erliegen, sich die Rolle der politischen Autoritäten anzumaßen oder sich einzubilden, öffentliche Meinung insgesamt zu repräsentieren. Dies würde den Versuch bedeuten, wie politische Autoritäten handeln zu wollen, ohne über deren Repräsentativität zu verfügen und ohne sich der notwendigen demokratischen Kontrolle zu unterwerfen. Als Hilfestellung für die Medien bei ihrem Ziel, die Öffentlichkeit mit verlässlicher Information und moralisch begründeten Meinungen zu versorgen, hält der Europarat eine Selbstkontrolle von Unternehmern, Verlegern und Journalisten für notwendig. Sie sollten sich freiwillig einem ethischen Pflichtenkodex unterwerfen. Wirksamkeit und Ansehen solcher Kodizes können nur gesichert werden, wenn sie klar formulierte moralische Prinzipien, die Mechanismen der Selbstkontrolle und etwaige Sanktionen umfassen. (UNübers.)

[132-L] Pares i Maicas, Manuel:

The ethics of political communication, in: European journal of communication, Vol. 10/1995, Nr. 4, S. 475-495 (Standort: UuStB Köln(38)-MXH04914; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Journalistische Ethik und Ethik im Bereich der Kommunikation insgesamt sind ein wichtiges Thema angesichts der überragenden Rolle der Massenmedien im gesellschaftlichen Leben und der Konflikte, die sie oft auslösen. Ein wesentlicher Aspekt in diesem Bereich ist der der Ethik der politischen Kommunikation. Aus einer moralischen Perspektive werden in dem Beitrag die Hauptelemente im Prozeß der politischen Kommunikation analysiert. Dazu gehören Kommunikator, Rezipient, die Funktion der Massenmedien sowie Sinn und Inhalt politischer Sprache. Jede moralisch-ethische Analyse muß darüber hinaus das Medien- und Kommunikationsrecht einbeziehen sowie die Tatsache, daß Kommunikation zu den grundlegenden Menschenrechten gehört. Der Beitrag kommt zu der Schlußfolgerung, daß es schwierig ist, eine positive Beziehung zwischen Politik und Moral herzustellen. Aus dem gleichen Grund ist es unmöglich sich vorzustellen, daß sich politische Kommunikation einer höheren Moral unterordnet. (UNübers.)

[133-L] Pöttker, Horst:

Skandale und journalistische Ethik: sechs Thesen zur Diskussion, in: Medium, Jg. 19/1989, Nr. 2, S. 17-26

INHALT: In Auswertung des Gladbecker Geiseldramas, in dem die elektronischen Medien sich zur Mitinszenierung mißbrauchen ließen, wird die Frage gestellt: "Was darf Journalismus?" Als Kern journalistischer Ethik formuliert der Autor die "Bereitschaft und Fähigkeit, die Folgen des eigenen Handelns zu verantworten". Das schließt in Fällen, in denen Persönlichkeitsrechte verletzt werden, ein "Unterlassen" der Veröffentlichung ein. Um in zuge-spitzten Situationen verantwortungsvoll handeln zu können, müsse ein Journalist ein ganzes Leben lang vorbereitet sein. - Im Anschluß an die Thesen sind fünf Statements zum Themenschwerpunkt journalistische Ethik abgedruckt, zum Teil von Medienpraktikern, die aufgrund ihrer Leitungsfunktion Programmentscheidungen mit zu verantworten hatten (Ulrich Kienzle und Ruprecht Eser).(EJ)

[134-L] Pürer, Heinz:

Journalismus-Krisen und Medien-Ethik, in: Communicatio Socialis, Jg. 23/1990, H. 1, S. 3-17 (Standort: UuStB Köln(38)-M XA 01287; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Im ersten Teil unternimmt der Autor eine historische Einordnung der Themenstellung am Beispiel aktueller Medienereignisse: Barschelaffäre, die Behandlung der Katastrophen von Borken, Ramstein und Remscheid und abschließend insbesondere das Geiseldrama von Gladbeck/Köln. Diese Fälle haben mit gutem Grund scharfe Kritik in Form einer Standpauke für den gesamten Journalismus hervorgerufen. Im zweiten Teil der Arbeit versucht der Autor, verschiedene Ansätze zu einer Medienethik zu systematisieren: Individualethik bezogen auf den einzelnen Journalisten, institutionelle Ethik bezogen auf das System, das Journalismus hervorbringt und schließlich eine Ethik der kollektiven Verantwortung bezogen auf die Öffentlichkeit. Am Ende stehen Vorschläge für Strategien, die als Hilfen zur Stärkung journalistischer Ethik eingesetzt werden können. (UNübers.)

[135-L] Rentschler, Thomas:

Abstimmung am Kiosk: Medien und Moral - eine Tagung in Sankelmark, in: Medium, Jg. 19/1989, Nr. 2, S. 44-46

INHALT: Berichtet wird von der Diskussion um das "stern"-Titelfoto des toten CDU-Politikers Uwe Barschel (13.10.1987). Medienpraktiker und Kommunikationswissenschaftler sprachen sich kontrovers für und gegen den Deutschen Presserat aus. Die Diskussionsgrundlage bot eine These Siegfried Weischenbergs, nach der Journalismus vorrangig von kommerziellen Motiven und nicht von moralischen Grundsätzen bestimmt wird.(EJ)

[136-F] Rimek, Jochen, Dipl.-Soz. (Bearbeitung); Plake, Klaus, Prof.Dr. (Betreuung):

Der Skandal - Die Konstruktion des "Anstößigen" im Bereich von Öffentlichkeit und Politik

ART: Dissertation *BEGINN:* 199204 *ENDE:* 199504 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler

INSTITUTION: Universität der Bundeswehr Hamburg, FB Pädagogik (Holstenhofweg 85, D-22043 Hamburg)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 040-6541-2505)

[137-L] Roloff, Eckart Klaus:

400 Tote sind kein Thema: wann ist ein Skandal ein Skandal?, in: *Medium*, Jg. 23/1993, Nr. 4, S. 10-11

INHALT: Länger als ein Jahr beschäftigte sich der Autor, der Wissenschaftsredakteur beim "Rheinischen Merkur" ist, mit dem Thema aidsverseuchte Blutpräparate, für seine Zeitung schrieb er wiederholt zu diesem Thema. In dem Beitrag schildert er seine vergeblichen Anstrengungen, durch seine Erkenntnisse andere Medien zur Thematisierung des Skandals zu bewegen. Erst mit den Strafaktionen des Gesundheitsministers gegen das Bundesgesundheitsamt und seine leitenden Angestellten haben die Medien in der Bundesrepublik das Thema aufgegriffen.(PT)

[138-L] Ruß-Mohl, Stephan; Seewald, Berthold:

Die Diskussion über journalistische Ethik in Deutschland: eine Zwischenbilanz, in: Michael Haller; Helmut Holzhey (Hrsg.): *Medien-Ethik: Beschreibungen, Analysen, Konzepte*, Opladen: Westdt. Verl. 1992, S. 22-36, ISBN: 3-531-12305-X

INHALT: Der Beitrag setzt sich mit den unterschiedlichen Themenkarrieren der Ethikdiskussion in der öffentlichen Meinung und der Wissenschaft Deutschlands auseinander. Angesprochen werden dazu große journalistische Skandale, wie die Spiegel-Affäre, Barschel-Affäre oder das Gladbecker Geiseldrama, die immer wieder die öffentliche Diskussion um ethische Wertmaßstäbe in der Medienproduktion herausforderten. Im zweiten Hauptabschnitt erläutern die Autoren die innerwissenschaftlichen Gründe für die späte Aufnahme des Themas bei den Publizistikwissenschaften und die Ansätze, die dann doch entwickelt wurden (Boventer, Rühl, Saxer). Als Problem wird hier unter anderem die Peer-Group-Orientierung der Journalisten angeführt, die eine Art Doppelmoral entwickelten, weil sie mit Kollegen und "Quellen" eine stärkere Loyalität verbinde als mit den Medienrezipienten. Der Beitrag mündet in eine "Bilanz der Zwischenbilanz", wo festgestellt wird, daß die bisherige Ethik-Diskussion in der Medienindustrie bereits Wirkung gezeigt habe, was allerdings kein Ersatz für den Verlust lange verbindlicher ethischer Maßstäbe sei. (rk)

[139-L] Saur, Karl-Otto:

Mit der Concorde in die Beziehungskiste: Geben und Nehmen im Journalismus, in: agenda, Jg. 16/1993, Nr. 12, S. 49-51

INHALT: Der Autor beschäftigt sich mit der Bestechlichkeit der Journalisten, mit einer kritischen und unabhängigen Berichterstattung und dem Berufsethos. Er weist auf persönliche Erfahrungen und Möglichkeiten, Journalisten zu beeinflussen und einen gewissen "Gefälligkeitsjournalismus" aufzubauen hin. Er betont den hohen moralischen Anspruch, dem sich sowohl Journalisten als auch Politiker verpflichtet fühlen sollten.(CN)

[140-L] Scharf, Andreas:

Vom Verdacht zur Enthüllung, in: message, Jg. 1/1999, Nr. 1, S. 78-83

INHALT: Der seit 1969 von der Stiftung "Freiheit der Presse" ausgeschriebene "Wächterpreis der Tagespresse" wurde 1999 den "Stuttgarter Nachrichten" für die Berichterstattung über den Mißbrauch von Spendengeldern verliehen. Die einzelnen Schritte der Aufdeckung dieser Affäre und der journalistischen Verarbeitung werden beschrieben. Entscheidend für den Erfolg einer aufdeckenden Berichterstattung sind Sorgfalt, richtiges Timing und hartnäckige Recherche. Es beginnt mit einem "Tip", den einschätzen zu können, ebenso wichtig ist, wie den Nachrichtenwert einer Information zu entschlüsseln. Die Aufdeckung einer Affäre zieht immer neue Informationen nach sich. Die Konsequenzen, die dies für die journalistische Arbeit hat, werden kritisch reflektiert. Bei der journalistischen Recherche gilt, daß Sorgfalt vor Exklusivität geht. Nicht der Rücktritt eines Politikers kann das Ziel sein, sondern die Offenlegung von Machtmißbrauch und Fehlentscheidungen. Unter diesem Gesichtspunkt sollten Journalisten stets eine "Veröffentlichungsfolgenabschätzung" vornehmen und sich die Frage stellen: "Vor welchem Karren finde ich mich wieder?" (UN)

[141-L] Schiller, Dietmar:

Noch einmal: Gedenktage zum Nationalsozialismus im Fernsehen: Anmerkungen zur Präsentation der Gedenkreden von Weizsäcker zum 8. Mai 1985, von Jenninger zum 9./10. November 1988 und von Kohl zum 1. September 1989, in: Medium, Jg. 23/1993, Nr. 3, S. 65-68

INHALT: Die quantitative Darstellungsanalyse dreier politischer Gedenkreden im Fernsehen verweist auf einen hohen Zusammenhang zwischen den jeweils spezifischen optischen Präsentationen der Ansprachen und deren positiver bzw. negativer Rezeption. Diese Feststellung wirft die Frage nach der generellen Glaubwürdigkeit und Absicht der offiziell anberaumten Gedenkfeiern auf. Zu hinterfragen ist auch die Rolle des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, das die fünf Gedenktage zum Nationalsozialismus zu Programmschwerpunkten und -ereignissen machte. Die loyalitätsstimulierende und konsensstiftende Integrationsfunktion des Fernsehens könnte zum "Herrschaftsmittel" der offiziellen Politik instrumentalisiert werden.(PT)

[142-F] Schulz, Winfried, Prof.Dr.; Berens, Harald, Dipl.-Soz.Wiss.; Zeh, Reimar, Dipl.-Soz.Wiss. (Bearbeitung):

Der Kampf um Castor in den Medien. Nachrichtenresonanz und journalistische Qualität

INHALT: Analyse der Berichterstattung von dpa, Presse und Fernsehen zur Thematisierung der Castor-Transporte nach Gorleben unter besonderer Berücksichtigung von Determinanten der

Nachrichtenresonanz, politischer Einseitigkeit und der Qualität der Berichterstattung.
ZEITRAUM: 1995-1997 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Deutschland

METHODE: Nachrichtenfaktoren; instrumentelle Aktualisierung; Qualitätsforschung. Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe; Querschnitt. *DATENGEWINNUNG*: Inhaltsanalyse, standardisiert (dpa, Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Die Welt, Nachrichtensendungen von ARD, ZDF, RTL, SAT1 und Pro7). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: Auftragsforschung *BEGINN*: 199706 *ENDE*: 199711 *AUFTRAGGEBER*: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. *FINANZIERER*: Institution

INSTITUTION: Universität Erlangen-Nürnberg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Sozialwissenschaftliches Institut Lehrstuhl für Kommunikations- und Politikwissenschaft (Findelgasse 7-9, D-90402 Nürnberg)

KONTAKT: Schulz, Winfried (Prof.Dr. Tel. 0911-5303-674, e-mail: winfried.schulz@wiso.uni-erlangen.de)

[143-L] Silbermann, Alphons:

Vom Skandal und dem Mythos der öffentlichen Meinung, in: Communications, Vol. 17/1992, H. 2, S. 215-223 (Standort: UuStB Köln(38)-MXA00767; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Autor versucht in diesem Essay, aus der Sicht des empirischen Soziologen den 'Skandal' in das, was allgemein mit 'öffentlicher Meinung' umschrieben wird, einzufügen. Dabei kommt es ihm zustatten, die Relevanz aufzuzeigen, die den sich in der Öffentlichkeit abspielenden Skandal mit einer gesamtgesellschaftlichen Meinung umgibt. Dies sieht der Autor unter der Voraussetzung, daß es eine öffentliche Meinung gibt, die sich zum Schiedsrichter erhebt, auf den sich der Betroffene wie der Unbetroffene ständig berufen." (Autorenreferat)

[144-L] Vogel, Wolf-Dieter (Hrsg.):

Der Lübecker Brandanschlag: Fakten, Fragen, Parallelen zu einem Justizskandal, (Antifa Edition), Berlin: Elefanten Press Verl. 1996, 128 S., ISBN: 3-88520-605-6

INHALT: Beim Lübecker Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim am 18.01.1996 sind zehn Menschen umgekommen, achtunddreißig wurden verletzt. Vogel, Redakteur der Berliner Tageszeitung 'junge Welt', legt in seinem Beitrag Fakten zum Prozeßbeginn gegen Safran Eid im September 1996 vor, die auf die Unschuld des Angeklagten hindeuten. Redaktionsschluß dieses Bandes war August 1996. Die Autoren der anderen Beiträge sind ebenfalls Journalisten. Sie ziehen Parallelen zu anderen Fällen, führen Interviews mit Betroffenen und am öffentlichen Diskurs Beteiligten durch und analysieren das Presseecho und die Reaktion der öffentlichen Meinung. Durchgehend werden das Verhalten der Behörden und das öffentliche Echo kritisch bewertet. Inhaltsverzeichnis: Beate Klarsfeld: Vorwort (7-8); Wolf-Dieter Vogel: Ein Brandstifter für die Biedermänner (9-48); Elke Spanner / Wolf-Dieter Vogel: Ein ungehorsamer Bürgermeister (49-55); Andreas Dietl / Wolf-Dieter Vogel: Interview mit Kibolo Katuta (56-59); Heike Kleffner: Interview mit Geoffrey Bindmann (60-63); Lübecker Bündnis gegen Rassismus: Antifaschistische Politik in einer polarisierten Stadt (64-66); Miriam Lang: Denn sie wissen nicht, was sie tun. Eine Analyse der Medienberichterstattung zum Lübecker Brandanschlag (67-91); Gaby Hommel: 'Feuer in einer kleinen Stadt'. Zum Brandanschlag in Hattingen und seinen Folgen (92-104); Bernd Siegler: 'In einigen Jahren kommt das vielleicht raus' (105-111); Elke Spanner: Die Täter-Opfer-Wende in der bundesdeutschen 'Ausländerpolitik' (112-127). (ZPol, NOMOS)

[145-L] Widmann, Peter:

Jedem sein Lübeck: mediale Wahrnehmungen eines Brandes, in: hrsg. von Wolfgang Benz für das Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 6, Frankfurt am Main: Campus Verl. 1997, S. 181-202, ISBN: 3-593-35763-1

INHALT: Am 18. Januar 1996 zeigten die Fernsehnachrichten einen Brand in einem Asylbewerberheim in Lübeck. Er wird spontan und ohne Belege als rechtsextreme Gewalttat gedeutet. Die journalistische Wahrnehmung dieses Ereignisses und die in den Medienreaktionen erkennbaren Muster werden herausgearbeitet. Dazu wird eine Inhaltsanalyse von Fernsehsendungen und Presseartikeln der folgenden acht Monate vorgenommen (nach deren Verlauf der Brand allerdings noch nicht aufgeklärt ist). Mit einem "framing" (Rahmen-Analyse) wird die Wirkung von Kognitionsschemata, die die Vorstellung der Wirklichkeit prägen, beschrieben. So werden die journalistischen Inszenierungen wiedergegeben, die das Geschehen in einen "Primär-Frame" einfügten und die Techniken, mit denen Kommentatoren den Brand als Beleg für ihre "Sekundär-Frames" deuteten. Der "Primär-Frame" prägte die unmittelbare Wahrnehmung des Brandes vor Ort bzw. in der aktuellen Berichterstattung. Mehrere "Sekundär-Frames" bewirkten bei der Einordnung in größere Zusammenhänge, daß aus demselben Ereignis je nach Bedarf Belege für eine konservative, linksgerichtete oder liberale Grundhaltung zu Staat und Gesellschaft gewonnen wurden. (prf)

[146-L] Wiesheu, Otto:

Medien und Politikverdrossenheit, in: Bertelsmann-Briefe, 1993, H. 129, S. 32-33 (Standort: UuStB Köln(38)-MXA00792; UB Bonn(5)-Z74/160; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Autor hinterfragt kritisch die Bedeutung und Wirkung der Medienberichterstattung bei der Entwicklung von allgemeiner Politikverdrossenheit in der Bevölkerung. Er würdigt zwar die Leistung der Massenmedien beim Aufbau der bundesrepublikanischen Demokratie, kritisiert aber das Verständnis von Journalisten, sich als vierte Gewalt im Staate zu sehen. Er bezweifelt insofern Objektivität und Wahrheitsgehalt diesbezüglicher Berichterstattung, wendet sich zudem gegen Formen des schlagzeilenträchtigen Sensationsjournalismus.(BM)

[147-L] Wunden, Wolfgang:

Politische Prominenz als Klatschobjekt, in: Bertelsmann-Briefe, 1994, H. 132, S. 10-12 (Standort: UuStB Köln(38)-MXA00792; UB Bonn(5)-Z74/160; Kopie über Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Überlegungen zu Geschichte und Funktion des Klatsches. In der Demokratie gehört die Aufdeckung skandalöser Vorgänge im Bereich der Politik zu den Aufgaben unabhängiger Medien. "Dennoch sind sie mehr als nur demokratische Kontrollinstanz. Das Phänomen ... kann nicht angemessen bewertet werden, wenn man die Gefühls- und Klatschbedürfnisse des Publikums außer acht läßt." Zum Klatsch gehört die Vermengung von öffentlichem und privatem Bereich. Prominente und Politiker sollten auf der Wahrung ihrer Intimsphäre bestehen. Ein Bewußtseinswandel auf der Seite des Publikums ist nicht zu erwarten, ist doch der "Skandal das einzige Mittel für den kleinen Mann, die Mächtigen zu Fall zu bringen."(UN)

Hinweise zur Registerbenutzung

Sachregister

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken FORIS und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

- o Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

- o Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

Personenregister

Aufgeführt sind

- o bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;
- o bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter ("Autoren") eines Projekts angegebenen Personen.

Institutionenregister

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanziierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

Sortierung

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. "19. Jahrhundert") sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

A

Ahlf, Ernst-Heinrich 91
Alemann, Ulrich von 41
Anheier, Helmut K. 42
Auchlin, Pascal 94
Augustin, Dirk 125

B

Balmelli, Tiziano 93
Banner, Gerhard 70
Baratta, Alessandro 108
Baurmann, Michael 1
Bayertz, Kurt 2
Belligni, Silvano 92
Berens, Harald 142
Beule, Jürgen 43
Biedenkopf, Kurt 21
Biskup, Reinhold 22
Blankenburg, Erhard 44
Bless, Herbert 68
Boggio, Yann 93
Borghi, Marco 93
Bracher, Karl Dietrich 9
Brandstetter, Karl J. 113
Bruhn, Heike 71
Bürklin, Wilhelm 23
Bußhoff, Heinrich 3

C

Cesopni, Marialuisa 93
Conrad, Claudia 72

D

DellaPorta, Donatella 105
Desch, Roland 71
Deth, Jan W. van 24
Dijk, Jan J. M. van 74
Dölling, Dieter 73
Donsbach, Wolfgang 117
Dreier, Volker 45

E

Ebbighausen, Rolf 46
Ehmig, Simone Christine 47
Eps, Peter 125
Etienne, Patrick 94

F

Fabris, Hans Heinz 114
Faltin, Inge 25
Fischer, Antje 115
Freund, Julien 4
Funk, Rainer 26

G

Gabriel, Oscar W. 27, 28
Gabriel, Ute 83
Gangloff, Tilmann P. 116
Gattwinkel, Dietmar 117
Geißler, Rainer 118
Giannakopoulos, Nicolas 94
Gramssteek, Hans van 74
Gut, Walter 29

H

Hachmeister, Lutz 115
Hahn, Kornelia 119
Handl, Haimo L. 120
Hanke, Stefanie 95
Hart, Gary 121
Hartung, Uwe 47
Haybäck, Gerwin 122
Heberer, Thomas 96
Held, Alexander 71
Hess, Henner 97
Hillmann, Karl-Heinz 87
Höffling, Christian 75
Hondrich, Karl Otto 43, 48

J

Janett, Daniel 30
Janowski, Hans Norbert 123
Jüsten, Karl 5

K

Kaase, Max 31, 32
Kaiser, Günther 49
Käsler, Dirk 50
Kenis, Patrick 76
Kepplinger, Hans Mathias 47, 124, 125
Kerde, Ortrud 98
Killias, Martin 74
Kleinfeld, Ralf 41, 51
Kliemt, Hartmut 6
Klug, Ulrich 33
Knapp, Manfred 34
Knauß, Ina 91
Koch, Friedrich 77
Kompa, Ain 78
Kreikenbom, Henry 35
Kriesi, Hans-Peter 94
Krug, Jutta 126
Krüsselberg, Hans-Günter 63
Kühne, Armin 99
Kulitz, Peter 79

L

Ladenthin, Volker 127
 Landfried, Christine 52
 Lauth, Hans-Joachim 53
 Lautmann, Rüdiger 75
 Laux, Lothar 54
 Leggewie, Claus 80
 Liebl, Karlhans 75
 Lingenthal, Rainer 100
 Lipowatz, Thanos 101
 Lüdtke, Hartmut 55

M

Maier, Walter 78
 Martel, Andrea 36
 Mathes, Rainer 128
 Mecklenburg, Eberhard 83
 Mehring, Reinhard 8
 Meister, Dorothee 115
 Mischkowitz, Robert 71
 Morone, Tommaso 102
 Moser, Helmut 56
 Muenzer, Thomas 9
 Müller, Michael 81
 Müller, Sybille 80
 Müller-Gerbes, Sigrun 129
 Munnichs, Geert 10
 Mutius, Albert von 82

N

Narr, Wolf-Dieter 11
 Neckel, Sighard 57
 Nedelmann, Birgitta 58
 Nentwich, Andreas 59
 Nett, Jachen C. 60
 Neuberger, Oswald 78
 Newton, Kenneth 32
 Niehr, Thomas 130
 Nunez Encabo, Manuel 131
 Nungesser, Tim 80

O

Ohlemacher, Thomas 83
 Olowu, Dele 103
 Ottersbach, Markus 104

P

Papcke, Sven 61
 Pares i Maicas, Manuel 132
 Pauer, Erich 98
 Pawlowski, Hans-Martin 12, 37
 Pfeiffer, Christian 83
 Pickel, Gert 84

Pippig, Gerhard 85
 Pizzorno, Alessandro 105
 Plake, Klaus 136
 Pöttker, Horst 133
 Prätorius, Rainer 13
 Preisendörfer, Peter 14
 Preiser, Siegfried 62
 Pritzl, Rupert F. J. 106
 Pürer, Heinz 134

Q

Quandt-Stelling, A. 78
 Queloz, Nicolas 93

R

Rager, Günther 129
 Raith, Werner 107
 Reese-Schäfer, Walter 15
 Rennstich, Karl 86
 Rentschler, Thomas 135
 Ricks, Sven 63
 Riklin, Alois 16
 Rimek, Jochen 136
 Rinaldi, Stanislao 108
 Roenefahrt, Silke 69
 Roloff, Eckart Klaus 137
 Rössel, Mark 87
 Ruß-Mohl, Stephan 138

S

Sardi, Massimo 93
 Saur, Karl-Otto 139
 Scharf, Andreas 140
 Scheuch, Erwin K. 64, 65, 88
 Scheuch, Fritz 59
 Scheuch, Ute 64, 65, 88
 Schiller, Dietmar 141
 Scholz, Reiner 89
 Schulz, Winfried 142
 Schütz, Astrid 54, 66, 67
 Schwarb, Thomas 38
 Schwarz, Norbert 68
 Schweitzer, Hartmut 55, 90
 Seewald, Berthold 138
 Seibel, Wolfgang 76
 Silbermann, Alphons 143
 Silj, Alessandro 109
 Spies, Ulrich 115
 Sutor, Bernhard 17
 Szombath, Lehel 93

T

Tondorf, Günter 39

U

Uesseler, Rolf 110

V

Vahlenkamp, Werner 91

Vogel, Wolf-Dieter 144

W

Wagner, Hans 72

Weber, Bernd 129

Westle, Bettina 18

Widmann, Peter 145

Wiesheu, Otto 146

Williams, Robert 111

Wimmer, Peter 78

Wunden, Wolfgang 147

Wussow, Ulrich 40

Z

Zeh, Reimar 142

Zenkl, Maria 112

Zielinski, Heinz 19

Zintz, Karin 69

Zsifkovits, Valentin 20

A

Abgeordneter 36, 40
Abhängigkeit 126, 139
abweichendes Verhalten 48, 58
Afrika 103, 117
Afrika südlich der Sahara 95, 103, 117
agenda setting function 125
AIDS 137
Akteur 47
Aktivität 60
alte Bundesländer 23, 28
Amt 42
Analyse 112
anglophones Afrika 103, 117
Antifaschismus 144
Antisemitismus 120
Arbeit 22
ARD 118, 126, 129
Argumentation 3, 47
Asien 86, 96, 98
Asylbewerber 145
Asylrecht 145
Attentat 145
Attribution 67
Ausbildung 123
Ausgaben 52
Ausländer 60, 145
Ausländerfeindlichkeit 130, 144
Aussage 117
Außenpolitik 26
Auswirkung 72

B

Baden-Württemberg 124, 140
Bayern 125
Beamter 40, 70, 85
Begriff 14, 22, 34, 41, 50, 72
Belgien 100, 104
Berichterstattung 115, 116, 117, 123, 124,
125, 126, 129, 130, 133, 134, 137, 139,
142, 144, 145, 146
Beruf 64
berufliches Selbstverständnis 140
Berufsethos 36, 99, 116, 122, 123, 125,
126, 131, 132, 133, 134, 135, 137, 139
Beurteilung 123, 133
Beurteilungskriterium 37, 68
Bevölkerung 27
Bewertung 37
Bewußtsein 38
Beziehungsarbeit 27

Bibel 86
Bibliographie 51
bilaterale Beziehungen 113
Bild 126
Biotechnik 22
Brandenburg 124
Bundeskriminalamt 91
Bundespräsident 120
Bundeswehr 113
Bürger 4, 12, 24, 32, 35, 84
Bürgerbeteiligung 112
Bürgerbewegung 100, 104
Bürgerinitiative 112
Bürgermeister 125
Bürokratie 103

C

CDU 25, 64, 66, 113, 115, 126
China 96
Christentum 5, 20
CSU 25, 125

D

DDR 37
Definition 3, 56
Demokratie 1, 2, 3, 5, 6, 7, 10, 11, 13, 14,
15, 17, 19, 20, 27, 31, 32, 44, 53, 61, 84,
105, 109, 121, 125, 131, 132
Demokratieverständnis 5, 18, 147
demokratisches Verhalten 14, 112
Demokratisierung 23, 28, 53, 95, 103
Deutscher Presserat 135
deutscher Sprachraum 51
Die Grünen 25
Digitalisierung 121
Diktatur 53
Diskurs 7, 15
Diskussion 145
Dokumentarfilm 115
Doppelrolle 4
Drittes Reich 77
Droge 110

E

EG 101
Eigentumsdelikt 74
Einfluß 79, 125, 146
Einkommen 52
Einstellung 35, 62, 83, 99
Einstellungsforschung 68
Einzelhandel 74
Elite 49
empirische Sozialforschung 28

- Engagement 104
 Enquete 82
 Entfremdung 65
 Enthüllungsjournalismus 48, 121, 127, 137, 140
 Entlassung 128
 Entscheidung 55
 Entscheidungsfindung 84
 Entwicklung 47
 Entwicklungsland 53, 95, 96, 103, 117
 Erfolg 16
 Ermittlungsverfahren 145
 Erpressung 74, 83
 ethnische Gruppe 60
 Europa 15, 26, 32, 131
 Europapolitik 26, 76
 Europarat 131
- F**
 Fallstudie 103, 128
 Faschismus 80
 FDP 25
 Feindbild 120
 Fernsehen 115, 116, 118, 121, 123, 130, 141, 142
 Fernsehprogramm 130
 Fernsehsendung 116, 118, 145
 Finanzierung 44, 52, 79
 Forschungsgegenstand 41
 Frankreich 7
 Freiheit 12, 19
 Freiheitsrecht 12
 Fremdbild 47, 120
- G**
 Gastgewerbe 74, 83
 Gedenktag 141
 Gefährdung 38
 Geheimdienst 113
 Geisteswissenschaft 51
 Gemeinwohl 19
 Gerechtigkeit 15
 Gesellschaftsordnung 1, 19
 Gesetz 96
 Gesetzgebung 22, 34, 91
 Gestaltung 116, 130, 141
 Gewalt 49, 102, 130
 Gewerbebetrieb 74
 gewerbliche Wirtschaft 91
 Glaubensfreiheit 12
 Glaubwürdigkeit 116, 146
 Gleichheit 19
- Gnadenrecht 33
 Griechenland 101
 Großstadt 145
 Grundgesetz 12
 Grundrecht 20
 Gruppe 60
- H**
 Handlung 6, 60, 78
 Handlungsfähigkeit 112
 Handlungsorientierung 4
 Heim 120, 145
 Herrschaft 21, 49, 96
 Humanismus 20
- I**
 Ideengeschichte 9
 Illegalität 60, 105
 Illustrierte 126, 135
 Inanspruchnahme 133
 Industrie 81
 Industriegesellschaft 22, 34
 Information 38, 93
 Informationsfreiheit 131
 Informationsverarbeitung 62
 informeller Sektor 53, 95
 Inhalt 115, 117, 120, 124, 127, 130, 140, 147
 innere Sicherheit 94
 Innovation 31
 Institutionalismus 16
 Interaktion 47, 124
 Interdependenz 75, 109, 121
 Interessenkonflikt 113, 133
 Interessenlage 88
 Interessenpolitik 41, 88
 Interessenvertretung 35
 internationale Beziehungen 2
 internationale Politik 32
 internationale Verflechtung 94
 internationaler Vergleich 74
 Internationalisierung 32, 102
 Internet 119
 Intimität 119
 Italien 45, 52, 92, 97, 102, 105, 107, 108, 109, 110
- J**
 Japan 98
 Journalismus 116, 118, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 131, 133, 134, 135, 138, 140, 146

Journalist 114, 123, 124, 126, 131, 132,
133, 135, 138, 139, 146
journalistischer Beruf 139
Jugend 84
Jugendlicher 145
Justiz 71, 104, 118, 144

K

Kalter Krieg 26
Karikatur 120
Karriere 64, 70, 78
Katastrophe 123, 133, 134
katholische Kirche 5
Kernenergie 81, 129
Kernwaffe 26, 113
Kind 104
Kirche 86
Klassifikation 9
Kleinbürgertum 101
Kohl, H. 141
Kommerzialisierung 135
Kommunalpolitik 27, 39, 91
Kommunalverwaltung 70
Kommunikation 38, 119, 128, 132
Kommunikationsbedingung 128
Kommunikationswissenschaft 128, 138
Kommunikatorforschung 131, 132
Kommunismus 109
Kommunitarismus 15
Kompetenz 42, 105
Konflikt 113, 128
Konfliktregelung 13
Konsens 3, 13
Kontrolle 30, 61, 69, 79, 114, 123, 126,
135, 146
Konzeption 9, 28, 91
Kooperation 78
Kriminalität 48, 49, 51, 71, 74, 83, 87, 91,
94, 97, 102, 108
Kriminologie 49, 51
Krise 92, 113
Krisenbewältigung 59
Krisentheorie 32
Kritik 10, 65, 120, 127, 140
Kritikfähigkeit 18
Kultur 29, 48
Kulturpolitik 24
Kulturwandel 23

L

Legalität 110
Legitimation 19, 21, 46, 67

Legitimität 3, 10, 57
Leistungsgesellschaft 87
Liberalismus 1
Literatur 127
Literaturkritik 127
Livesendung 141
lokale Kommunikation 125
lokale Öffentlichkeit 125

M

Machiavellismus 55
Macht 10, 20, 21, 49, 62, 96, 102
Machtsicherung 115
Magazinsendung 130
Mali 95
Management 59, 121
Manipulation 125
Marketingpolitik 59
Marktwirtschaft 106
Massenkommunikation 72
Massenmedien 62, 107, 114, 115, 118,
121, 122, 124, 126, 128, 131, 132, 134,
135, 136, 137, 141, 142, 146, 147
Medienindustrie 107, 138
Medienkritik 115, 126, 133, 135, 138
Medienpolitik 107, 115
Medienrecht 22, 107
Medientechnik 119
Medienverhalten 129, 138, 145
Medizin 137
Mehrebenenanalyse 128
Meinung 68
Meinungsbildung 143, 146
Meinungsfreiheit 131
Meinungsführer 125
Mensch-Umwelt-Beziehung 81
Menschenbild 5, 62
Menschenrechte 2
Minderheit 117
Minister 113
Mißbrauch 126, 135, 141
Modell 128
Monopol 107
Monopolisierung 106
Motiv 126, 135
Motivation 20
multikulturelle Gesellschaft 12
Multimedia 121
Mythos 143

N

Nachkriegszeit 98, 113

- Nachrichten 116, 142
 Nachrichtenagentur 142
 Nahost 26
 Nationalsozialismus 80, 120, 141
 Neofaschismus 109
 Neonazismus 145
 Netzwerk 60
 neue Bundesländer 23, 28, 35
 neue Medien 138
 nichtstaatliche Organisation 104
 Nigeria 103, 117
 Nordamerika 9, 13, 15, 26, 36, 42, 52, 54, 79, 111, 113, 119, 121
 Norddeutscher Rundfunk 126
 Nordrhein-Westfalen 64
 Norm 6, 18, 33
 Normbildung 1, 123, 133
 Normgeltung 1, 57, 85
 Normverletzung 48, 56, 69, 133, 135
- O**
- Objektivität 10, 146
 öffentlich-rechtliche Einrichtung 141
 öffentliche Hand 89
 öffentliche Meinung 57, 62, 68, 70, 115, 131, 132, 143
 öffentliche Verwaltung 30, 70, 75, 91, 99
 öffentlicher Dienst 30, 39, 85, 99
 öffentlicher Sektor 103
 öffentliches Interesse 93, 126
 Öffentlichkeit 3, 50, 54, 56, 58, 61, 62, 79, 118, 119, 136, 143, 146
 Öffentlichkeitsarbeit 67
 Ökonomie 51
 ökonomische Entwicklung 108
 ökonomische Faktoren 86
 ökonomische Theorie 63
 ökonomischer Wandel 46, 106
 ökonomisches Verhalten 1
 Opfer 74, 80, 83
 Organisation 38, 60
 Organisationen 78
 Organisationsstruktur 102
 organisatorischer Wandel 106
 organisierte Kriminalität 60, 89, 93, 94, 97, 102, 106, 109, 110
 Ostasien 96, 98
 Österreich 112, 114, 120
 Osteuropa 106
- P**
- Parlament 36, 82
 parlamentarischer Ausschuß 82
 Partei 22, 24, 25, 29, 34, 44, 52, 64, 79, 88, 92, 96, 118
 Parteiensystem 70, 92
 Parteigründung 107
 Parteipolitik 19, 64, 107
 Partizipation 61, 113
 Personaleinstellung 55
 Personalführung 30
 Personalpolitik 70
 Personalwesen 30
 Personalwirtschaft 78
 Persönlichkeit 14
 Persönlichkeitsrecht 133
 Philosophie 2, 4
 Pluralismus 24, 31
 Polen 7
 Politiker 4, 8, 16, 36, 45, 48, 54, 64, 65, 67, 68, 72, 80, 105, 111, 115, 124, 136, 139, 141, 146, 147
 Politikverdrossenheit 65, 83, 84, 116, 146
 Politikvermittlung 121
 Politikwissenschaft 3, 9, 28, 41, 51, 53
 politische Bewegung 100
 politische Bildung 115
 politische Einstellung 23, 24, 28, 32, 35, 84
 politische Elite 52
 politische Entscheidung 6, 33, 61
 politische Entwicklung 98, 108
 politische Ethik 15, 20, 36, 121, 132
 politische Faktoren 5
 politische Folgen 72
 politische Führung 21
 politische Gruppe 117
 politische Herrschaft 141
 politische Institution 13, 23, 31, 53, 92, 103
 politische Kommunikation 3, 121, 124, 125, 132, 141
 politische Kriminalität 57, 92
 politische Macht 20, 52, 57, 77, 110, 115
 politische Partizipation 31, 53, 84, 95
 politische Philosophie 2
 politische Theorie 6, 8, 10, 11, 23
 politischer Einfluß 41, 79, 121, 124

- politischer Konflikt 13, 43, 57, 108, 117, 142
politischer Prozeß 13
politischer Wandel 57, 95
politisches Bewußtsein 11
politisches Handeln 57
politisches System 18, 21, 22, 31, 34, 35, 45, 58, 64, 92, 106, 108
politisches Verhalten 18, 24, 32, 45, 58, 65, 69
Politisierung 70
Polizei 71, 104
postsozialistisches Land 7
Präsident 119
Prävention 71, 83, 93, 99
Preisverleihung 140
Presse 47, 115, 120, 122, 123, 124, 125, 127, 135, 140, 142, 145
Pressefreiheit 113, 114, 139
Privatsphäre 111, 121, 126, 147
Privileg 88
Problem 46
Projekt 76
Protektionismus 45, 95
Protestbewegung 100, 104
Prozeß 93, 132
Publikum 114
Publizistik 118, 138
- Q**
Qualität 129, 142
- R**
Rassismus 144
realer Sozialismus 37
Reality-TV 116
Recherche 140
Rechnungsprüfung 76
Recht 12, 38, 40, 60
Rechtsbewußtsein 106
Rechtslage 91, 112
Rechtsmittel 93
Rechtsnorm 33
Rechtsordnung 1
Rechtspolitik 60
Rechtsradikalismus 130, 145
Rechtsstaat 1, 12, 17, 61
Rechtsverletzung 41
Rechtswissenschaft 51
Rede 80, 141
Reform 31, 52, 82
Regelung 36
Regierung 32, 33, 39, 111
regionale Faktoren 108
Regionalpolitik 27, 88
Religion 12, 20, 86
Reportage 140
Repräsentativität 3
Ressourcen 60
Rezeption 9
Rezipient 132, 141, 146
Ritual 47
Rolle 47
Rollenbild 58
Rollenverständnis 36
Rundfunk 141
Rußland 106
- S**
Sanktion 58
Sartre, J. 33
Schleswig-Holstein 66, 82, 115, 144, 145
Schweiz 29, 30, 38, 74, 93, 94, 99
Selbstbild 47
Selbstdarstellung 54, 66, 67
Selbstkontrolle 36, 131
Selbstreferenz 65
Selbstverständnis 122, 134
Selektion 116
Sexualität 77
sexueller Mißbrauch 104
Sozialarbeit 76
soziale Bewegung 100, 112
soziale Faktoren 9, 62
soziale Funktion 48, 147
soziale Gerechtigkeit 2
soziale Interaktion 66
soziale Norm 1, 7, 12, 25, 44, 48, 56, 58
soziale Umwelt 25
sozialer Aufstieg 105
sozialer Konflikt 108
sozialer Wandel 34, 46
soziales Milieu 60
soziales Netzwerk 42, 95, 102, 105
soziales Problem 96
soziales Verhalten 12, 18
Sozialethik 17, 20, 122
Sozialforschung 143
Sozialismus 11
Sozialordnung 1
Sozialpolitik 76
sozialpsychologische Faktoren 26

-
- Sozialstruktur 42
 Sozialverträglichkeit 112
 Sozialwissenschaft 22, 34
 Soziologie 51
 SPD 25, 125
 Spende 79, 118, 140
 Sprache 116, 132
 Staat 24, 29, 32, 39, 51, 73, 84, 96
 staatliche Förderung 76
 staatliche Lenkung 46
 Staatsgewalt 106
 Staatsstreich 53
 Staatstheorie 8
 Stellenbesetzung 78
 Stereotyp 130
 Steuerhinterziehung 118
 Steuern 118
 Stigmatisierung 77
 Straffälliger 91
 Strafgefangener 33
 Strafverfolgung 71, 91, 93
 Strafvollzug 33
 Struktur 52, 97
 strukturelle Gewalt 106
 Sucht 129
 Symbol 50
 System 45
- T**
- Tageszeitung 124, 125, 140
 Taktik 66
 Talkshow 118
 Technikfolgen 81
 Technikfolgenabschätzung 81
 Terrorismus 26
 Theater 50
 Theologie 51, 86
 Transformation 23, 32, 35, 53, 95, 106
 Transport 81
 Tugend 5
 Typologie 53, 94
- U**
- Umweltpolitik 81
 Umweltschaden 43
 Umweltschutz 142
 Umweltverträglichkeit 112
 Unterhaltung 121, 147
 Unternehmen 38, 60, 78, 79, 88, 122
 Unternehmenskonzentration 107
 Unternehmensrecht 79
 Unternehmer 131
- Ursache 65, 71, 90
 Urteilsbildung 68
 USA 9, 13, 15, 26, 36, 42, 52, 54, 79, 111,
 113, 119, 121
- V**
- Verantwortung 14, 20, 122, 131, 134
 Verbrechensbekämpfung 91, 94, 97
 Verfassung 13, 29, 82
 Verfassungsrecht 79
 Verflechtung 42
 Vergleich 141
 Verhalten 55, 77, 123, 126, 133
 Verlautbarungsjournalismus 116, 139
 Verleger 131
 Verteidigungspolitik 113
 Vertrauen 18, 32, 83, 116
 Vertreibung 49
 Verwaltung 88, 95
 Verwaltungshandeln 75, 85
 Völkermord 49
- W**
- Wahl 6, 84, 125
 Wahlkampf 44, 54, 121
 Wahrheit 119, 122
 Wahrnehmung 145
 Wald 120
 Weber 8
 Weber, M. 8
 Werbung 121
 Wert 12, 20, 22, 34, 62, 84, 119
 Wertorientierung 10, 12, 21, 23, 24
 Wertesystem 22, 34
 Wertwandel 21, 22, 24, 31, 34, 57, 85, 87
 Westafrika 103, 117
 Westeuropa 32, 48, 101
 Widerstand 53
 Wiedervereinigung 28
 wirtschaftliche Faktoren 105
 Wirtschaftsentwicklung 38, 106, 108
 Wirtschaftskriminalität 49, 51, 63, 87
 Wirtschaftssystem 106
 Wirtschaftswissenschaft 22
 Wissenschaft 9
 Wissenschaftsgeschichte 9
- Z**
- ZDF 129, 130
 Zeitschrift 129, 135
 Zeitung 126, 129
 Zentralisierung 103

Zielsetzung 123
Zivilgesellschaft 104
Zoll 71
Zukunftsorientierung 20
Zweiter Weltkrieg 109

20. Jahrhundert 109

-
- Antenna International 94
- Bundeskanzlei Verwaltungskontrolle des Bundesrates -VKB- 99
- Bundeskriminalamt Kriminalistisches Institut Forschungsgruppe -KI 1- 71
- Europa-Universität Viadrina, Kulturwissenschaftliche Fakultät, Professur für Vergleichende Kultursoziologie 84
- Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz Hochschule für Wirtschaft -HSW- 38
- Hochschule für Politik München 72
- Institut für interdisziplinäre Forschung und Fortbildung der Universitäten Klagenfurt, Innsbruck, Wien und Graz Abt. Soziale Ökologie Arbeitsbereich Klagenfurt 112
- Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. 83
- L'Organe Parlementaire de Controle de l'Administration 30
- Ministerie van Justitie 74
- Missionsakademie an der Universität 86
- Polizei-Führungsakademie Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle 71
- Technische Universität Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Kommunikationswissenschaft 117
- Universität Augsburg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Sozioökonomie Lehrstuhl für Psychologie 01, insb. Personalwesen 78
- Universität Basel, Philosophisch-Historische Fakultät, Soziologisches Seminar 60
- Universität Bonn, Philosophische Fakultät, Seminar für Orientalische Sprachen Abt. Soziologie 90
- Universität Bonn, Philosophische Fakultät, Seminar für Politische Wissenschaft 9
- Universität Bremen, FB 08 Sozialwissenschaften, EMPAS Institut für Empirische und Angewandte Soziologie 75
- Universität der Bundeswehr Hamburg, FB Pädagogik 136
- Universität Dortmund, FB Sprach- und Literaturwissenschaften, Journalistik und Geschichte, Institut für Journalistik 129
- Universität Erlangen-Nürnberg, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Sozialwissenschaftliches Institut Lehrstuhl für Kommunikations- und Politikwissenschaft 142
- Universität Fribourg, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Seminar für Strafrecht und Kriminologie 93
- Universität Heidelberg, Juristische Fakultät, Institut für Kriminologie 73
- Universität Jena, Fak. für Sozial- und Verhaltenswissenschaften, Institut Politikwissenschaft 35
- Universität Köln, Erziehungswissenschaftliche Fakultät, Seminar für Sozialwissenschaften Abteilung für Soziologie 42

Universität Konstanz, Fak. für Verwaltungswissenschaft, Lehrstuhl für Innenpolitik und Öffentliche Verwaltung Prof.Dr. Seibel 76

Universität Mainz, FB 12 Sozialwissenschaften, Institut für Publizistik 47

Universität Mannheim, Fak. für Rechtswissenschaft, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Zivilprozeßrecht 37

Universität Mannheim, Forschungsstelle für gesellschaftliche Entwicklungen -FGE- 37

Universität Marburg, FB 02 Wirtschaftswissenschaften, Fachgebiet Wirtschaftspolitik Abt. Allg. VWL 63

Universität Marburg, FB 03 Gesellschaftswissenschaften und Philosophie, Institut für Soziologie 55, 90

Universität Marburg, Japan-Zentrum 98

Universität Saarbrücken, FB 01 Rechtswissenschaft, Institut für Rechts- und Sozialphilosophie Lehrstuhl für Rechtssoziologie und Sozialphilosophie 108

Universität St. Gallen, Institut für Politikwissenschaft -IPW- 36

Universität Würzburg, Philosophische Fakultät 03, Institut für Soziologie LS Soziologie 02 Prof.Dr.Dr. Hillmann 87

Universite de Geneve, Faculte des Sciences Economiques et Sociales, Departement de Science Politique 94

Universite Lausanne, Faculte de Droit, Institut de Police Scientifique et de Criminologie 74

Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Absatzwirtschaft 59

Anhang

Hinweise zur Literaturbeschaffung

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur (nicht über den Buchhandel beziehbare Forschungsliteratur) enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe ("Direktbestellung") den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekenleitsystem.

Beschaffung von Zeitschriftenaufsätzen über spezielle Dienste

1. Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln: Zeitschriftenaufsätze aus dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über deren Literaturdienst als Kopie entweder elektronisch, mit gelber Post oder per Fax bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk "UuStB Köln(38) - Signatur der Zeitschrift" sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst.

Die Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 12,- DM (für Hochschulangehörige 8,- DM).

Die **elektronische Bestellung** erfolgt direkt über den Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln unter der Internetadresse <http://www.ub.uni-koeln.de> ("Aufsatzlieferdienste", "Literaturdienst der USB", "Bestellformular").

Für eine **Bestellung mit gelber Post oder per Fax** kann unter derselben Internetadresse unter "Aufsatzlieferdienste", "Literaturdienst der USB", "Fotostelle", "Faxbestellformulare" der Bestellschein für eine Aufsatzkopie ausgedruckt werden. Eine beliebige Anzahl an Formularen kann auch angefordert werden bei:

IZ-Sozialwissenschaften
Lennéstr. 30, 53113 Bonn
Tel. (0228) 22 81 - 134
Fax (0228) 22 81 - 120
e-mail: iz@bonn.iz-soz.de

Universitäts und Stadtbibliothek Köln, Fotostelle
Universitätsstr. 33, 50931 Köln
Tel. (0221) 470 - 24 02
Fax (0221) 470 - 50 53
e-mail: Fernleih@ub.uni-koeln.de

2. Dokumentlieferdienst SUBITO

Der Dokumentlieferdienst, dem mehrere Universitätsbibliotheken angeschlossen sind, nutzt die Zeitschriftendatenbank (ZDB) mit rd. 1 Mio. Zeitschriftentiteln aus allen Fachgebieten als Recherchebasis. Für Studierende und Hochschulmitarbeiter kostet die Lieferung von 20 Aufsatzseiten 5,- DM (e-mail), per Post 8,- DM oder per Fax 10,- DM; jede weitere Seite wird mit 0,20 DM bzw. 0,50 DM (Fax) berechnet. Ausführliche Informationen im Internet: <http://www.subito-doc.de>.

Stand 07.99

Zur Benutzung der Forschungsnachweise

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst. Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in). Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.